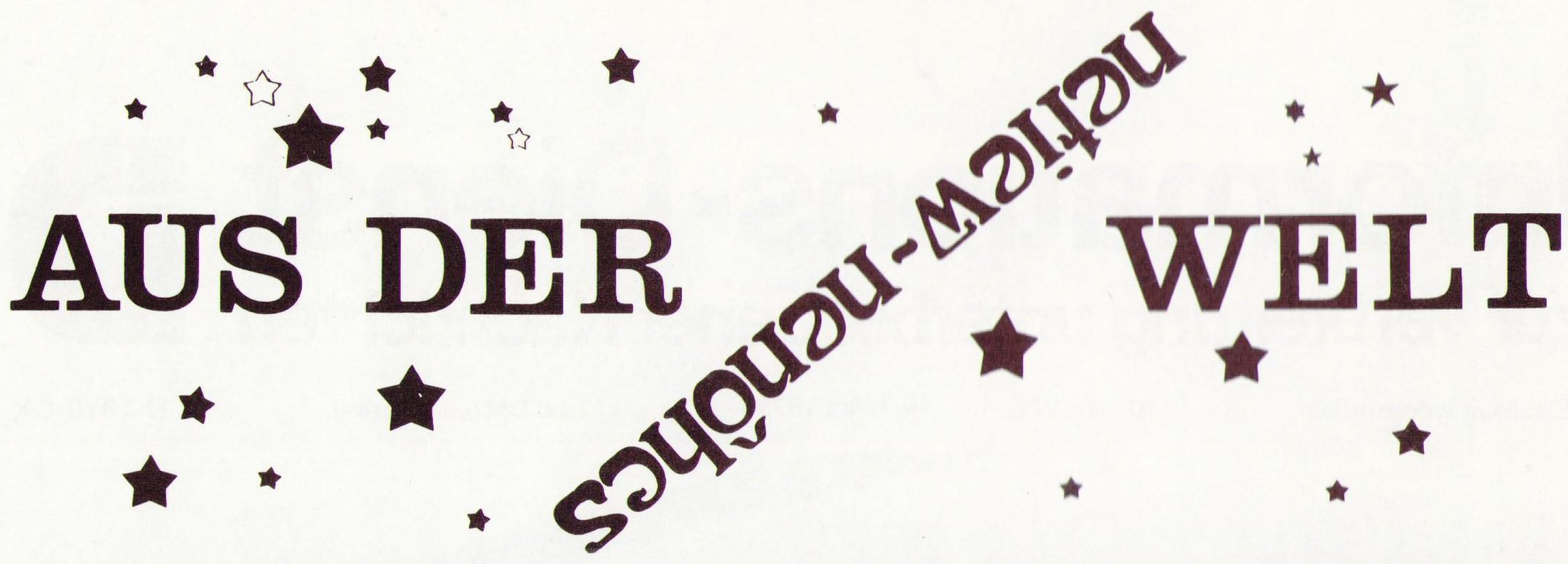
Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

Erscheint wöchentlich | ID Nr. 272 | 10. März 1979 | 1,50 DM incl. 6% MWSt. | D 1870 CX





3. LATEINAMERIKANISCHE BISCHOFSKONFERENZ

Die Armen kommen nicht nach Puebla — der Papst stellt klar, wo's langgeht

Brief von christlichen Bauern und Landarbeitern Guatemalas an die Bischöfe
(Auszug aus Lateinamerika Nachrichten)

Sehr geehrte Herren Bischöfe,

wir, Bauern und Landarbeiter von der Costa Azul Guatemalas, sind uns bewußt, daß sie sich in Puebla, Mexiko, versammeln werden, um über die Probleme unserer Länder zu sprechen. Sehr geehrte Herren Bischöfe, wir wollen, daß Sie wissen, wie wir über unser Leben als Christen denken, und deshalb schikken wir Ihnen die folgenden Gedanken . . .

Nachdem man uns zuerst das Land weggenommen hat, nimmt man uns jetzt auch noch das Wasser der Flüsse weg, indem man sie durch unmässiges Bewässern der Weiden und Kanäle austrocknet. Und nicht genug damit, daß wir an Hunger und Krankheit sterben — zu alledem leiden wir zusätzlich an harter Unterdrückung: man ermordet Landarbeiter und besitzlose Familien, man verfolgt den, der es wagt, einen gerechten Lohn zu fordern; man bedroht uns ständig auf die verschiedenste Weise . . .

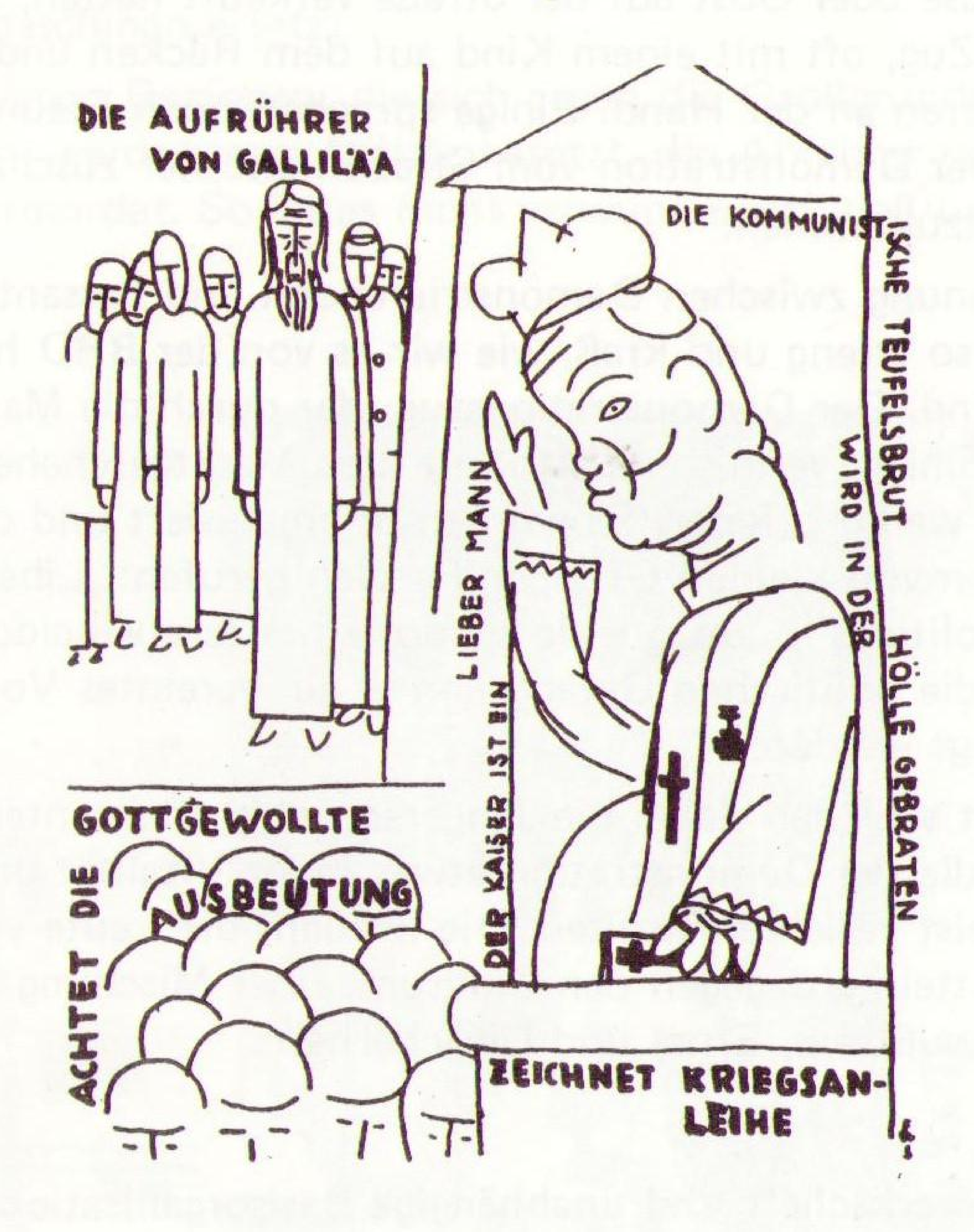
Die Unterdrückung gegen die, die gegen die Ungerechtigkeit kämpfen, ist so groß, daß die Mächtigen mit ihrem Militär unsere Führer und Verteidiger der niedrigen Klasse töten ...

Sehr geehrten Herren Bischöfe: wir, die Landarbeiter der Costa Azul haben HUNGER, aber wir haben noch mehr HUNGER NACH GERECHTIGKEIT.

Als christliche Führer liegt es an uns, die Liebe zum Nächsten zu beweisen und für die zu sprechen, die keine Stimme haben. Wir möchten, daß Sie auf die Erde heruntersteigen, um zusammen mit den campesinos zu kämpfen, daß Sie sich dem Dialog mit dem ausgebeuteten und leidenden Volk stellen und sich nicht verstecken, daß Sie sich nicht verkaufen wie Judas, daß Sie sich nicht von den Reichen aushalten lassen und daß Sie ihre christliche Mission als Hirten erfüllen, die ihr Leben für die Schafe hingeben.
Möge Puebla das unterstützen und sich auf das beziehen, was vor 10 Jahren in Medellin besprochen wurde, denn dort wurde unsere Hoffnung auf das Evangelium geboren, dort wurde das Evangelium zur guten Nachricht für die Armen ...

Die Bischofskonferenz in Puebla rief nicht zur Befreiung im Sinne Medellins auf; sie erteilte eine Absage an jene innerhalb der lateinamerikanischen Kirche, die mit dem hungernden und unterdrückten Volk gegen die Ausbeutung kämpft. Zur besseren Einschätzung der Lage der "Kirche der Befreiung" nach Puebla, verweisen wir auf die Lateinamerika Nachrichten, die eine Sondernummer dazu vorbereitet. Außerdem erscheint in den nächsten Tagen eine Broschüre von AELA München und dem Lateinamerikakomitee zur aktuellen Situation Kolumbiens, die ebenfalls auf die Rolle der Kirche in Lateinamerika eingeht.

AELA, Belfortstr. 8, 8000 München 80



MEXIKO – AUF DEM WEGE DER LATEINAMERIKANISIERUNG

PUEBLA
ENDE JANUAR

Seit Ende November befinden wir uns hier in Mexiko und versuchen die politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse zu erkunden. Dabei sind wir auf das für die gesamte mexikanische Linke wichtige Problem der Amnestie gestoßen. Im vergangenen Monat haben wir uns bemüht, genauere und umfassendere Informationen über das Amnestie-Problem herauszubekommen. Der Artikel ist das Ergebnis unserer Bemühungen.

Amnestie und politische Verfolgung

Als wir – eine Gruppe von neun Studenten – beschlossen, für einige Monate aus der BRD rauszugehen und Erfahrungen in einem Land der Dritten Welt, Mexiko, zu machen, stellte sich uns Mexiko noch als ein Land von relativer Liberalität dar, als eine Ausnahme im lateinamerikanischen Kontinent. Dieses Bild der Liberalität, was die Regierung der PRI (partido revolutionario institutional (!)) mit ihrem Anspruch auf das ‚Erbe' der mexikanischen Revolution (1910 - 17) mit dem Gewähren von politischem Asyl für Verfolgte aus anderen lateinamerika nischen Staaten international produziert, erfährt seinen Bruch, sobals man sich mit Mexiko etwas intensiver als durch die seltenen Berichte in der bundesrepublikanischen bürgerlichen Presse auseinandersetzt.
Während unseres Aufenthaltes in Puebla wurden wir mit der Ermordung von zwei Bauern, Mitgliedern der UCI (union campesina independiente – unabhängige Bauernvereinigung) konfrontiert. Dies ist ein Beispiel für die Politik der Regierung, die mit Morden, dem Verschwindenlassen von Menschen und politischen Gefangenen versucht, die Aktionen derjenigen zu unterdrücken, die für ihre Interessen kämpfen. Daß diese Repressionsmaßnahmen zum Alltag in Mexiko gehören, zeigen Zeitungsberichte über Verfolgungen in der einzigen linksunabhängigen Tageszeitung „una mas uno".
Eine Anfang Januar dem UNO-Präsidenten Waldheim übergebene Petition durch das nationale „Komitee zur Verteidigung von politischen Gefangenen, Verfolgten, Verschwundenen und Exilierten" ist ein Versuch, die politische Repression in Mexiko auf internationaler Ebene anzuprangern, ist ein Teil der Kampagne zur Durchsetzung einer tatsächlichen Amnestie.
Im Zusammenhang mit der zunehmenden Repression Mitte der 70er Jahre haben sich 1977 auf nationaler und lokaler Ebene diese Komitees gegründet, die für die Verteidigung der politischen Gefangenen kämpfen. Die Komitees, die vor allem aus Familienangehörigen der politisch Verfolgten bestehen, die aber auch von den verschiedensten regionalen und lokalen politischen Organisationen und Gewerkschaften unterstützt werden, haben dazu beigetragen, Druck auf die Regierung auszuüben, damit das Amnestiegesetz endlich verabschiedet werde.
Der Hungerstreik der von den Frauen der politischen Gefangenen im August 1978 in Mexiko-Sity durchgeführt wurde, hat es schließlich geschafft, eine Reaktion der Regierung zu erzwingen und eine nationale Öffentlichkeit herzustellen. Im September 78 verkündet Präsident Portillo seine Initiative zu einem Amnestiegesetz. Nachdem er die „Anstrengung aller" zur Bedingung der Überwindung der Krise gemacht hat, führt er als Teil der Reformpolitik, die diesen Prozeß u. a. durch Teilnahme bisher verbotener Parteien an Wahlen institutionell absichern soll, eine Initiative zu einem Amnestiegesetz ein

Es läßt sich feststellen, daß auf der einen Seite die Ankündigung einer breiten politischen Amnestie von Seiten der mexikanischen Regierung bestand, jedoch auf der anderen Seite von Betroffenen die Forderung nach einer wirksamen Amnestie aufrechterhalten bleibt; Repräsentanten des Komitees Pro Defensa nennen die augenblickliche Handhabung des Gesetzes "demagogisch".

Zahlreichen Leserbriefen sowie dem Aufruf des Komitees Pro defensa lassen sich vier Varianten der demagogischen Anwendung des Amnestiegesetzes entnehmen:

– die unterschiedliche Anwendung der Amnestiegesetze auf politische Gefangene in den verschiedenen mexikanischen Staaten; ein Teil der Gefangenen wird zwar amnestiert, bleibt aber weiterhin in Haft, wenn sie sich in einem anderen Bundesstaat befindenen (Justizhoheit der Bundesstaaten)
– die Verschleppung und Verzögerung des Amnestieverfahrens
– die Anwendung des Amnestiegesetzes auf Personen, die nachweislich nicht aufgrund ihrer politischen Betätigung inhaftiert wurden, und deren Freilassung der Regierung als Beweis für ihre Liberalität dient

– die Umgehung der Anwendung des Amnestiegesetzes auf politische Gefangene, indem man sie kriminalisiert. Als kriminelle Delikte gelten: Öffentliche Unterstützung der Forderung nach Landverteilung, Landraub, Waffenbesitz. Unter letzteres fällt auch das Tragen einer Machete, ein Arbeitswerkzeug der Bauern.

Bis zum heutigen Tag gibt es Listen von Hunderten zu Amnestierender, die weiterhin in den Gefängnissen auf ihre Freilassung warten. Selbst der geringe Teil derjenigen, die bislang amnestiert wurden, lebt weiterhin in provisorischer Freiheit und politischer Unsicherheit, da die Gefahr einer möglichen Verschleppung durch die staatliche Geheimpolizei und die Guardias Blancas, die Privatarmee der Latifundistas (Großgrundbesitzer), besteht.
Den produzierten Hoffnungen auf eine Liberalisierung und Freilassung aller politischer Gefangenen steht seine zynische Handhabung gegenüber, durch die das Amnestiegesetz zu einem Instrument gegen diejenigen gemacht werden soll, die sich nicht in den von der Regierung konzedierten Rahmen politischer Opposition einordnen lassen.

Nach Angaben des Komitees Pro defensa ist die Zahl derjenigen beträchtlich angestiegen, die nach Erlaß der (je Bundesstaat unterschiedlichen) Amnestiegesetze "verschwunden" sind: Im September wußte man von 250 Verschwundenen, Anfang November waren es schon mindestens 380, Anfang Januar in der Petition an Waldheim sprach man bereits von 426 Verschwundenen. Daneben gibt es Berichte, daß allein in Guerrero, in einem Staate Mexikos, in dem die Unterdrükkung besonders stark ist, 420 Menschen vermißt werden. Die Diskrepanz in den Zahlenangaben deutet darauf hin, daß die Dunkelziffer der Gefangenen und Ermordeten sehr hoch sein muß. Es erscheint unmöglich eine präzise Aufstellung der Verfolgten auf nationaler Ebene zu erstellen. Ein Mitglied der kommunistischen Partei Mexikos schätzt die Zahl der Verfolgten und Verschwundenen auf mehr als 3000 in ganz Mexiko.

In der linken Zeitung "uno mas uno" vom 6.1.79 wird über Vorfälle in Oaxaca berichtet, wo Mitglieder der dortigen Indioorganisation zur Selbstverteidigung der Bauern die Repräsentanten verschiedener Ortschaften dieses Bundesstaates anklagten, für das Verschwinden von über 25 Indios seit September 78 verantwortlich zu sein. Einige dieser Indios wurden später mißhandelt oder ermordet aufgefunden. Viele Verfolgte, meist Bauern, halten sich seit Monaten außerhalb ihrer Wohnungen auf, während ihre Angehörigen von Polizisten mißhandelt und mit dem Tod bedroht werden, wenn sie die Auskunft über den Verbleib der gesuchten Personen verweigern.

Beobachtungen einer kleinen Demonstration im Marktviertel von Puebla

In unserem Versuch, Kontakt zum Komitee Pro defensa im Staate Puebla zu bekommen, stießen wir auf einige eilig handschriftlich hingemalte Hinweise auf eine Demonstration zur Unterstützung der politischen Gefangenen am 28. Dezember 78 in Puebla.
Organisiert wurde die Demonstration von einer Vereinigung von Straßenhändlern. Zu ihnen gehören die kleinen Produzenten aus der Umgebung Pueblas, die ihre selbst angebauten Produkte, Gemüse und Obst, nach einem langen Anfahrtsweg auf dem Markt verkaufen. Mit der großen Anzahl der Straßenhändler zeigt sich das Problem der verdeckten Arbeitslosigkeit in den Städten. Ein großer Teil der Straßenverkäufer sind Frauen, die mit ihren jüngsten Kindern und ihren Waren den ganzen Tag auf dem Markt am Straßenrand hocken.

Die Demonstration wurde mitgetragen von der FAS (frente de action solidaria), einem Zusammenschluß verschiedener unabhängiger Organisationen im Staate Puebla, in der hauptsächlich Bauern sowie Studenten der autonomen Universität Puebla organisiert sind. Aktueller Anlaß für die Demonstration war die Ermordung eines Führers der UCI, der unabhängigen Bauernorganisation der Sierra Norte von Puebla, und eines anderen Bauern durch die "Weißen Brigaden", die private Polizei der Großgrundbesitzer.

Die UCI kämpft um das in der Verfassung garantierte Recht auf Land für die Bauern, sie organisiert seit 1975 Landbesetzungen auf brachliegenden Ländereien der Großgrundbesitzer. Die „Weissen Brigaden", die von der staatlichen Polizei und dem Militär unterstützt werden, bedrohen und töten Bauern, die den Großgrundbesitzern gefährlich werden. Ein Ausdruck der Schwierigkeiten des Widerstands in dieser Region ist es, daß die politischen Organisationen erst nach 2 Tagen von dem Mord erfuhren. Die Abgeschiedenheit der Sierra und die Behinderung durch die „Weißen Brigaden" verhindern ein enges Kommunikationsnetz. Die Campesinos der Sierra wurden sogar daran gehindert, an der Demonstration teilzunehmen. Sie wurden in den Bussen, in denen sie nach Puebla fuhren schon vor der Stadt aufgehalten.

Die Demonstration, ein Zug von 300–400 Menschen, bestand überwiegend aus Frauen. Marktfrauen, die kurz vorher noch ihr Gemüse oder Obst auf der Straße verkauft hatten, bildeten den Zug, oft mit einem Kind auf dem Rücken und zwei, drei anderen an der Hand. Einige sprachen noch Freundinnen an, die der Demonstration vom Straßenrand her zuschauten, doch mitzukommen.

Die Trennung zwischen Demonstrierenden und Passanten wirkte nicht so streng und kraß, wie wir es von der BRD her gewohnt sind. Der Demonstrationszug, der durch die Marktstraßen führte, vermischte sich mit dem Marktgeschehen, die Grenzen waren offener. Es wurden unorganisiert und ohne Megaphon von kleinen Gruppen Parolen gerufen: „Libertad – presos politicos", „un pueblo unido jamas sera vencido" (Freiheit für die politischen Gefangenen – ein vereintes Volk wird nie besiegt werden).

Engagiert schienen dabei die Jüngeren, wohl meistenteils Studenten, die der Demonstration etwas mehr Vitalität und Kampfgeist verleihen wollten. Die Frauen, die Leute vom Lande vermittelten dagegen den Eindruck einer Mischung aus Selbstbewußtsein, Ernst und Unsicherheit.

Einheitsgewerkschaft und unabhängige Basisorganisationen

Die kleine, auf ein Stadtviertel begrenzte Demonstration der Straßenhändler Pueblas zeigt beispielhaft das Zusammenfließen verschiedener Oppositionsströmungen der mexikanischen Gesellschaft. Hier vereint sich die Unzufriedenheit der Campesinos mit der Massenarbeitslosigkeit der Städte und dem Protest der Studenten gegen den staatlichen Terror und die Unterdrückung der ökonomischen Forderungen der Marginalisierten.

Gerade diese eher kleinen, lokalen Vereinigungen von Campesinos, Arbeitern und Studenten unterliegen in den letzten Jahren schwerpunktmäßig der staatlichen Repression. Die unabhängigen Gewerkschaften und Vereinigungen resultieren aus jahrzehntealten Auseinandersetzungen der Arbeiter und Bauern mit den Führern der beiden großen, unter totaler Regierungskontrolle stehenden Einheitsgewerkschaften: der Industriearbeiter CT (confederacion de trabajadores) und der Campesinos CNC (confederacion nacional de campesinos). In diesen beiden Gewerkschaften sind 3 Millionen, teils obligatorisch aufgrund ihrer Betriebszugehörigkeit, organisiert.

Der Apparat der Gewerkschaften wird von der Gewerkschaftsführung durch Kooptation besetzt, demokratische Wahlen der Sekretäre sind nicht zugelassen. Die Machtverschmelzung mit dem Regierungsapparat und die Korruption sorgen für die Loyalität der Gewerkschaften gegenüber der Regierung und den Unternehmern.
Diese von der PRI (Regierungspartei) eingesetzte System der Massenkontrolle durch die gleichgeschalteten Gewerkschaften hat in den letzten Jahren tiefe Risse erhalten. Aufgrund der schweren Wirtschaftskrise Mexikos von 1973-78, erreichte die Zahl der Streiks einen neuen Höhepunkt (4000 Streiks von 74-78), und die Landbesetzungen durch unabhängige Campesinogewerkschaften reißen seit 75 nicht mehr ab.
Hauptzielsetzungen sind:

— Kampf der fortschreitenden Reallohnsenkung (infolge der hohen Inflation sank die Lohnquote am Bruttosozialprodukt von 31% 1960 auf 19% 1974; verglichen mit 60% in der BRD. Die Arbeitslosigkeit beträgt 12%, hinzukommen noch 35% Saisonarbeiter und Unterbeschäftigte)
— Beendigung der Korruption in der Regierungsverwaltung und in den Gewerkschaften
— das Land denen, die es bebauen.

Auf dem Lande sind die ökonomischen Widersprüche und die politische Unterdrückung gravierender als in der Industrie. Infolge der hohen Arbeitslosigkeit hat seit 1960 eine umfangreiche Landflucht eingesetzt. Die in die Elendsviertel der Städte oder in die USA emigrierenden Millionen von Bauern werden mit Regierungssubventionen durch arbeitskräftesparende Landmaschinen ersetzt.

Diejeniegen Regionen, die sich gegen die Großgrundbesitzer wehren, werden vom Militär besetzt, die Anführer verschleppt oder ermordet. So ist es nicht verwunderlich, daß unter den politischen Gefangenen und Verschwundenen sich hauptsächlich Campesinos aus unabhängigen Gewerkschaften befinden.
Ein weiterer Konfliktherd sind die Universitäten. Die Repression gegenüber Angehörigen der Universitäten hat in den letzten Jahren nach den großen Unruhen 1968 bei der Olympiade wieder stark zugenommen, weil es den Universitätsangehörigen an einigen bedeutenden Universitäten gelang, unabhängige Syndikate zu gründen und ihren Forderungen nach Einstellung aller aus politischen Gründen Entlassenen und nach Demokratisierung der Univerwaltung Gehör zu verschaffen. Die Reaktion der Rektoren und der Regierung waren Verhaftungen, Verschleppung von Anführern der Streikbewegung, und/oder Besetzungen der UNIs durch die Armee und Polizei.

Als ein Versuch der Kanalisierung des Widerstands sind vor dem Hintergrund dieser Spannungen die unter Präsident Portillo eingeleiteten politischen Reformen, der Amnestie und der Zulassung neuer Parteien, darunter auch der eurokommunistischen PC und der Trotzkisten zu verstehen.

Die partiellen Zugeständnisse an die linke Opposition sind verquickt mit der Hoffnung, diese mit der Amnestie und der Parteienzulassung auf das Feld des Parlamentarismus zu verpflichten, um Widerstand außerhalb dieses Rahmens als Guerillatätigkeit kriminalisieren zu können. Ob diese Methode die erwünschte Pazifizierung der Arbeitslosen und der um ihr Land kämpfenden Campesinos erreichen kann, erscheint bei ihrer häufig verzweifelten ökonomischen Situation allerdings zweifelhaft. Die Fortsetzung der Repression deutet eher das Gegenteil an. „Mexiko wird auf diesem Weg einen Zustand der Gewalt erreichen, der sich in nichts von den repressivsten Ländern Lateinamerikas unterscheidet", kritisierte der apostolische Vikar J. Llegano, einer der Teilnehmer der Bischofskonferenz in Puebla.



IRAN–FILMPROJEKT

KASSEL
22. Februar '79

Revolution im Iran? Was für eine Revolution? Für die Linke in der BRD stellen sich immer mehr Fragen. Welche Entwicklung wird die Volksbewegung im Iran nehmen? Unsere Unsicherheit im Umgang mit einer fremden, uns teilweise unverständlichen Kultur und unserer Vorstellung von einer revolutionären Bewegung, lassen viele Interpretationen zu. Diese werden durch die Dynamik der „Revolution" aufgehoben.

Offensichtlich spitzt sich die Auseinandersetzung zwischen linken, demokratischen und autonomen Kräften auf der einen Seite, und den konservativen Strömungen andererseits zu. Wir hören viel über Selbstorganisation und autonome Ansätze, gleichzeitig zu offensichtlichen Bestrebungen, alte, archaisch/religiöse Verhältnisse wieder herzustellen.

Welche Hoffnungen drücken sich in den Kämpfen aus? Setzt sich das Volk gegen die Ansprüche der alten patriarchalischen Oberschicht durch? Wir wollen versuchen, in einem Film die Situation aus der Perspektive der Straße zu zeigen, vor allem auf neue Formen von Selbstorganisation eingehen und klären, welche Ansprüche sich aus den Kämpfen gegen die alte Oberschicht ergeben. Wie stellt sich die Rolle der Frau dar? Ist der breite Widerstand der Frauen ein Ausdruck dafür, alte patriarchalische Verhältnisse zu ändern und abzuschaffen? Überhaupt, welche Strukturen könnten sich in einer „moslemischen Republik" manifestieren?

Wir leiden wie alle linken Projekte unter Finanzierungsschwierigkeiten. Ein Mindestbetrag von 15.000 DM ist notwendig, um genügend Filmmaterial kaufen zu können. Leute, Gruppen oder Projekte, die uns unterstützen können/wollen, sollen sich an folgende Kontaktadresse wenden:

Bregan, Zwulch oder Uli, c/o AStA Kassel, Tel. 0561/22057



BALD WIRD FRIEDE IN EUSKADI NORD UND SÜD HERRSCHEN

SAN SEBASTIAN
1. Februar 1979

Aus dem Baskenland — Euskadi — (Euskadi-Nord ist der französische Teil, Euskadi-Süd der spanische Teil des Baskenlandes) erreicht uns folgender Brief, den wir hier leicht gekürzt wiedergeben:

Am 6.12.78 wurde allen Völkern im spanischen Staat von der spanischen Zentralgewalt ein Referendum (Volksabstimmung) über die neue Verfassung vorgelegt. Das Ergebnis des Votums in Euskadi-Süd sah wie folgt aus: zwischen 50 - 73 % der Wähler in den vier Provinzen Biskaia, Alaba, Nafaroa und Gipuzkoa enthielten sich der Stimme beziehungsweise wählten mit 'nein'. Aus diesem Ergebnis darf der Schluß gezogen werden, daß die Basken mit großer Mehrheit die „constitucibn des spanischen Zentralstaats abgelehnt haben.

Hier einige Gründe für die Ablehnung: die 'constitucibn' gesteht ihnen nicht den Autonomiestatus zu, für den sie nun schon seit mehr als hundert Jahren kämpfen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Entführung des Delegierten des Erziehungs- und Wissenschaftsministeriums im November '78 in Biskaia zu sehen (die Entführung wurde von dem politisch-militärischen Teil der ETA durchgeführt). Sie verliehen damit einem Erziehungsprogramm Nachdruck und hatten auch Erfolg mit ihrer Aktion: unmittelbar nach der Veröffentlichung des Kommuniques der Entführer wurden rund 297 Millionen Pesetas (ca. 7.425.000 DM) an die 'ikastolas' überwiesen (Schulen, in denen baskisch gesprochen wird).

Ein anderes dringendes Problem des spanischen Zentralstaats war und sind die baskischen Flüchtlinge in Euskadi-Nord. Während des Franco-Faschismus wurde den Basken hier weitgehend Asyl gewährt, was rechtlich bis heute fortbesteht. Der spanischen Regierung waren seit ihrem Amtsantritt diese Flüchtlinge ein Dorn im Auge, vor allem die ETA-Militanten, die dorthin flüchten mußten. Im Zuge der nach-fancistischen bürgerlichen Demokratisierung führte der spanische Innenminister betreffs dieser Angelegenheit intensive Gespräche mit seinem französischen Amtskollegen. Zuvor hatte sich M. Villa (der Innenminister) bei seinen westdeutschen und englischen Amtskollegen die entsprechende Rückendeckung für die Konsultationen auf französischem Boden geholt. Jüngstes Ergebnis dieser Übereinkünfte:

In einer koordinierten Aktion wurden am Morgen des 30.1.79 von den republikanischen Sicherheitskompanien (CRS) und der Polizei in Euskadi-Nord 20 Flüchtlinge festgenommen (angeblich alle ETA-Aktivisten), wovon 7 der spanischen Polizei übergeben wurden (sie befinden sich seitdem in U-Haft) und 13 nach Valensole in die französischen Alpen deportiert wurden. Zusammen mit den Familienangehörigen gaben die Rechtsanwälte der Ausgewiesenen und Deportierten eine Erklärung in Euskadi-Nord ab; darin heißt es unter anderem:

„Ursprünglich waren es 24 Festnahmen, wobei vier Flüchtlinge anschliessend wieder freigelassen wurden ... Die Aktion lief unter Aufsicht der französischen Sicherheitspolizei und ist noch nicht abgeschlossen, denn noch immer werden Wohnungen und Personen kontrolliert. Die Aktion lief gleichzeitig in vier Städten, und zwar ohne Haftbefehl, ohne richterliche Anordnung, ohne vorherige Ankündigung ... Alle Festgenommenen hielten sich legal auf französischem Boden auf, denn sie hatten verbrieft den Status politischer Flüchtlinge und eine Aufenthaltsgenehmigung."

Bei denjenigen, denen diese Papiere vorenthalten worden waren, was in letzter Zeit 'normal' war, gab es eine Eingabe an das Innenministerium. Damit steht fest, daß die französische Administration ihr eigenes (sowie internationales) Recht gebrochen hat. Hinzu kommt, daß die örtlichen französischen Amtspersonen in Euskadi-Nord von dieser Nacht- und Nebelaktion nicht informiert waren.

Diese koordinierte Aktion der spanischen und französischen Behörden ist die Fortsetzung ihrer Politik der 'Pazifizierung' des Baskenlandes. Die Ermordung eines ETA-Militanten und die schwere Verwundung „Peixotos" (J.M. Pagoaga Gallastegui), der auch ETA-Militanter ist, in Euskadi-Nord waren die Ergebnisse dieser Übereinkunft.

Die Demonstrationen gegen die Auslieferung und Deportierung baskischer Flüchtlinge wurde durch die Besetzung der vier Provinzhauptstädte Euskadi-Süds durch bewaffnete Polizei größtenteils verhindert. Noch in der Nacht nach der Aktion in Euskadi-Nord wurden 2.000 zusätzliche Polizeikräfte allein nach San Sebastian beordert. Fast jede Straße in der Innenstadt war besetzt und trotzdem kam es zu Widerstandsaktionen, wurden an verschiedenen Stellen Barrikaden gebaut und die Rufe in der Stadt gehört: „Amnistia osoa – estradiziorik ez" („totale Amnestie – Auslieferung nein"). Dieser Schrei nach der Amnestie aller politischen Gefangenen ist zentraler Punkt in den Forderungen. Die meisten der eingekerkerten Basken sind deportiert und in Knästen außerhalb Euskadis untergebracht.
Am 31.1.79 begannen 101 Gefangene im Knast von Soria einen unbeschränkten Hungerstreik. Die Gefangenen gehören den Gruppen ETA und den Autonomen an.

Die Familienangehörigen der Gefangenen geben der Verwaltung fünfzehn Tage für die Erfüllung der „Amnistia total" und Rückführung der Gefangenen nach Euskadi. Danach beginnen sie einen Hungerstreik, bei dem auch die kleinen Kinder (!) beteiligt sein werden.
„Wir sind uns klar über das Ausmaß des Ganzen, eingeschlossen das Leben zu verlieren. Falls wir sterben müssen, dann wollen wir es auf einmal und gemeinsam. Wir sind in einer derart verzweifelten Situation, daß uns kein anderer Ausweg bleibt."



„WOFÜR POLIZEI? WIR HABEN DOCH DIE KP!"

S EVILLA
ENDE JANUAR

Im Oktober hatte die PC hier in Sevilla ein Konzert der chileni schen Gruppe „Quilapayun" organisiert. Bei den Auseinandersetzungen zwischen PC-Ordnern 150 - 200 Menschen draußen, die ohne Karten reinwollten, starb ein Ordner durch einen Messerstich ins Herz. Nach Aussage der PC von einem Faschisten der ‚Fuerza Nueva' ermordet. Zur Klärung ist ein wenig Vogeschichte notwendig. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit hier, besonders der jugendlichen, verdienen sich viele mit illegalen Geschäften ihr tägliches Essen. Diese Menschen werden hier ‚Chorizos' - eine spanische Wurst - genannt, weil sie alles, was sie kriegen können, in sich hineinstopfen: sie klauen nicht nur alles mögliche einschliesslich Kassetten, sondern handeln auch mit Drogen. Angesichts der aussichtslosen Bekämpfung der Chorizos fordert die PC (spanische KP) noch mehr Polizei: ein neues Komissariat für einen betroffenen Stadtteil (die Chorizos klauen übrigens hauptsächlich in Reichenvierteln). Da die Polizei nach Meinung der PC nicht wirksam genug arbeitet, greifen PC-Militante Chorizos auf, wo immer sie sie finden, und verprügeln sie. – Kein Wort über die Ursachen der Chorizos –; so kommt es, daß eine spontane Parole aus Valencia jetzt überall in Spanien gerufen wird: „policla – para qué? , si tenemos el PC" (Wofür die Polizei, wir haben doch die KP).
Die Preise waren für viele zu hoch, Karten waren schon reichlich verkauft (Der Saal war brechend voll), der Gewinn war also gesichert. Trotzdem hinderten PC-Ordner mit Stöcken die restlichen Leute (Anarchisten, Autonome, Chorizos) reinzukommen. Die Leute waren dadurch schon reichlich aufgebracht , riefen Parolen gegen die PC und drängten zum Eingang. Einmal ließen die Ordner eine kleine Gruppe rein, riegelten hinter ihnen sofort wieder ab, gaben ihnen eine kräftige Abreibung und schmissen sie wieder raus. Direkt danach wollten sie auf die restlichen Leute draußen los, diese rannten weg und von hinten schlugen die Ordner auf sie ein, von drinnen flogen Stühle, Flaschen, Stöcke auf die Weglaufenden. –Siedepunkt. Die Menschen draußen warfen mit Orangen auf die nachfolgenden Ordner. Bei der nachfolgenden Prügelei zog ein schon am Hinterkopf Blutender ein Messer und stach es einem der Ordner zwischen die Rippen. Das Konzert drinnen ging weiter bis zum Schluß, ohne daß dort etwas von den Auseinandersetzungen bekannt wurde.

Die PC sagt nachher, unter den Menschen draußen wären Mitglieder der faschistischen ‚Fuerza Nueva' gewesen, von denen einer den Ordner erstochen hatte. Die Leute der FN sind hier aber überall bekannt und mit denen macht auch keiner was zusammen, d. h. sie waren nicht dabei. Die Ursachen sind gut genug aus der Vorgeschichte zu erkennen. Die PC läßt eine Fotomontage vom Gesicht des Täters verteilen; Menschen, di e dem Foto ähnlich sehen, werden von der Straße weg in PC-Büros geschleppt, verhört und wenn sie verdächtig erscheinen, der Polizei übergeben, die alle wieder laufen läßt. Auch die Beerdigung des Ordners wurde zu einer Demo gegen den ‚Faschistischen Anschlag' und den Terrorismus überhaupt.

Noch was: Zu den Wahlen hat sich die PC interessante Sprüche einfallen lassen: "lass deine Stimme für die arbeiten" – „benutze deine Stimme gegen die Arbeitslosigkeit"–„entwaffne mit deiner Stimme den Terrorismus"– „Steck die Demokratie in deinen Einkaufskorb"– „Setz dich in die Cortes (Parlament)".

PINOCHET PERSÖNLICH IN MORDFALL LETELIER VERWICKELT

MADRID
10. Februar

Folgende Meldung entnahmen wir, leicht gekürzt, der spanischen Zeitung "EL PAIS" vom gleichen Tage . . .

Der Botschafter der USA in Chile teilte dem Bundeskriminalamt der USA (FBI) mit, daß Pinochet persönlich bei der Regierung Paraguays unbürokratische Hilfe bei der Ausstellung falscher Pässe erbeten habe. Die Pässe sollten für zwei Chilenen bestimmt sein, die im nachhinein mit dem Mord an Allendes (Präsident der linksgerichteten Regierung in Chile vor dem Putsch) Außenminister Letelier in Zusammenhang gebracht worden waren.

Nach offiziellen Quellen und gerichtlichen Stellen, die mit den Nachforschungen im Mordfall vertraut sind, war übereinstimmend zu erfahren, daß der derzeitige Chef der Amerikanischen Botschaft in Chile, George Landau, dem FBI mitgeteilt habe, Pinochet habe mit dem Präsidenten Paraguays telefoniert und diesen um falsche Pässe für zwei chilenische Agenten gebeten.

Am vergangenen Donnerstag (8.2.79) sagte Landau in einem Prozess aus, in dem drei Exilkubaner des Mordes an Letelier angeklagt sind. Hier sagte er allerdings nur, die Bitte um falsche Pässe sei von einer "Hohen Stelle" der chilenischen Regierung gekommen. Verschiedene Personen jedoch, die Zugang zu Akten hatten, die das FBI über das Interview der Ermittlungsbehörden mit dem amerikanischen Botschafter anlegte, versichern, daß Landau gesagt habe, daß besagte Bitte direkt vom chilenischen Diktator ausgesprochen worden sei.



EIN JEDER TUT NUR SEINE PFLICHT

PARIS
20. Januar 79

Aus der 'Gueule ouverte' (was so viel heißt wie 'macht's Maul auf'), DER französischen Ökologiezeitung:

Während in den französischen Zeitungen und im Fernsehen gerade in letzter Zeit einiges für das gute Ansehen der Polizei, besonders der Schlägertruppe CRS (Volksmund: Camion Remplie de Singes – Laster voller Affen),getan wurde, demonstrierten am 20. Januar in Paris 3000 Flics vor der Bastille. Zu der Demo hatte die größte der französischen Polizeigewerkschaften, die 'federation autonome des syndicats de police', aufgerufen (es gibt einigen Unmut wegen Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung der einfachen Flics, worum es bei der Demo konkret ging, weiß ich leider nicht).

Wie bei jeder Demonstration gab es nicht nur Demonstranten und Presse, sondern auch aufpassende Polizisten, denn „...wie überall, wissen sie, gibt es Leute die nervös sind, oder übertreiben, und das rechtfertigt unsere Anwesenheit" sagte einer der Aufpasser,traurig darüber, daß er nicht mitmachen durfte. Die Demonstranten waren auch voll bei der Sache, ernsthafte und heftige Reden wurden geschwungen. Wenn man Ihnen das Wort gibt, machen sie sich Luft. Schließlich kam es zu den befürchteten Ausschreitungen – Flic-Demonstranten und Flic-Aufpasser prügelten sich gegen seitig zum Vergnügen der Zuschauer, ja Flics sind eben auch nur Menschen . . .

DER „GUTE STERN" AUF ALLEN STRASSEN

DAR-ES-SALAAN
26. JANUAR

Was beispielsweise für den Chagga am Kilimandjaro sein Rinderkopf an der Feuerstelle ist, das ist auch in Tansania dem wohlhabenden Afrikaner sein schwarzpolierter Merzedes als Zeichen des Reichtums. Das ostafrikanische Suaheli hat einen eigenen Ausdruck für die Bonzen: Wa-Benzi . . . Leute, die Mercedes-Benz fahren. Nichts Neues also, auch in diesem Erdteil den „guten Stern" zu sehen. Erstaunlich hingegen ist, daß Mercedes Militärfahrzeuge nach Uganda liefert, daß sich seit Oktober 1978 im Kriegszustand mit Tansania befindet. Die Armeelaster sind teilweise ganz neu mit kanpp tausend Fahrkilometern (Daily News Tansania vom 26.1.79). Das stellte sich jüngst heraus, als letzte woch Woche tansanische Einheiten Kriegsmaterial der ugandischen Invasionstruppen erbeuteten.

Man könnte nun natürlich einwenden, daß Mercedes nur Buisnes macht: Warum sollte eine Firma auch hinter Magirus Deutz zurückstehen, der LKW's an das Tansanische Militär liefert? Doch der faschistische Charakter des Amin-Regimes liegt auf der Hand nach all den Massenmorden innerhalb des Landes und den Bestrebungen des Diktators in Ostafrika durch Annexion Tansanias ein Großuganda aufzubauen. Auch die bundesdeutsche Regierung bestreite nicht den faschistischen Charakter des Regimes. Warum erlaubt sie nun den Export von Militärfahrzeugen in dieses Land? Hat sich für Idi Amin schließlich Entebbe doch noch bezahlt gemacht? Es ist müßig, darüber zu spekulieren, wichtiger ist vielmehr die öffentliche Frage in der BRD, ob sich hinter den Lippenbekenntnissen der Regierung nicht noch mehr Kriegsgeschäfte verbergen.

DER STAATSSCHUTZ RÄT: AUGEN AUF !

(zum Leserbrief von Irgendwo, ID Nr. 271)

FRANKFURT
März '79

Liebe/r Leserbriefschreiber/in, ich hab die beiden Meldungen über Attentate der italienischen Guerilla geschrieben, weil ich über sie ziemlich entsetzt war. Ich will dir auch ganz klar sagen, was ich von den beiden Aktionen halte: für mich zeigen sie den politischen Bankrott ihrer Akteure an.

Warum? Weil sie sich gegenüber einer politischen Haltung, die auf den „demokratischen" Staat und die „linken" Gewerkschaften baut und sich scharf gegen die Guerilla abgrenzt, wie das typisch ist für die PCI (kommunistische Partei Italiens), nicht anders zu helfen weiß, als (exemplarisch?) die Leute, die das meinen, umzulegen. Die beiden Erschossenen, der Betriebsrat Rossa aus Genua, ein langjähriges Mitglied der PCI, und der stellvertretende Generalstaatsanwalt in Mailand Alessandrini, Mitglied des demokratischen Richterverbandes in Italien, waren solche Leute.

Wie erklärst du dir denn, liebe/r Leserbriefschreiber/in, daß nach dem Anschlag auf Alessandrini die allermeisten in Italien annahmen, daß es ein Attentat der Faschisten war? Bei Attentaten, deren Urheberschaft man verwechseln kann, wär ich ohnehin erst mal vorsichtig. Und denkst du, es war das Ziel

jener Leute, die Rossa erschossen haben, möglichst viele Leute gegen die Guerilla auf die Straße zu bringen? Dieses Ziel haben sie erreicht.

Ich habe nie behauptet, die Roten Brigaden seien „Feinde des Volkes", Volksfeinde. Solche Ausdrücke gebrauche ich nicht, sie sind mir fremd. Was ich aber klarmachen wollte, ist, daß sich nach dem Attentat auf Rossa große Teile der KP-Arbeiterschaft, der fest beschäftigten Arbeiterklasse der Großfabriken Norditaliens, direkt von der Guerilla bedroht fühlten. Wer das nicht wahrhaben will — wie du, zu dem kann ich nur sagen: Augen auf!

Es ist doch ein politisches Problem, daß sich die Spaltung zwischen Guerilla und KP-Arbeiterschaft inzwischen in Italien so weit entwickelt hat, daß die KP-Arbeiter nach der Erschiessung Rossas sich bedroht fühlten. Ich denke, damit müssen wir uns auseinandersetzen. Die von der PCI gemachte Politik der „Fortentwicklung des demokratischen Staates" finde ich auch zum Kotzen. Aber der Guerilla ist es offenbar egal, daß die Kernarbeiterschaft die großen Fabriken nach wie vor fest zu „ihrer" Partei hält, sie hat sie in einem bestimmten Sinn fallengelassen, womöglich sind sie für die Guerilla zu Gegnern geworden. Mit dem Attentat auf den KP-Gewerkschafter Rossa hat die Guerilla es fertiggebracht, diese Bindungen an die PCI zu festigen. Ich halte es für eine politische Bankrotterklärung, einzelne aus der KP-Arbeiterschaft zu „Spionen" zu erklären, weil sie Genossen denunziert haben (übrigens hat es der gesamte Betriebsrat gemacht), und sie zu erschießen. Soll denn angesichts dieser Kluft zwischen KP-Arbeiterschaft und der Guerilla — konsequenterweise — eine soziale Schicht erschossen werden? Grauenhaft.
Conrad.

„DER ID WIRD NICHT ZUM STAATSSCHUTZBLATT"

HEIDELBERG
5. MÄRZ

Zu dem Leserbrief: Wird der ID zum Staatsschutzblatt? in Nr. 271, S. 2 nun ein Leserbrief von mir; ich bin zwar kein Mitglied des ID-Kollektivs, aber ich fühle mich auch so als Individuum zu deinem Leserbrief angesprochen.

Beim ersten Lesen deines Briefes habe ich gedacht, da schreibt eine(r), die (der) den ID zufällig in die Finger gekriegt hat. (Da du aber fleißig ID-Nummern mit Seitenangaben zitierst, scheinst du mir doch eine eifrige(r) Leser(in) zu sein). Bisher habe ich jedenfalls geglaubt, daß regelmäßigen ID-Leser(innen)n das Arbeits- und Publikationsprinzip des ID bekannt sei; daß nicht DER ID in Artikeln, Berichten Partei ergreift, sich auf eine Seite stellt — wie du behauptest —, sondern dies in den meisten Fällen diejenigen Gruppen, Individuen tun, die die Artikel schreiben und einsenden. Daß die Auswahl — was dann von den Einsendungen gedruckt wird — auch eine politische Entscheidung ist, versteht sich (fast) von selbst.

Genausowenig wie für mich der ID durch die Veröffentlichung kritischer Stellungnahmen zu Aktionen der italienischen Guerilla zum Staatsschutzblatt wird, sowenig wird er durch den Abdruck von Erklärungen von Gefangenen aus der RAF oder Kommandoerklärungen der Revolutionären Zellen — was ja bisweilen auch vorkommt — zum Propagandaorgan der Guerilla.

Was wirfst du nun „dem" ID vor?

„Zum Schluß wird noch sinnentstellend ein Nebensatz der Erklärung der Prima Linea angeführt, die angeblich die Begründung der Aktion sein soll. (Was sie natürlich nicht war.)" Wenn die Begründung im ID falsch war, hätte ich es natürlich gefunden, wenn du die richtige Begründung der Prima Linea geliefert hättest. Vielleicht hätte ich dann die Erschießung Allessandrinis eher verstanden, kein „blindwütiges Handeln" unterstellt.

Statt über die ID-Berichterstattung zu lamentieren, hättest du eine bessere über die Aktion machen können. So drängt sich mir ein bißchen der Verdacht auf, daß auch du Schwierigkeiten hast, das Handeln der italienischen (und deutschen) Guerilla als durchdacht und weitsichtig darzustellen und zu begründen.

„Über seine (Allessandrinis) Tätigkeit erwähnt der ID lediglich, daß er gegen 'Faschisten ermittelte', als ob er deshalb schon ein Linker sei." Der ID behauptet an keiner Stelle, Allesandrini sei ein Linker gewesen. Das ist allein deine Interpretation. Steckt vielleicht die Projektion dahinter, daß nur Linke eventuell vor Aktionen der Guerilla sicher seien bzw. nur dann eine Guerillaaktion zu kritisieren sei?

„Durch ein angebliches Zitat eines Abreiters . . . " so einfach geht das. Also entweder eine Aktion ist richtig, die Roten Brigaden sind Freunde des Volkes, oder wenn dem nicht so zu sein scheint, ist der ID dran schuld. Daß es vielleicht Parteigenossen und -genossinnen gab, die die Erschießung des PCIlers nicht für richtig hielten — was sich offensichtlich in Demonstrationen, Aufrufen zum Generalstreik und in der zitierten Äußerung des Arbeiters ausdrückte — geht anscheinend nicht in deinen Kopf rein. Und da wird dann aus dem Zitat ein Angebliches, aus den Reaktionen und Aktionen von Teilen der italienischen Arbeiterschaft — für mich eine Form der politischen Auseinandersetzung — wird für dich moralischer Dreck draus.

Für mich ist dein Leserbrief auch kein Einzelfall. Oft wird dort, wo jemand an dem revolutionären Denkmal der Guerilla zu rütteln wagt, gleich mit der Keule von Staatsschutzfunktion, schweinischer Berichterstattung, Denunziantenblatt und Anti-Guerilla-Konzept zugeschlagen. Von politischer Auseinandersetzung, die gerade du forderst, mit den Zweifeln und der Kritik Linker an Guerillaaktionen ist da weit und breit nichts zu sehen. Im Gegenteil finde ich, daß dein Brief zwar vielleicht kein moralischer Dreck ist aber doch zumindest ein ziemlicher politischer Mist.



ENDE VONS INTITIONALM

HERAUSGEBER
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 90 03 43,
Tel.: 0611 / 704 352 Verantwortl. Redakteur: *isaac t. froehlich*

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45

ASTRID PROLL – EINE RICHTIGSTELLUNG

BERLIN 6. März — *In Berlin gibt es eine Frauen-Presse-Gruppe zu Astrid Proll. Sie hat die englische Zeitschrift „Time Out" (16. bis 22.2.79, Seite 6) ausgewertet und übersetzt und schickte außerdem den bisher unveröffentlichten Auszug aus einer Presseerklärung des Anwalts von Astrid Proll: Zuerst der „Time Out" - Bericht:*

Proll – immer noch keine Entscheidung

Berichte, daß Astrid Proll angeboten hätte, sich selbst zu stellen, wurden von ihrem Anwalt Larry Grant diese Woche als „total unexakt" zurückgewiesen. Der Artikel aus Frankfurt besagte, daß Astrid einen Brief an H. Guenther, den hessischen Justizminister, geschrieben hätte, in dem sie sich bereit erklärte, unter der Bedingung nach Westdeutschland zurückzukehren, daß sie nicht in Haft käme.

Dieser Artikel ist einer von vielen unexakten Geschichten zu der Auslieferungssache Proll, die in der letzten Zeit erschienen sind. Letzte Woche wurde großartig gemeldet, daß eine Entscheidung zur Auslieferung schon gefallen sei. . . Aber die endgültige Entscheidung, um sie nach Deutschland zurückzuschicken, bleibt beim Justizministerium.

Die Verteidigung hat 15 Tage Zeit, um gegen die Gerichtsentscheidung Einspruch einzulegen, und die Angelegenheit ist noch offen, besonders im Hinblick auf die Unklarheit von Astrids Nationalität. Ihre Anwälte bestehen darauf, daß trotz der Änderungen in dem Auslieferungsvertrag mit Deutschland es immer noch unmöglich ist, einen britischen Staatsbürger auszuliefern. Aber das Innenministerium erkennt Astrids Heirat von 1975 mit R. Puttick weiterhin nicht an, die Heirat, die ihr automatisch das Recht der Staatsbürgerschaft geben würde. Dieser Streitpunkt muß nun in der Familienkammer des Obersten Gerichtshofes geklärt werdem – aber bisher ist dafür noch kein Termin festgesetzt worden.

Theoretisch ist es möglich, daß das Innenministerium über die Auslieferung entscheiden kann, bevor die Gerichte die Chance gehabt haben, über die Nationalität zu entscheiden. Eine Befürchtung, die Larry Grant gegenüber Time Out äusserte: „Wir sind dabei in Berufung zu gehen, und wir fordern den Obersten Gerichtshof ebenfalls auf, sich in der Verhandlung über die Nationalität zu beeilen. Es kann keine Rede davon sein, daß Astrid in diesem Stadtium angeboten hat, nach Deutschland zurückzugehen."

Die Berichte, daß sie ein Angebot machte, stammen aus einem Brief, den sie tatsächlich an Guenther schickte. Das wurde durch eine Bemerkung des Bundesministers Baum hervorgerufen, der sagte, daß es in Astrids eigenem Interesse liege, sich den Bundesdeutschen Behörden zu stellen. Aber daß die Existenz dieses Briefes überhaupt bekannt wurde, ist Ausdruck der internen Debatte in Deutschland über Auslieferungsverfahren. . . " Von Astrid selbst wird berichtet, daß sie „überrascht" darüber war, daß der Brief in die Öffentlichkeit gelangen konnte. „Man kann es am besten damit beschreiben, daß es eine Antwort auf Baum ist." sagt Larry Grant. „In der Zeitschrift Stern in Januar sagte er – falls Astrid freiwillig zurückkehren würde – würde er ihr Haftverschonung und ein schnelles Verfahren zusichern. Natürlich stände das außerhalb seiner Macht, aber es wäre für Astrid lächerlich gewesen, nicht zu antworten.

In ihrem Brief fragte sie nach der Klarstellung der Substanz von Baums Andeutungen, indem sie betonte, daß jede Entscheidung – die sich ihr eröffnet – durch die Erinnerung an ihren letzten Gefängnisaufenthalt in Deutschland schwer gemacht wird. (. . .)

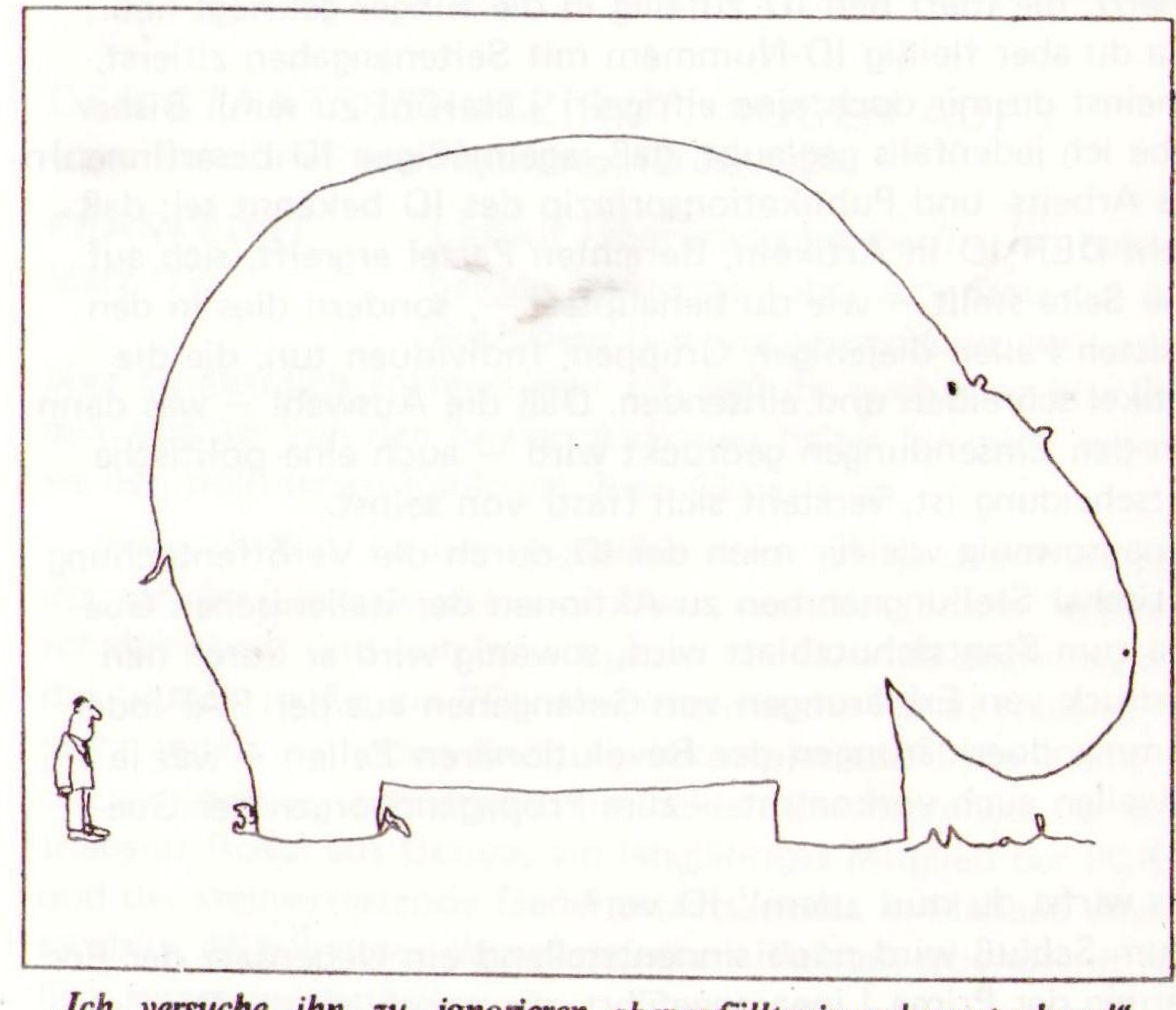
Astrid unterstrich in ihrem Brief, daß ihre Entscheidung, Deutschland zu verlassen, für sie buchstäblich eine Frage von Leben und Tod darstellte. Es war kein Weg, ihrem Verfahren zu entkommen, nicht damals und nicht heute."

Aus einer unveröffentlichten Presseerklärung des Anwalts von Astrid Proll vom 9.2. 79 (unveröffentlicht in dem Sinne, daß sie nicht im Wortlaut veröffentlicht wurde, sondern inhaltlich in verschiedenen Zeitungen aufgegriffen wurde, z. B. dem Guardian vom 15.2.79 u.a.).:

„Angesichts gewisser Pressemeldungen der letzten Tage wünscht Astrid Puttick wissen zu lassen, daß sie nicht irgendein Angebot gegenüber den deutschen Behörden gemacht hat, sich selbst zu stellen. . . . Sie wünscht klarzustellen, daß es überhaupt nicht in Frage kommt, sich zum jetzigen Zeitpunkt selbst zu stellen. Sie wird eine Entscheidung fällen, sobald sie klare Antworten zu den angesprochenen Sachen in ihrem Brief an Dr. Guenther hat.

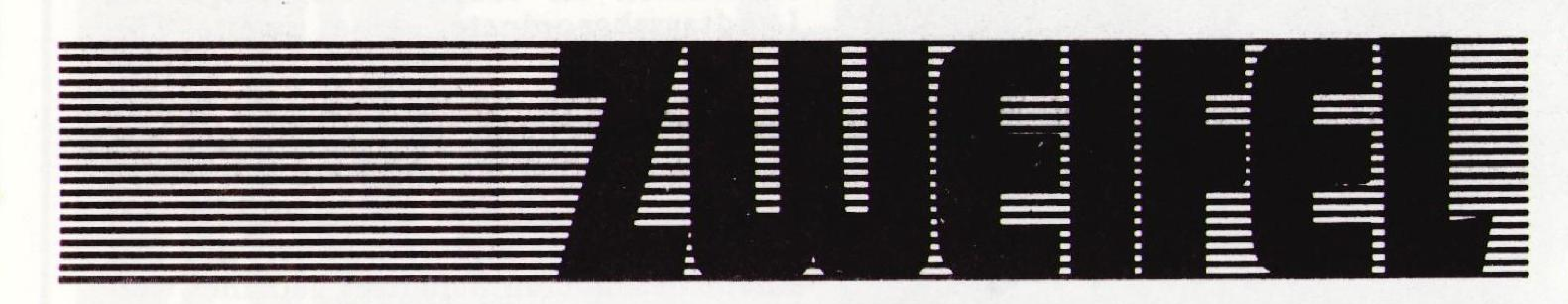
Währenddessen hat sie uns gebeten, beim Obersten Gerichtshof Anträge auf Aufhebung der richterlichen Entscheidung zu stellen. Es ist keineswegs sicher, daß die deutsche Regierung in dem Auslieferungsantrag von Frau Puttnick erfolgreich sein wird. Vor allem das zentrale Argument der Verteidigung – daß sie den Anspruch auf eine britische Staatsbürgerschaft hat und damit die Unmöglichkeit besteht, nach Westdeutschland ausgewiesen zu werden – wurde bisher von den britischen Gerichten noch nicht berücksichtigt. Es war die deutsche Regierung, die die Auslieferungsverhandlungen begann: es bleibt der deutschen Regierung weiterhin in jedem Stadium offen, die Verhandlung einzustellen.

Kontakt: Frauen-Presse-Gruppe zur Astrid Proll – Frauenzentrum Berlin – Stresemannstr. 40 , 1 Berlin 61, Sonderkonto Krista Schnorrenberg, Nr. 632 14 - 103, Postscheckamt Berlin-West



„Ich versuche ihn zu ignorieren, aber es fällt mir verdammt schwer!"

UNTERSUCHUNG DER TODESUMSTÄNDE VON ULRIKE MEINHOF



Nach den Stammheimer Toden im Herbst '77 wird über den Tod von Ulrike Meinhof (Mai '76) nur noch wenig gesprochen: die Ereignisse haben unsere offenen Fragen überholt. Eine im Sommer 1976 vor allem durch das Betreiben von Klaus Croissant gegründete Internationale Untersuchungskommission (IUK) zur Untersuchung ihrer Todesumstände hat gerade auch nach diesen Ereignissen mit minutiöser Genauigkeit und hohem Aufwand zusammengetragen, was zusammenzutragen war – dem äußeren Druck zum Trotz, den nicht nur die staatlichen Sanktionen, sondern auch Vereinahmungsversuche von Stadtguerilla-Ideologen ausmachten. Am 31. Januar d.J. stellte die Kommission ihre Ergebnisse auf einer Pressekonferenz in Paris der Öffentlichkeit vor. In "Le Monde" war darüber ein längerer Artikel zu lesen, die deutsche Presse ignorierte die Pressekonferenz vollständig. Wir veröffentlichen Auszüge aus einem Bericht, den ein Teilnehmer der Pressekonferenz an den Informationsdienst (ID) geschickt hat:

Nach mehr als zweijähriger Arbeit legte die „Internationale Untersuchungskommission zum Tode Ulrike Meinhofs" (IUK) in Paris ihren Abschlußbericht vor. Auf ihrer Pressekonferenz am 31. 1. 79 berichtete die Kommission von ihrer Arbeit und stellte sich den Fragen der Journalisten.

Der Kommission gehörten als Mitglieder an: die Anwältin Michelle Beauvillard, der Journalist Claude Bourdet, der Theologieprofessor George Casalis (die beiden letzten sind gleichzeitig Mitglieder des III. Russell-Tribunals), der Journalist Robert Davezies (alle aus Paris), der Soziologieprofessor Joachim Israel (Kopenhagen), der Anwalt Panayotis Kanelakis (Athen), der Journalist Henrik Kaufholz (Arhus, Dänemark), der Schriftsteller John McGuffin (Belfast), der Facharzt für Neurologie und Psychiatrie Dr. Hans Joachim Meyer (Mayen, Eifel) und der Physiker Jean-Pierre Vigier (Paris).

Die IUK konstituierte sich im Herbst 1976, nachdem die ersten Obduktionsbefunde von offizieller Seite herausgegeben waren und Widersprüche innerhalb der offiziellen Selbstmord-Version deutlicher wurden. Die Gründung der IUK war das Ergebnis der Forderung zahlreicher Organisationen und Persönlichkeiten des In- und Auslandes nach einer unabhängigen Untersuchung der tatsächlichen Umstände des Todes von Ulrike Meinhof.

Die Schwierigkeiten, denen sich die Kommission bereits seit dem Anfang ihres Bestehens gegenüber sah, waren groß: alle offiziellen Stellen, die befragt werden sollten, gaben keine Auskunft; weder eine Befragung der Gefangenen Baader, Ensslin und Raspe noch Gespräche mit anderen Gefangenen im Stammheimer Gefängnis wurde der Kommission genehmigt; der Gefängnisarzt von Stammheim, der die Leiche Ulrike Meinhofs in ihrer Zelle am Morgen des 9. Mai 1976 als erster Arzt gesehen hatte, bekam von seiner Behörde keine Aussagegenehmigung; die zuständige Staatsanwaltschaft lehnte es ab, der IUK Akteneinsicht zu gewähren und ihr die offiziellen Berichte zur Verfügung zu stellen; der gerichtlich bestellte Obduzent teilte auf Anfrage der Kommission mit, er habe den „zu den Akten gegebenen Gutachten nichts hinzuzufügen."

Die IUK wurde bei der Aufklärung der Todesumstände Ulrike Meinhofs von den Behörden der BRD in keiner Weise unterstützt. Darüber hinaus wurden Menschen, die sich besonders um die Aufklärung dieses Todes bemüht haben sowie diejenigen, die es auch nur wagten, öffentlich Zweifel an der Selbstmord-Version zu bekunden, gerichtlich belangt. Klaus Croissant, der Testamentsvollstrecker von U.M. ist, wurde durch Verweigerung des Ausreisevisums daran gehindert, am ersten Treffen der IUK (im Okt. 1976) teilzunehmen und sich als Zeugen von der Kommission befragen zu lassen. Seine Verhaftung vereitelte seine weitere beharrliche Aufklärungsarbeit.

Der Bericht und die Befragung des Kommissionsmitgliedes Dr. Meyer erbrachte, daß wichtige Details der kriminaltechnischen und rechtsmedizinischen Gutachten auf die Einwirkung eines Dritten im Zusammenhang mit dem Tod von U.M. hinweisen:

– In der Zelle Ulrike Meinhofs befand sich, als sie am Morgen des 9.5.76 betreten wurde, eine Glühbirne in der Lampenfassung, die Lampe war ausgeschaltet. Es war zu der Zeit im 7. Stock in Stammheim üblich, daß die Gefangenen abends um 22 Uhr die Glühbirnen aus ihren Lampen herausschraubten und dem Wachpersonal ablieferten. Am nächsten morgen erhielten sie sie zurück. So wurde vermieden, daß abends um 22 Uhr, wenn laut Anstaltsordnung das Licht zu löschen war, der Strom ganz abgestellt werden mußte. Nach Aussage der Assistentin zur Ausbildung im Strafvollzug Renate Frede, hatte U.M. die Glühbirne am Abend des 8.5. um 22 Uhr ordnungsgemäß abgeliefert. Am Morgen des 9.5. konnte U. M. die Glühbirne nicht entgegengenommen haben.

Zu den Fingerabdrücken auf dieser Glühbirne teilte das BKA dem LKA Baden-Württemberg am 10. Juli 1976 mit: „In allen Fällen handelt es sich um Fingerabdrücke, die nicht für Identifizierungszwecke geeignet sind. Beim Vergleich mit den Fingerabdrücken unter den Pernsonalien Meinhof, Ulrike, geb. ... , wurden keine Anhaltspunkte für Übereinstimmung festgestellt."

Bei der Pressekonferenz kamen auch verschiedene Unklarheiten und Widersprüche bezüglich des „Erhängungswerkzeuges" zur Sprache. Das Thema wurde aus Zeitgründen nicht in allen Aspekten erörtert, da die vollständige Untersuchung im schriftlichen Bericht zu lesen ist.

An dieser Stelle Einzelheiten, die im Zusammenhang mit dem Strang relevant sind: Es wird angegeben, der „Strick", mit dem sich Ulrike Meinhof erhängt habe, sei aus einem ca. 4 cm breiten Stoffstreifen hergestellt worden, der mithilfe eines Werkzeuges von einem der Anstaltstücher abge trennt worden sei. Wie kommt es dann, daß an dem einzigen dazu geeigneten Werk zeug, das in der Zelle vorgefunden wurde, - einer kleinen Schere - keinerlei Faserspuren von dem Handtuchstoff gefunden wurden? Wer hat den Streifen vom Handtuch abgetrennt und mit welchem Werkzeug? Zur Länge der Schlaufe, in der Ulrike Mein hof erhängt vorgefunden wurde, gibt die „rechtsmedizinische Leichenuntersuchung" (Leichenschau) an:

> „Vom Aufhängepunkt am Fenstergitter zum Knoten (unmittelbar hinter dem Kinn) besteht ein Abstand von jeweils 34 cm."

Danach müßte die Schlaufe 68 cm weit gewesen sein. Eine Schlaufe von dieser Weite läßt sich - wie jeder nachprüfen kann - leicht über den Kopf streifen. Ebenso leicht rutscht der Kopf eines Bewußtlosen, der in einer so weiten Schlinge hängt, wieder heraus.

Der Bericht der anschließend an die Leichenschau durchgeführten „richterlichen Leichenöffnung" (Obduktion) sagt zum Strang:

> „(Das Strangwerkzeug) ist an der ursprünglichen Aufhängestelle in der Mittellinie durchtrennt. Die Seitenteile sind 26 und 25 cm lang (...) . Es folgt ein doppelter Knoten mit zwei freien Enden, das eine 11 und das andere 12 cm lang."

Die Angaben zur Schlaufe, die im Obduktionsbericht gemacht werden, sind unvollständig, irreführend oder falsch.Der Wortlaut im Bericht legt nahe, daß die Schlaufe eine länge von 51 (26 + 25) cm hatte. Eine Schlaufe von 51 cm würde nicht zulassen, daß der Kopf eines Erhängten aus ihr herausrutschte. Wußten die Obduzenten, daß die Schlaufe um 17 cm (68 - 51) verkürzt worden ist? Die Schlaufenlänge ist der zentrale Punkt des Gutachtens der Obduzenten, die einen Selbstmord annehmen. Von welcher Schlaufenlänge gehen die Obduzenten in ihrem Gutachten aus?



ressekonferenz: v. l. n. r. Claude Bourdet, Dr. Meyer mit Dolmetscherin und John McGuffin.

könnte jemand ein Interesse daran haben, daß die Obduzenten von einer Schlaufe ausgehen, die 17 cm enger ist als bei der Leichenschau?

Der gesamte Strang bestand aus der Schlaufe, dem Doppelknoten und den freien Enden. In der Rekonstruktion ergibt das für die Schlaufenlänge von 68 cm einen Strang von (68+11+12) 91 cm Länge, für eine Schlaufenlänge von 51 cm einen Strang von (51+11+12) 74 cm Länge, jeweils ohne (geöffneten) Doppelknoten. Nach Versuchen der Gefangenen Baader, Ensslin, Raspe und Schubert benötigt man für einen Doppelknoten mit einem Streifen der Breite, wie ihn der Strang gehabt haben soll, und mit demselben Handtuchmaterial, von dem er abgetrennt worden sein soll, 22 cm Länge.
Das in der Zelle vorgefundene Anstaltshandtuch, für den ein Streifen für den Strang abgetrennt worden sein soll, hat jedoch nur 75 cm Länge.

Wie lang war das Strangwerkzeug (113 oder 96 cm)? Wie konnte der Strang aus nur einem einzigen Streifen eines nur 75 cm langen Anstaltshandtuchs hergestellt werden? Stammt der Stoffstreifen, aus dem der Strang bestand, tatsächlich von dem in der Zelle vorgefundenen Handtuch?

Darüberhinaus bleiben noch einige weitere Fragen offen, die im Zusammenhang mit dem Tod U. Ms. eine Bedeutung haben:

– „(...) es (gibt) Informationen von Rechtsanwalt Weidenahmmer darüber, daß in Stuttgart-Stammheim Angehörige des Bundesgrenzschutzes unkontrollierten Zugang zu der Anstalt haben. Die Gefangenen und ihre Anwälte haben schon früher darauf hingewiesen, daß zumindest Beamte des BKA, des LKA und des BGS ungehinderten Zugang zum 7. Stock der JVA Stammheim haben. In diesem Zusammenhang findet die Tatsache Bedeutung, daß am 8. Mai 1976 ein Hubschrauber des BGS in der Nähe/auf dem Gelände der Anstalt landet. (...) Bis heute gibt es keine Antwort darauf, zu welchem Zweck der Hubschrauber den Sicherheitsbereich der Anstalt überflog und wo er genau landete und wann er wieder wegflog." (IUK Bericht, S. 51)

– Erst nach den Ereignissen des 18. Okt. 1977 wird die Existenz eines geheimen Zugangs zum 7. Stock der Stammheimer JVA zugegeben. Die Frankfurter Rundschau am 4. Nov. 1977:

„Bei einer Ortsbesichtigung des Zellentraktes im 7. Stock der Vollzugsanstalt, in dem die Terroristen inhaftiert waren, entdeckten die baden-württembergischen Landtagsabgeordneten eine zweite Tür, die direkt vom ‚Umschlußraum', wo sich die Gefangenen treffen konnten, in den Gefängnishof führt. **Es handelt sich um die Tür zu einer Feuertreppe mit Türen zu jedem Stockwerk, die allerdings von innen gar nicht und von außen nur mit einem besonderen Schlüssel geöffnet werden können.** (...) Die Tür zur Feuertreppe (...) konnte nicht vom normalen Wachraum eingesehen werden, in dem sich das Wachpersonal auch während der Nacht zum 18.10. aufhielt." (zitiert nach IUK-Bericht, S. 57 f.).

Der vollständige Schlußbericht wurde in Frankreich in Buchform veröffentlicht: „la mort d'Ulrike Meinhof – rapport de la commission internationale d'enquete" in der Edition Francois Maspero. Das Buch kostet 15 frcs. Es kann bezogen werden über: Edition Francois Maspero, c/o Sodis, 128 Av. Du Narechal-De-Lattre -De-Tassigny, 77400 LAGNY.

ERKLÄRUNG DER INTERNATIONALEN UNTERSUCHUNGSKOMMISSION ZUM TODE ULRIKE MEINHOFS

Die Kommission hat, am Schluß ihrer Arbeit, den nachstehenden, vom Sekretariat (der Internationalen Untersuchungskommission) vorgelegten Bericht zur Kenntnis genommen.

Ohne sich jede einzelne Formulierung zu eigen zu machen, betont die Kommission gleichwohl, daß hier durch das Zusammenwirken qualifizierter Gutachter eine solide Arbeit entstanden ist. Sie verdient Beachtung und sollte weit verbreitet werden.

Die Kommission stellt zusammenfassend fest, über welche Inhalte die Mitglieder Einigkeit hergestellt haben:

– Ulrike Meinhof war mehrere Male und über längere Zeiträume Haftbedingungen unterworfen, die man gezwungen ist, als Folter zu bezeichnen. Es handelt sich um jene Art der Folter, die man soziale Isolation und sensorische Deprivation nennt. Ihr werden in der BRD üblicherweise zahlreiche politische und auch andere Strafgefangene unterworfen.

– Die Behauptung der staatlichen Behörden, Ulrike Meinhof habe sich durch Erhängen selbst getötet, ist nicht bewiesen, und die Ergebnisse der Untersuchungen der Kommission legen den Schluß nahe, daß sich Ulrike Meinhof nicht selber erhängen konnte.

– Die Ergebnisse der Untersuchungen legen vielmehr den Schluß nahe, daß Ulrike Meinhof tot war, als man sie aufhängte, und daß es beunruhigende Indizien gibt, die auf das Eingreifen eines Dritten im Zusammenhang mit diesem Tode hinweisen.

Die Kommission kann keine sichere Aussage über die Todesumstände von Ulrike Meinhof machen. Trotzdem ist jeder Verdacht gerechtfertigt angesichts der Tatsache, daß die Geheimdienste – neben dem Gefängnispersonal – Zugang hatten zu den Zellen des 7.Stocks, und zwar durch einen getrennten und geheimen Eingang.

Angesichts der hier vorgestellten Untersuchungsergebnisse der Kommission erweist es sich als dringend notwendig, daß eine internationale Untersuchungskommission gebildet wird, die die Todesfälle von Stammheim und Stadelheim untersucht.

Die Kommission dankt der Schwester von Ulrike Meinhof, die alle in ihrem Besitz befindlichen Materialien zur Verfügung gestellt hat, sowie allen Personen und Organisationen, die die Arbeit erleichtert haben, die sie unterstützt und zu ihrer Finanzierung beigetragen haben. Die Arbeit wurde ausschließlich aus Spenden finanziert und wäre ohne sie nicht möglich gewesen. Die Kommission dankt ebenso allen Personen und Organisationen, die für die Veröffentlichung des vorliegenden Berichtes gesorgt haben.

Paris, 15. Dezember 1978

Michelle Beauvillard, Rechtsanwältin, Paris
Claude Bourdet, Journalist, Paris
Georges Casalis, Theologe, Paris
Robert Davezies, Journalist, Paris
Joachim Israel, Professor der Soziologie, Kopenhagen
Panayotis Kanelakis, Rechtsanwalt, Athen
Henrik Kaufholz, Journalist, Aarhus (Dänemark)
John McGuffin, Schriftsteller, Belfast
Hans Joachim Meyer, Neuropsychiater, Mayen,



Hungerstreikerklärung:
DER ZYNISMUS DER PRESSE

STUTTGART 6. MÄRZ „Mit einer gewissen Fröhlichkeit" bereiten die Gefangenen ihre Selbstermordung vor! Ein Zitat aus der „Stuttgarter Zeitung" vom 5. 3. 79: *„Die Sicherheitsbehörden der BRD befürchten bis Mitte dieses Monats eine neue Aktion terroristischer Kreise. Wie dpa am Samstag zuverlässig erfuhr, geht diese Befürchtung auf Bemerkungen eines inhaftierten, noch nicht verurteilten mutmaßlichen Terroristen zurück. Der Inhaftierte soll Mitte vergangener Woche Woche von einem konkreten Termin Mitte März gesprochen haben, an dem sich „alles ändern" werde. Die Terrorismusexperten befürchten entweder eine Freipressung oder eine Selbstmordaktion."*

Zweites Zitat aus der Stuttgarter Zeitung vom 6. 3. 79: *„Der Bundesregierung liegen keine handfesten Beweise auf unmittelbar bevorstehende Terroranschläge vor. Das verlautete am Montag in Bonn aus Regierungskreisen. Bestätigt wurde allerdings, daß unter einigen Inhaftierten aus der Terror-Szene eine „gewisse Fröhlichkeit" herrsche. Ein solches Verhalten war auch unmittelbar vor der Entführung Schleyers und der Lufthansa-Maschine im Herbst 1977 beobachtet worden... In Bonn war zu erfahren, daß sie offenbar aus dem Kreis um den früheren Heidelberger Rechtsanwalt Haag stammen.* (Die Leute, die den Anschlag planen sollen, die Red.)

Die ganze Kampagne steht vor dem Hintergrund der Situation in der Justizvollzugsanstalt Stammheim. Sie richtet sich eindeutig gegen Günther Sonnenberg, Siegfried Haag und Roland Meyer. Der Prozeß gegen Haag und Meyer befindet sich gerade in einer wichtigen Phase, weil jetzt nach der Vernehmung der Belastungszeugen die Verteidigung die Beweisführung übernimmt. In dieser Situation wurde ihnen am 24.11.78 der gemeinsame Hofgang gestrichen, da Günther Sonnenberg nach Bruchsal in Totalisolation verlegt wurde. Der Hofgang war die einzige Möglichkeit gegenseitigen Kontakts, der gerade für Günther lebensnotwendig ist. Alle drei traten daraufhin in den Hungerstreik. Mittlerweile befindet sich Günther Sonnenberg auf dem Hohen Asberg und wird zwangsernährt. Er ist aufgrund seiner gesundheitlichen Verfassung haftunfähig. Seine ärztliche Behandlung ist seit seiner Schußverletzung noch nicht abgeschlossen. Zu einer notwendigen Gehirnoperation wird ihm seit längerem die Erstellung eines GEG (Messung der Gehirnströme) und eine augenärztliche Untersuchung verweigert, nun auch noch die Möglichkeit der sensorischen Aktivierung.

In diesem Zustand stellt für Günther ein Hungerstreik mit Zwangsernährung eine echte Lebensbedrohung dar, was sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Anstaltsleitung weiß, das heißt, das der Tod von Günter Sonnenberg bewußt in Kauf genommen wird. Die Forderung der Inhaftierten, die dem Hungerstreik zugrunde liegen, lauten: Zusammenlegung , gemeinsamer Hofgang und Tischtennis, Ärzte ihres Vetrauens.

Um diese Forderungen durchzusetzen, traf sich Sonnenbergs Anwalt Heinisch mit dem Stellvertreter des Justizministers von Baden-Württemberg. Auf dieses Gespräch bezogen, fiel vorher entweder von Roland Meyer oder von Siegfried Haag anstaltsintern die Äußerung: „Es wird sich einiges ändern", da sie darauf hofften, daß ihre Forderungen zumindest teilweise erfüllt werden, einzige reale Grundlage der bundesdeutschen Zeitungsartikel vom 5. März.

Der Pressekampagne ging auf Anweisung des BKA eine vierstündige Zellenrazzia bei Roland und Siegfried voraus, bei der sämtliche Verteidigungsunterlagen durchsucht und zum großen Teil beschlagnahmt sowie die persönlichen Sachen verwüstet wurden.

Die Vernichtungsstrategie gegen die Gefangenen vollzieht sich auf zwei Ebenen: einerseits in den Medien. Im Knast wird eine Verteidigung der Gefangenen zuweilen unmöglich gemacht (Razzien), zweitens soll das Kollektiv gesprengt werden. Nach Einschätzung der Gefangenen soll durch die Medienkampagne das Programm der Verantwortlichen vorbereitet und abgesichert werden — nämlich die gezielte Liquidierung von Gefangenen als Selbstmordaktion darzustellen. Die Gefangenen haben am Montag erklärt, daß sie in keinster Weise an Selbstmord denken. Seit Montag dem 3. März sind alle drei im Durststreik. Aus Solidarität sind die DPA-Besetzer, Klaus Dorff Dorff, Jürgen Tauras, Irmgard Möller, Verena Becker, Margit Schiller und sieben gefangene Frauen aus Frankfurt in den Hunger- oder Durststreik getreten mit der Forderung: Rückverlegung von Günther nach Stammheim und gemeinsamer Hofgang

Solidarität mit dem Hunger- und Durststreik

Tofe Shaker, Gefangener in Butzbach, schloß sich am 2. März dem Hungerstreik an. Er schreibt dazu u.a.:

„Ich befinde mich seit dem 2.3.79 in einem unbefristeten Hungerstreik und solidarisiere mich damit mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus der Guerilla. Meine Teilnahme an dem Hungerstreik geht von der Einheit des antiimperialistischen Widerstandes aus. Die Spaltung, die die BAW, SS etc. anstrebt zwischen politischen und sogenannten „normalen" Gefangenen, der trete ich hiermit entgegen. Politischer Gefangener ist der, der sich seine Situation politisch bewußt macht und anfängt, politisch Widerstand zu leisten. Ich schließe mich den Forderungen uneingeschränkt an.

Wir fordern die sofortige Freilassung unseres Genossen Günther Sonnenberg, der durch die Kopfverletzung haftunfähig ist und sich in Lebensgefahr befindet...

Wir fordern weiter:

- die sofortige Verlegung von Karl-Heinz Dellwo, Harry Stürmer und Heinz Herlitz aus dem tödlichen Vernichtungstrakt im Knast Celle;

- totale Abschaffung jeder Form von Isolation und Abschaffung der sogenannten B-Zellen (Folterzellen oder sogenannte „Bunker" in allen Knästen);

- Die Zusammenlegung von mindestens 15 Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen...

Ich fordere außerdem aus meiner Situation heraus:
- Die sofortige Aufhebung der nunmehr seit über einem Jahr andauernden Besuchsverbote für meine Freunde und Genossinnen:

- Uneingeschränkten Briefverkehr. Durch regelmäßiges Verschwinden lassen von Briefen und deren Anlagen wird mir jede schriftliche Diskussion unmöglich gemacht...

In Butzbach haben sich noch zwei weitere Gefangene, Gerd-Paul Schulz und Frank, dem Hungerstreik angeschlossen. In Hamburg sind seit dem 6.3. Helmut Pohl, Bernd Geburtig und Debus im Hunger- und Durststreik.

WERNER HOPPE HAT HAFTUNTERBRECHUNG

HAMBURG
5. März

Hamburger Freunde von Werner Hoppe schickten uns den folgenden Text.

Nach jahrelanger Isolationshaft und daraus resultierender lebensbedrohlicher Krankheit — nicht essen können und daraus folgende unaufhaltsame Abmagerung — hat Werner am 8.2.79 Haftunterbrechung bekommen.
Diese Haftunterbrechung wurde gewährt, weil der "Fall Hoppe" bereits zu öffentlich war, als daß die Justizbehörde es noch irgendwie hätte rechtfertigen können, Werner noch länger in Gefangenschaft zu halten. Er hätte die nächsten Wochen nicht überlebt, und es gab mehrere öffentlich bekannte medizinische Gutachten, die seinen Zustand eindeutig als Folge der Haftbedingungen begreifbar machten, und die die Freilassung als einziges Mittel, sein Leben zu retten, nannten. Durch die Existenz dieser Gutachten war es den staatlichen Stellen nicht möglich, unsere Öffentlichkeitsarbeit mit der Forderung nach Freilassung von Werner als "Propagandalüge" zu diffamieren.
Mittlerweile hat Werner auch das Krankenhaus verlassen und lebt bei Freunden. Er hat nur dann eine Chance wieder gesund zu werden, wenn er nicht mehr gefangen ist und nicht mehr in einer Institution leben muß, wie sie auch ein Krankenhaus darstellt. Dieser Schritt von Werner wird auch von den behandelnden Ärzten unterstützt.

Werner braucht Geld

Da Werner auf unabsehbare Zeit nicht arbeiten kann, braucht er Geld für seinen Lebensunterhalt. Die Sozialhilfe wird einen Minimalsatz zahlen müssen. Das reicht aber längst nicht, um alle Kosten zu decken:
— Während der letzten Monate seiner Haftzeit haben Freunde hohe finanzielle Aufwendungen gehabt, um Werner im Rahmen der vom Vollzug gesetzten Bedingungen optimal zu unterstützen.
— Sozialhilfe reicht nicht. Werner muß in den kommenden Wochen und Monaten wieder lernen, was die Vernichtungsmaschinerie gezielt und planmäßig versucht hat, ihm für immer zu nehmen während 7 1/2 Jahren Isolationshaft. Dazu gehört auch Geld. Er muß die Möglichkeit haben, zu verreisen, Leute zu sehen, wenn er das braucht. Er muß hochwertige Nahrungsmittel essen, damit sich sein Körper wieder aufbauen kann. All das kostet Geld.
— Seine Zähne müssen gemacht werden.

Kurz: wir meinen, daß Werners Genesung nicht daran scheitern darf, daß wir, die Leute, mit denen er zusammenlebt, zu wenig Geld haben.
Bitte überweist Geld auf das Postscheckkonto 142145 — 205 PschA Hmb,Thorwald Proll, Sonderkonto W. H.
Unsere Arbeit geht selbstverständlich weiter, weil die Haftunterbrechung für Werner von der Justiz jederzeit rückgängig gemacht werden kann und in den BRD-Gefängnissen weiterhin Gefangene aus bewaffnet kämpfenden Gruppen der Vernichtungshaft unterworfen sind' Überschüsse aus dem Spendenkonto von Werner werden wir für diese Gefangenen verwenden.

MEYERDIERKS MUSS WEG . . .

OSLEBSHAUSEN
1. MÄRZ

Gefangene der Justizvollzugsanstalt wehren sich gegen den reaktionären Hausverwalter

Meyerdierks mit einem Flugblatt:

„Typen wie ihr sind vor 40 Jahren zu Seife verarbeitet worden!"

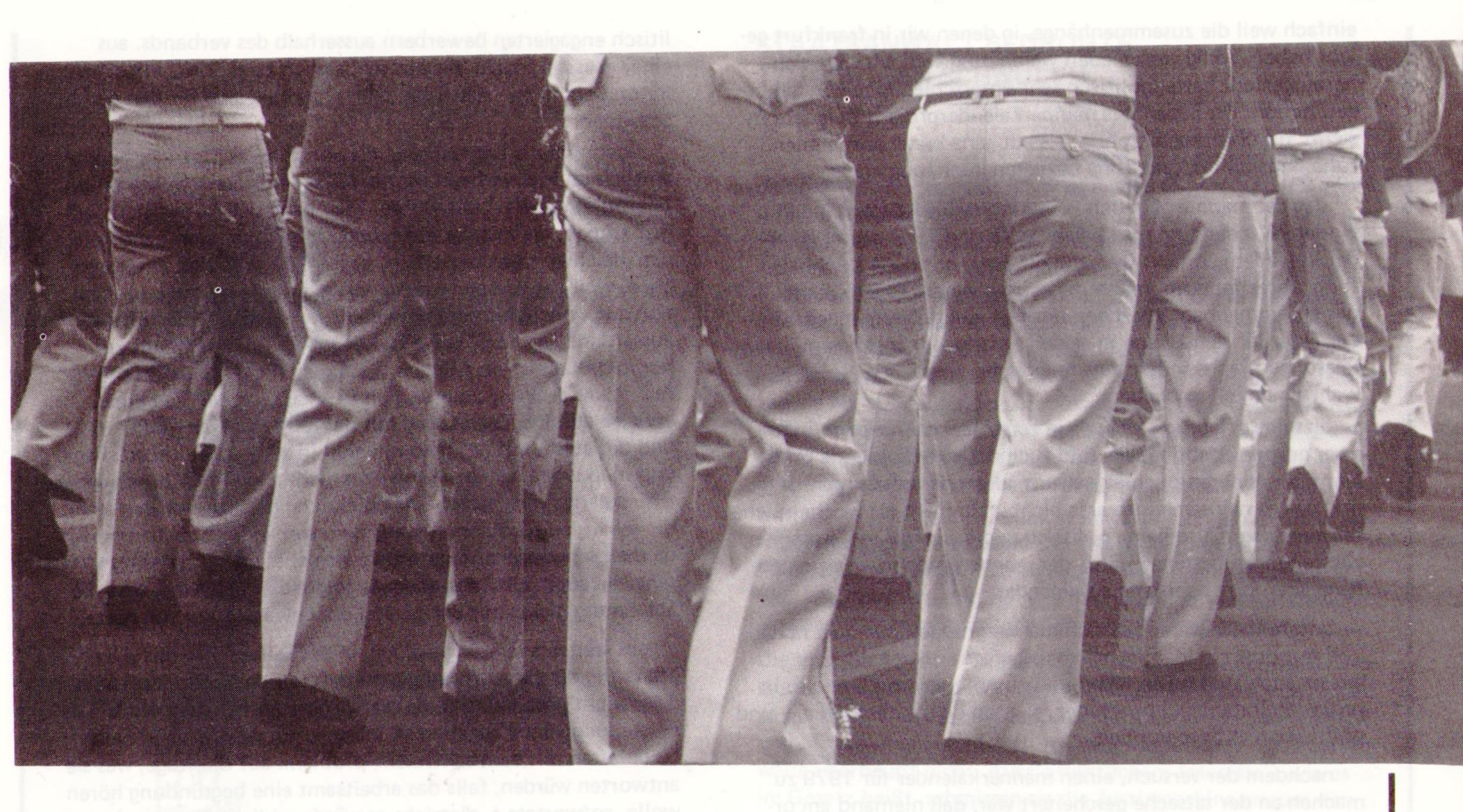
Diese und ähnliche Äußerungen machte der Hausverwalter der Justizvollzugsanstalt Oslebshausen Meyerdierks gegenüber BTM-Gefangenen (Gefangene die gegen das Betäubungsmittelgesetz verstoßen haben). Weiter äußerte er sich auch anderen Gefangenen gegenüber, daß er nichts gegen KZ's habe und diese ruhig auch wieder eingerichtete werden könnten. Er drohte einem Gefangenen, der sich darüber beschweren wollte, Prügel an. Hausverwalter Meyerdierks ist inzwischen vom Dienst suspendiert worden. Diese Maßnahme darf keine vorläufige bleiben.

Die schlechte Behandlung der Gefangenen geht aber nicht nur von einzelnen Beamten aus:
— BTM-Gefangene werden seit Oktober/November in sogenannten BTM -Listen und im Haus III der JVA Oslebshausen zusammengefaßt (siehe auch Artikel „Süchtige gehören nicht hi nter Gitter" in den Bremer Nachrichten vom 16.12.1978). Die Gefangenen auf diesen Listen haben eine eingeschränkte Urlaubsregelung, ihre Post wird scharf kontrolliert, der Besuch liegt außerhalb der normalen Besuchszeit und wurde akkustisch überwacht. Die Gefangenen machten durch das Tragen eines Judensterns und eines Hungerstreiks auf die stetig zunehmende Verschärfung der Haftbedingungen aufmerksam. So wird versucht, den Gefangenen mit der Zerstörung lebensnotwendiger Sozialbeziehungen/Kontakte zu brechen, um ihn zu einem funktionierenden Rädchen innerhalb der Knastmaschinerie zu machen. Das ist billiger und rationeller.

Seit die Gefangenen anfingen, sich gegen diese Listen und ihre Folgen zu wehren, wurde die Schikanierung und Bestrafung verschärft. Anderen Gefangenen, die „zu viel" Kontakt mit ihnen hatten, wurde angedroht, daß sie auch auf diese Listen gesetzt werden. Anstaltsleiter Hoffmann begründete diese Maßnahme damit, die anderen Gefangenen vor den Drogentätern schützen zu müssen. Der wahre Grund dieser Maßnahme ist jedoch die Bestrafung und Isolierung von Gefangenen, die sich nicht alles gefallen lassen.

Wir fordern die Abschaffung der Listen und die Rückverlegung in den Normalvollzug.

Diese Forderung wird umsodringlicher, als sich bereits im Februar 1979 acht Selbstmordversuche im Haus III ereignet haben. Die BTM-Gefangenen sind als eine Randgruppe im Knast Oslebshausen besonderen Bedingungen ausgesetzt. Hinzu kommen Mißstände, unter denen alle Gefangenen zu leiden haben:
— schlechte oder gar keine ärztliche Betreuung
— teilweise werden die Gefangenen trotz schlechter gesundheitlicher Verfassung mit Androhung von Freizeiteinschränkung, Urlaubssperre o. ä. zur Arbeit gezwungen
— katastrophale bauliche Zustände im HausIII. In manchen Zellen schneit es hinein bei geschlossenem Fenster. Bei großer Kälte wird ungenügend geheizt.
— Diskriminierung religiöser Minderheiten. So wird den Mohammedanern ein ihrer Glaubensrichtung entsprechendes Essen verweigert (ohne Schweinefleisch).
Wir fordern die Herstellung menschwürdiger Zustände in Oslebshausen."



Männer:

WIR WAREN KEINE KONTINUIERLICHE GRUPPE

FRANKFURT
29. Februar

Die Männer aus Frankfurt, die den Männerkalender 78 gemacht haben, ziehen ein Fazit ihrer Arbeit:

es hat ziemlich lange gedauert. wir versuchen mal zu beschreiben, was aus dem männerkalender 78 finanziell und sozial geworden ist.

zum finanziellen. das projekt hat insgesamt etwa 35.000,- gekostet. also druck, umschlag, binderei, transport– und versandkosten. der rote–stern–verlag hat uns damals dieses vorgestreckt. der kalender erschien im oktober 77 und bis januar 78 konnten wir das geliehene geld wieder zurückzahlen.

von 13.000 gedruckten kalendern waren bis ende februar ungefähr 10.500 verkauft, davon etwa 1.000 in holland und 1.500 in der schweiz.

danach wurden nur noch vereinzelt welche gekauft und wir haben dann ab juni 78 angefangen , die, die wir selbst in frankfurt hatten (ca. 300) zu verschenken. im moment sind immer noch 1.800 stück beim prolit–vertrieb auf ner palette und wenn montanus die nicht bald kauft, verschenken wir sie in schulen oder in knästen.

nachdem alle unkosten, also finanzierung und vertrieb abgerechnet sind, bleiben bis jetzt etwa 5.000,- DM plus. vier männer haben den ganzen organisatorischen wust – schreiben, artikel zusammenstellen, lay–outen, zum drucker schleppen, versand organisieren usw. – gemacht.

wir hatten alle vier schulden (vom bafög leben bringt das so mit sich) und haben uns deshalb jeweils 1.000,- märker ausbezahlt, ohne abzurechnen, was wann wer von uns für den kalender ausgegeben hatte. der ganze rechnungs– und mahnungskram hat uns immer ziemlich abgetörnt, deswegen haben wir auch jetzt nur über den daumen gepeilt. viele rechnungen sind noch nicht bezahlt, aber wir haben keine lust mehr zu mahnen oder faschistoide justizmittel zu benutzen. vom restlichen geld haben wir 800,– auf ein neues postscheckkonto eingezahlt, das das 'grundkapital' für eine neue männerzeitung werden soll.

wir haben uns das mit der männerzeitung so vorgestellt: es soll keine zeitung mit einer festen redaktionsgruppe sein, sondern „rotieren", d. h. von männergruppe zu männergruppe weitergegeben werden.

das wird erstmal ein versuch, weil wir wissen, daß es immer weniger männergruppen gibt und (hetero)–männerbewegung als soziale kraft ein verschwindender faktor ist, denn sie beinhaltet, daß macht, männliche identität und privilegierte positionen aufgegeben werden müssen.

trotzdem – oder gerade deshalb wollen wir den versuch machen. die einzige notwendigkeit ist, daß die gruppe, die die männerzeitung macht, das geld, was sie von dem konto benutzt, wieder zurücküberweist, damit andere männergruppen weitermachen können. den ersten versuch macht eine frankfurter gruppe, dann kann jede andere männergruppe, die ne zeitung machen will, das geld benutzen.

politisch ist es natürlich ein risiko, denn es gibt politisch keinen gemeinsamen nenner unter männergruppen, aber bis jetzt waren es immer linke, veränderungssüchtige, herrschaftsfeindliche männer, die in der "männerbewegung" aktiv waren. (nie rechte oder faschos)

was sozial unter den vier, die den kalender gemacht haben, abgelaufen ist, ist insgesamt ziemlich traurig. wir waren keine männergruppe, die sich kontinuierlich getroffen hat, sondern haben uns nach einem männerfest unter dem stichwort kalender zusammengesetzt und straight auf dieses projekt hingearbeitet. es gab schon bei der vordiskussion differenzen und persönliche spannungen. wir haben das nie ganz ausdiskutiert.

einfach weil die zusammenhänge, in denen wir in frankfurt gelebt haben, völlig verschieden waren. und weil wir, wie sich herausgestellt hatte, politisch sehr unterschiedliche vorstellungen hatten. wir haben das männerkalenderprojekt in jeder hinsicht "durchgezogen", ohne, bis auf ganz kurze ausnahmen, ruhe, sensibilität, und ohne beziehung(en) zueinander.

das hat mann wohl auch — im unterschied zum männerkalender 76, oder zum rosa kalender 78 und 79 — gemerkt. als der kalender gedruckt war und die frage nur noch buchhaltung, abrechnungen, mahnungen usw. waren, zerbröckelte der zusammenhang zwischen uns fast völlig. heute macht wieder jeder für sich alleine in seinen zusammenhängen rum, kaum telefongespräche, höchstens technische, und das wird höchstwahrscheinlich so bleiben.

dieselbe erfahrung, die wir in zerstörerischer form in unserer gruppe erlebt haben, sind auch das entscheidende problem für männergruppen überhaupt. wenn der zusammenhang und das gemeinsame interesse nicht weitergeht als wöchentliche termine, wenn also keine politisch und kollektiv gemeinsamen vorstellungen bestehen, läuft der männergruppen—zusammenhang über kurz oder lang auseinander.

unsere these wäre, daß sich männergruppen nur dort halten und nur dort ein identisches sozialgefüge entwickeln können, wo sie auch zusammen leben und zusammen arbeiten. also in projektkommunen, kommuneprojekten oder kollektiven — und politischen aktionsgruppen.

nachdem der versuch, einen männerkalender für 1979 zu machen an der tatsache gescheitert war, daß niemand am organisatorischen kram mitarbeiten wollte, gibt es jetzt in berlin eine gruppe, die anfängt für 1980 einen kalender vorzubereiten. die frankfurter (zeitungs)—gruppe wird sie liebevoll und solidarisch unterstützen!

Kontakt: markus schatz, juliusstr. 15, 6000 frankfurt 90 oder didi danquart, oranienplatz 15, 1000 berlin 36



FALKEN ERTEILEN BERUFSVERBOT FÜR SCHWULEN

BRAUNSCHWEIG 28. Februar

Die Arbeitsgruppe Homosexualität Braunschweig, Postfach 1164, 3300 Braunschweig, schickte uns den folgenden Bericht:

Die sozialistische jugend deutschlands — die falken —, bekannt durch ihre fortschrittliche einstellung zur sexualität, stellen einen pädagogen nicht ein, weil er schwul ist.
über das arbeitsbeschaffungsprogramm des arbeitsamts hatten die falken in braunschweig die möglichkeit, einen jugendgruppenleiter für freizeitaktivitäten in einem vorort von braunschweig einzustellen. in den eigenen reihen fand sich niemand mit der notwendigen qualifikation, also suchte man nach politisch engagierten bewerbern ausserhalb des verbands. aus einer grossen anzahl blieben schliesslich zwei übrig, ein schwuler und ein nicht—schwuler. man entschied sich für den nicht—schwulen.

doch nun die begründung, die von thomas dietrich, hauptamtlich im kreisverband für die falken in braunschweig tätig, telefonisch übermittelt wurde: man habe sich in der vierköpfigen gruppe, die mit der einstellung beauftragt war, zwischen den gleichwertigen bewerbern gegen den schwulen ausgesprochen, weil der verband kräftemässig nicht in der lage sei, sich nun auch noch mit dem schwulen—problem zu beschäftigen. ausserdem läge noch keine stellungnahme des verbands zur homosexualität vor, folglich wisse man nicht, ob im konfliktfall rückendeckung zu erwarten sei. auch scheue man eine etwaige auseinandersetzung mit der mutterpartei — SPD — und der stadt, mit der man ohnehin in ständigem klinsch liege, und man wolle das verhältnis nun nicht auch noch durch schwulen—belange verschärfen. die ablehnung habe weiter den sinn, die schwulen—problematik aus dem verband auszuklammern, da man schwierigkeiten erwarte, sich aber nicht in der lage sehe, sie auch durchzustehen. es folgte die erklärung, dass die ablehnung nichts mit der person des bewerbers zu tun hätte.

ein weiteres telefongespräch, in dem eine schriftliche begründung für die ablehnung gefordert wurde, ergab, dass man diese nicht geben könne, da man ja gerade erreichen wolle, keine stellungnahme abgeben zu müssen, um den verband nicht zu belasten mit dem schwulen—problem. auf die frage, was sie antworten würden, falls das arbeitsamt eine begründung hören wolle, antwortete t. dietrich: er würde schlicht lügen und sagen, es seien zwei mögliche bewerber gewesen, von denen einer ausgesucht werden musste, da hätte es eben den schwulen getroffen — "zufällig".

dieser fall legt mal wieder grausam dar, wie in einem teil der linken mit homosexualität umgegangen wird, fiktive verbandsinteressen werden vorgeschoben, um diskriminierung zu rechtfertigen. sozialistische prinzipien wie solidarität ausser kraft gesetzt, um das reibungslose, konfliktfreie funktionieren der heiligen organisation zu garantieren. um inhaltliche fragen drückt man sich herum, um die SPD, diesen bürgerlichen verein, nicht ungehalten zu stimmen. selbst vor einer lüge schreckt man nicht zurück, wenn es darum geht, für die eigene anschauung auch schriftlich einzustehen. offiziell sind die falken übrigens gegen berufsverbote.

wir schwulen dürfen es nicht zulassen, dass eine linke gruppe sich ständig um eine konkrete stellungnahme zur homosexualität drückt! auch wenn jetzt schon klar ist, dass die falken in braunschweig leugnen werden, dem bewerber gegenüber diese aussagen gemacht zu haben, dürfen wir uns nicht auf deren ausklammerungsstrategie einlassen!

deswegen setzt euch mit den örtlichen SDJ—gruppen in verbindung und fordert sie auf, endlich die diskussion über ihre schwulen—angst und unsere diskriminierung zu beginnen!

für die richtigkeit der oben gemachten äusserungen zeichnet als betroffener

(harald a. bähr / rosa von braunschweig)



STAATSANWALT BEDROHTE 17-JÄHRIGEN SCHWULEN

HANNOVER
28. Feb. 79

Die Aktionsgruppe Homosexualität Hannover, auch "Hannovers Schwuler Haufen" (H.S.H.) genannt, schickte uns den folgenden Bericht. Die Gruppe ist zu erreichen über H.S.H., Postfach 4722, 3000 Hannover 1:

Hoffnungen, eine Bekenntnisaktion, wie die im STERN im letzten Herbst (Heft 41/78) könnte bereits ein schwulenfreundliches Klima in der Bundesrepublik erzeugen, werden in Hannover etwas gedämpft. Hier hat es sich nämlich die Justiz nicht nehmen lassen, als Reaktion auf den STERN-Artikel den § 175 StGB wie den Knüppel aus dem Sack zu holen. Mit einer Drohgebärde wie sie bei aussterbenden Dickhäutern oft zu beobachten ist, wollte sie den Schwulen klar machen, daß doch kein neues Zeitalter angebrochen sein soll. In Sachen § 175 wurde ermittelt, und zwar im Zusammenhang mit dem bewußten Artikel.

Den Anlaß hatte das Bekenntnis eines 17-jährigen Schülers aus Hannover gegeben, der dem STERN anvertraut hatte:
"Meine Mutter weiß, daß ich einen 40-jährigen Freund habe. Sie akzeptiert das genauso wie meine Lehrer und Mitschüler. Vor dem Gesetz aber macht sich mein Freund strafbar."

Daß hier einem erst 17-jährigen, offen lebenden Schwulen das Kunststück gelungen war, in erträglichen sozialen Beziehungen zu leben und von der eigenen Familie ebenso wie von Lehrern und Mitschülern geachtet zu werden, interessierte die Staatsanwälte überhaupt nicht. Aus "öffentlichem Interesse", wie es im Gesetz heißt, schmissen sie die Justizmachine an, um den 40-jährigen Freund hinter Gitter zu bringen. Denn wenn ein Mann über 18 einen Mann unter 18 liebt und mit ihm schläft, gehört er selbst nach dem liberalisierten Strafrecht ins Gefängnis, egal ob das jemand anzeigt oder nicht.

Bernhard F. erhielt Mitte November einen Anruf von der Kriminalpolizei. Die fragten ihn, ob er der Typ aus dem STERN sei und ob er denn nicht Anzeige gegen den 40-jährigen wegen § 175 erstatten wolle. Durch forsches Weiterfragen versuchten sie — obwohl Bernhard sofort klargestellt hatte, daß so etwas nie in Frage käme — gleich herauszubekommen, wer es denn wäre. Die dazugekommene Mutter wurde gleich darauf mit denselben Fragen konfrontiert. Aber auch sie weigerte sich, irgend etwas auszusagen. Einer schriftlichen Vorladung zur Vernehmung bei der Kripo, die mit der Post ins Haus gekommen war, kam Bernhard F. nach Rücksprache mit einem Rechtsanwalt nicht nach (das müssen auch Schwule wissen: Nur vor einem Richter oder Staatsanwalt muß man aussagen).

Die Vorladung zur Staatsanwaltschaft, die kurz vor Weihnachten kam, machte die Sache kompliziert: Denn nur wer sich selbst, einen nahen Verwandten oder den/die Ehepartner/Verlobten belasten müßte, darf zu den Fragen des Staatsanwalts schweigen.Für Schwule dagegen, die ihren Freund preisgeben sollen, gibt es natürlich kein Aussageverweigerungsrecht. Zur Vernehmung erschien Bernhard F. in Begleitung seines Anwaltes. Von diesem unterstützt, machte er vorm Staatsanwalt mit Hilfe einer gewagten Rechtskonstruktion einen "rechtfertigenden Notstand" nach § 34 StGB für sich geltend, der ihn zwinge, nicht auszusagen. Der Staatsanwalt drohte ihm darauf eine halbe Stunde lang immer wieder mit Beugehaft.Um Bernhard F. zu Antworten zu verleiten, streute er zwischen seine Drohungen Fragen zur Sache ein, aber auch zu aufschlußreichen Nebensächlichkeiten, die das weitergehende Interesse der Justiz an der hannoverschen Schwulengruppe andeuteten: Ob Bernhard F. denn die H.S.H. kenne, dort verkehre usw. Das Verhör blieb allerdings ergebnislos.

Das Ermittlungsverfahren wurde im Januar eingestellt, weil ohne das drakonische Justizmittel Beugehaft aus Bernhard F. nichts herauszubekommen war. Und die Beugehaft haben die Saurier am Volgersweg (dort befinden sich die hannoverschen Gerichte) dann doch gescheut.



SCHWULE LYRIK, SCHWULE PROSA II

Berlin
16. Februar

Der Verlag rosa Winkel plant, seiner ersten Anthologie (Schwule Lyrik, Schwule Prosa) eine weitere hinzuzufügen.

Lothar—Luise Voth, Volker—Nicole Würtz und Bernd Gaiser, Teilnehmer am alten Schwulen Literarischen Salon in Berlin, arbeiten im Verhältnis zum Verlag völlig selbstverantwortlich.
Sie wenden sich in erster Linie an Schwule, die schreiben, ihre Texte und Gedichte zu schicken. Einzige Voraussetzung: Es sollte sich keiner hinter einem Pseudonym verstecken. müssen. Einzige Ausnahmen: Tuntenname
Von der ersten Anthologie soll sich die zweite in folgenden Punkten unterscheiden:

- Nur Erstveröffentlichungen, keine Nachdrucke
- bewußte Einbeziehung von Grafik als selbstständiger Ausdruck — neben Texten und Gedichten
- und/oder grafische Gestaltung von Texten, nach Euren eigenen Vorstellungen.

Alles ist möglich. Nichts sollte einander ausschließen. Eventuelle thematische Schwerpunkte bestimmen sich also dadurch, was in Form von Texten, Gedichten, Zeichnungen usw. geschickt wird. Die Gruppe schreibt:
„Die Auseinandersetzung mit Euren Arbeiten soll uns Spaß machen. Versprechen können wir, als Kopfzerbrecher, diese Funktion nicht abgehoben, etwa als Germanisten ausüben, sondern auf den Stoff bezogen. Wir wollen aber nicht wahllos alles abdrucken. ääh!?
Zum guten Schluß nochmal die herzliche Bitte und Aufforderung — an alle, die sich angesprochen fühlen — schickt Eure Texte möglichst bald, nämlich

bis zum 31. März 1979 an folgende Adresse:

Bernd Gaiser, Moselstr. 1, 1000 Berlin 41

DER GROSSE DROGENPROZESS

Über Jugendrichter Hammer aus Passau wurde im ID des öfteren berichtet. Prozeßbesucher beobachteten ihn wieder einmal bei seinem Tagwerk:

PASSAU
Feb. 79

Groß in diesem Prozess ist die Zahl der Angeklagten: sieben junge Männer sitzen in einer Reihe unterm Richterpodestl, ihre Verteidiger im Rükken, die wohl mehr ihr Honorar als ihre Mandanten verteidigen, jedenfalls machen sie keinen sehr interessierten Eindruck. Vier der Angeklagten kommen aus dem Knast, drei sitzen seit Monaten in U-Haft, zwei davon in Passau. Der vierte wurde im Verlauf des Prozesses vom Gerichtssaal weg verhaftet, belastet von einem Zeugen, der in Handschellen "vorgeführt" wurde. Richter Hammer über diese Zeugenhörung: „Er kam um sich auszusprechen." Ein weiterer Angeklagter wurde für diese "Verkündung" aus dem Krankenhaus geholt. Wie kommen die Scenarios auf die Anklagebank?

Sommer 78, Bullenrazzia in einschlägigen Lokalen, Festnahmen, Verhöre Ein schwer Süchtiger wird auf Entzug verhört. Wer die Verhörmethoden der Bullen oder den Turkey kennt, weiß um die Glaubwürdigkeit derartiger Aussagen ... Heute sitzt der Vernommene draußen — als Kronzeuge. Auf seine und die Aussagen eines 2.Kronzeugen basiert die Anklage: Heroingebrauch und/oder Handel. Gefunden wurde kein Gramm.

Nicht alle stehen auf, als Jr. Hammer seine Urteile verkündigt: 1 Jahr 6 Monate; 3 Jahre; 2 Jahre 6 Monate; 1 Jahr 8 Monate; 2 Jahre 2 Monate; alles ohne Bewährung!!
Glimpflich davongekommen die Kronzeugen: 1 Jahr bzw. 7 Monate auf Bewährung, Auflage, sich sofort bei einem Release-Zentrum anzumelden. Haftfortdauer gegen 3 Verurteilte, Haftbefehl gegen einen vierten.

Urteile eines Prozesses, der eigentlich längst geplatzt ist. In dem Moment nämlich, als ein Verteidiger einen Zeugen vorführt, der weiß einige recht interessante Dinge über den ersten Kronzeugen zu berichten: als Zellennachbar nannte sich dieser "King der Scene" und sprach davon, einige reinbuttern und sich dann nach Persien absetzen zu wollen. Eine Aussage, die den Kronzeugen völlig unglaubwürdig macht. Nicht so in Passau unter Richter Hammer: der Kronzeuge bleibt glaubwürdig.

Mann/frau hat überhaupt den Eindruck bei dieser Urteilsbegründung, daß hier einer SEINE Urteile begründet. Und was da der Gutachter, "Drogenfachmann", im Verlauf des Prozesses gesagt hat, zählt nix, ebenso wenig wie alles, was da nicht in ein fettes schuldig paßt. Der Gutachter verwies immerhin auf das Alkoholproblem, das viel größer aber nicht gejagt ist, er sprach für die Angeklagten, objektiv ... Jr. Hammer aber zeichnet das alte Bild des bösen Süchtigen an die Wand, der andere Unschuldige süchtig macht. Er spricht davon, daß da wer durch den Knast aufwacht und noch so einiges. Jr.Hammer ist als eingefleischter Scene-Gegner bekannt. Viele Höchststrafen, Einweisungen in "Irrenhäuser" etc. haben in Passau Spuren hinterlassen.

Ein Staat, der einem Richter wie Hammer Macht zu derartigen Urteilen gibt, ist an einer Lösung des Suchtproblems offenbar nicht interessiert , hätte er doch sonst längst erkennen müssen, daß ein Süchtiger nicht länger Opfer von strafrechtlicher Verfolgung sein darf. Wer junkt, weiß gut, warum; und erst die ständige Angst und der Knast machen ihn kaputt. Heroinsucht ist kein Problem von Polizei und Richtern, es ist ein gesellschaftliches, menschliches Problem. Der Süchtige braucht nicht "Strafe" als Abschreckung. Das ist Quatsch! Er braucht Hilfe. In der BRD gibt es eine wachsende Zahl von Release-Gruppen. Therapie-Zentren, in denen auch ex-junkies mitarbeiten, und die viele runtergebracht haben. Die Rückfallquote jedoch ist hoch.

"Draußen" nämlich ist die Scheiße noch immer am dampfen... Einem Süchtigen kann nur geholfen werden, wenn die Ursachen und Umstände, die ihn/sie süchtig gemacht haben, verschwinden, kurz: diese menschenfeindliche Gesellschaft bedarf einer grundlegenden Veränderung. Freiheit für alle junkies!

Kontakt: Wolfgang Kronzucker, 8391 Kalteneck, München 12



„Gesundheit!? — Danke!"

JUZ GEISENHEIM IST GESCHLOSSEN

GEISENHEIM
6. MÄRZ

JUZ'ler schreiben:

Zumindest ein Ziel ihrer Jugendarbeit haben die Politiker in Geisenheim/Rhein erreicht: Das Jugendzentrum in Selbstverwaltung wurde am 22. 2. mittags, als sich nur wenige Leute darin aufhielten, von einer Horde Polizisten gestürmt, die auf Anweisung der Stadt und des Kreisgesundheitsamtes das Haus räumten und es sofort verbarrikadierten. Am Abend standen wir vor amtlich versiegelten Türen und einem dort angebrachten Wisch, auf dem zu lesen war, daß man sich strafbar macht, wenn man das Gelände betritt, usw.

Die Polizeiaktion, die nur etwas länger als eine Stunde gedauert hatte, war gut vorbereitet gewesen. Beamte des Gesundheitsamtes hatten vor allem bauliche Zustände bemängelt, die der Stadt und uns lange bekannt waren. Daß außerdem die Toiletten nicht immer sauber und unsere Möbel vom Sperrmüll geholt waren, hatte bis dahin keinen gestört. Natürlich sind diese Punkte gesetzlich dazu geeignet, über eine „vorübergehende Schließung" zu verfügen. Tatsächlich denkt keiner der Bonzen und Stadt-Hampelmänner an eine „vorübergehende" Schließung: der von der Stadt glorreich gestiftete Ölofen wurde aus dem Haus geschafft, Türen und Fenster mit Brettern vernagelt. Wir hatten noch nicht mal Zeit, alles auszuräumen was uns gehörte.

Die wahren Gründe für die Schließung sind, wie so oft!, andere. Schon seit langem ist das JUZ ein Dorn im Auge des

Gesetzes (und seiner Macher). Selbstverwaltet durch einen freien Zusammenschluß die sich weigerten, einen Verein zu gründen oder Jugendpfleger einzustellen, wurde es schon am Anfang, Mai '78, von Bürgermeister & Co. zum Scheitern verurteilt. Dem sollte nachgeholfen werden durch Bullenkontrollen und Hausdurchsuchungen zu jeder Tages- und Nachtzeit, Diffamierungen in der Öffentlichkeit, mangelnde finanzielle Unterstützung und ähnlich demokratischen Scherzen. Es half nichts. Wir trugen uns fast selber und besaßen auch noch die Frechheit, gute Musikgruppen billig zu engagieren und das Bier zu normalen Preisen zu verkaufen. Vieles stimmte nicht bei uns und unter uns, aber echte Selbstverwaltung steht nicht nach 6 - 7 Monaten einfach so da. Ein vielbesuchter Treffpunkt waren wir auf jeden Fall.

Schon einmal sollte dichtgemacht werden, aus Gründen, die ich wahrscheinlich schon gar nicht mehr aufzuführen brauche, weil sie in fast jeder JUZ-Story dieselben sind (Dope, Alkohol, 14jährige, Öffnungszeit, Kripo etc.). Aber damals war der Bürgermeister so ungeschickt, uns dies vorher mitzuteilen. Eine nicht genehmigte Demonstration von 200 Jugendlichen am nächsten Tag und die Solidarität einiger Lehrer und Eltern setzten dem Plan ein Ende.

Freilich: den Gerüchten, die eine Kleinstadt unsicher machen (dafür die Leute, die sie verbreiten umsosicherer), konnten wir damals nicht entgehen. Es galt als sicher, daß wir nicht nur „Rauschgiftumschlagplatz" (wasn Wort), sondern auch noch von linken Chaoten und Terroristen durchsetzt waren.

Eine antiimperialistische Arbeitsgruppe, die mit JUZ-Leuten zusammenarbeitete, führte bei uns Veranstaltungen durch. Diese demonstrierte gegen die Waffenlieferung der ortsansässigen Firma „Fritz Werner" (im DIAG-Konzern) in das Krisengebiet Iran.

Nun war das Maß voll. Da hatte doch jemand nicht nur sein Recht auf freie Meinungsäußerung gebraucht, sondern auch noch die Wahrheit über den Hauptgewerbesteuerbezahler der Stadt verbreitet!

Reinzufällig richteten SPD-Stadtverordnete eine Anfrage an den Bürgermeister (CDU), was er zu tungedenke, um derartiges in Zukunft zu verhindern (diese Frage ist übrigens verfassungswidrig). Rein zufällig sind in den städtischen Gremien Mitarbeiter des o. g. Unternehmens gut vertreten. Rein zufällig stimmte der Magistrat mehrheitlich für die „vorübergehende" Schließung.

Wir haben allerdings nicht vor, uns diese Verarschung gefallen zu lassen und treffen uns weiter.

Kontakt: Guido Kreuzberger, Am Hanach 19, 6228 Eltville, 06123 / 36 06.
Christoph Pfaff, Bergweg 27, 6229 Hattenheim, 06723 / 31 63.

MIT EINEM GROSSEN "V" AUF DEM RÜCKEN

REGENSBURG
23. Februar

Nach mehreren Meldungen über die Einschaltung des Verfassungsschutzes zur Überprüfung von Schulaufsätzen, Lehrer– und Schülergesinnung, Schülergruppen undsoweiter, wurde es am 23. Oktober 1978 auf dem Schulhof des Albertus–Magnus–Gymnasium in Regensburg bitterer Ernst:

„Zwei Gestalten, wie aus einem reißerischen Krimi, mit langen Mänteln, hochgeschlagenen Kragen, Sonnenbrillen, den zum Klischee gehörenden Utensilien eines Spitzels (Zeitung mit Loch, Fotoapperat, Mikrophon, Notizblock etc.) und mit einem großen „V" auf dem Rücken, machten sich auffällig an die Arbeit.

Während der Unterrichtspausen begannen sie verschiedenen Schülern Fragen über Mitschüler zu stellen, fotografierten wild in der Gegend herum und verteilten ein ‚offiziöses Mitteilungsblatt' eines ‚Stiftungskuratoriums gegen die Verteidigung der Demokratie'. In diesem Flugblatt wurde



auf recht humoristische Art und Weise ‚den einschlägig bekannten Herren, insbesondere denen der Schülerunion, für ihre vertraulichen Informationen und ihre freundliche Unterstützung' des Verfassungsschutzes gedankt.

Inzwischen waren die ‚Verfassungsschützer' von vielen Schülern umringt, die sich größtenteils vor Lachen nicht mehr halten konnten."

„Oberstudiendirektor Hans Riedl kämpft sich durch errregt diskutierende Schülermassen, um sich die Ausweise der so sicher auftretenden Eindringlinge zeigen zu lassen. Doch die herrschen ihn an, er solle gefälligst den Verfassungsschutz unterstützen. ‚Die Fragen stellen hier wir!' Notizblock gezückt, Aufforderung an die umstehenden Schüler: ‚Wie heißt der Mann? ' " *(Nach den Berichten der „Regensburger Illustrierten", Dezember 1978, und des „Vorwärts", 23. November 1978).*

Aber unser RECHTSstaat ist auf der Hut. So geht's nicht, und auch das Amt des Verfassungsschützers schützt vor Strafe nicht. Zwei der Männer mit dem großen ‚V' bekamen Strafbefehle. Hier eine Kostprobe:

Die Ermittlung der Staatsanwaltschaft ergaben folgenden Sachverhalt:

Am 23.10. 1978 führten Sie mit zwei weiteren Personen während der Unterrichtspause ab 9.15 Uhr im Schulhof des Albertus–Magnus–Gymnasiums in Regensburg unbefugt eine Schülerbefragung durch. Der Pausenaufsicht, OStR Kißler und dem Leiter des Gymnasiums, OStD Riedl erklärten Sie zugleich namens Ihrer Begleiter, daß Sie als Angehörige des Verfassungsschutzamtes weder eine Genehmigung für Ihre Ermittlungstätigkeit benötigen würden noch sich auszuweisen hätten. Sie forderten vielmehr die beiden Lehrer auf, sich Ihnen gegenüber auszuweisen und leisteten der Aufforderung des OStD Riedl, das Schulgebäude zu verlassen, keine Folge in Kenntnis Ihres rechtswidrigen Verweilens.

Ab 10.15 Uhr des gleichen Tages befaßten Sie sich auch im Schulhof des Goethe–Gymnasiums in Regensburg unbefugt mit der Befragung von Schülern und der Verteilung von Plakaten eines 'Stiftungskollegiums', auf dem sich presserechtswidrig kein Impressum befand. Gegenüber dem Vertreter des Leiters des Gymnasiums bei der Ausübung des Hausrechts, OStD Schiller bezeichneten Sie sich widerum zugleich namens Ihrer Begleiter als Angehörige des Verfassungsschutzamtes, die Ermittlungen zu tätigen hätten. Sie forderten OStD Schiller auf, sich auszuweisen und sich zu erklären. ob ihm die auf dem Plakat abgebildeten Personen bekannt seien. Dem Verlangen, das Schulgelände zu verlassen, kamen Sie in Kenntnis Ihres rechtswidrigen Verweilens nicht nach. Sie begaben sich vielmehr mit einem Ihrer Begleiter in das Schulgebäude. Als Sie die Verständigung der Polizei in Erfahrung brachten, verließen Sie beide fluchtartig das Gebäude. Dabei zwangen Sie gemeinsam OStD Schiller, der Sie wegen Ihres Verhaltens inzwischen aufgefordert hatte, das Eintreffen der Polizei abzuwarten, mit Gewalt, den Weg zum Hauptausgang freizumachen.

Der Regensburger Allgemeine Studentenausschuß und der Demokratische Jugendzirkel wiederum sind der Ansicht, alles wäre nur eine satirische Aktion, ein Studentenspaß mit ernstem Hintergrund.

Die Dokumentation „V–Männer im Pausenhof und der Verfassungschutz an den Schulen" bekommt ihr bei Andrea Pilchowski, Am Blumenrain 2, 8400 Regensburg.

TEGELER ZUGLUFT

BERLIN
6. MÄRZ

Bernd Grigat *berichtet aus der JVA Tegel, Haus II:*

Die gemeinschaftliche Unterbringung „normaler" und drogenabhängiger Gefangener in der Justizvollzugsanstalt Tegel, Haus II, wird immer problematischer: Bis heute — das gestehen schon Fachleute ein — ist ein Viertel aller Inhaftierten im Tegeler Verwahrvollzug drogenabhängig. Nachschub und Geschäfte laufen — Behandlung und Unterbringung der Insassen werden immer katastrophaler.

Bahnhof Zoo in Groß- und Hochglanzformat! Dies war mein erster Eindruck bei der Einlieferung in den Tegeler Gully, der recht schmeichelhaft mit „Teilanstalt II" umschrieben wird wird. Einige Monate später kann ich behaupten, daß ich immer noch in einem Bahnhof eingesperrt bin.

Das Problem in unserem Haus liegt — abgesehen von den Ursprüngen in unserer Gesellschaftsordnung — auch in den unzulänglichen räumlichen Verhältnissen: Renovierungsbedürftige Altbauten, unerträgliche Doppelbelegung der 7 qm-Zellen, mangelnde Freizeiträume. Fehlendes und für unsere Bedürfnisse oberflächlich ausgebildetes Personal im Vollzugs- und Sozialbereich wird durch verschärfte Postschnüffelei und unverständliche Verbote ausgeglichen: Keine UKW-Radios, keine Telefonzellen, keine wirklichen Gefangenenzeitungen.

Alkohol- und Drogenmißbrauch stehen auf der Tagesordnung. Wer torkelt und „zu" durch die Stationen rennt, erweckt höchstens bei den neuen Kollegen Aufmerksamkeit. „Solange es keine harten Drogen sind . . . " hört man von Frau Sowieso beim sogenannten Aufnahmegespräch kurz nach der Einlieferung. Solange . . . ?

Aber der Zug hat schon lange in unserem Bahnhof haltgemacht und lädt gräßlich grinsend nicht nur alte, sondern auch neue Fahrgäste ein. Wieviele sind schon eingestiegen? Daß immer wieder neue einsteigen beweisen die nicht endenden Moabiter Gift-Prozesse.

Drogenberater müssen her . . . es werden Leute ausgebildet . . . kein Geld mehr da . . . Auf diese Augenwischerei fallen allenfalls noch beidseitig erblindete Senatsrentenempfänger in der Salzburgerstr. (Senator für Justiz) rein. Wir nicht mehr.

Wir, das sind die in disem Bahnhof zusammengepferchten „Gefangenen-Buchnummern". Als Inhaftierte im Sinne des Strafvollzugsgesetzes können wjr uns nicht sehen. Wir wissen, daß die Unterbringung Süchtiger in einem geschlossenen Knast mit „normalen" Häftlingen zusammen an nahezu tödliche Fahrlässigkeit grenzt und den Rückfall zur Sucht schon während der Haftzeit provoziert. Und wir wissen, daß viele Abhängige endlich aus dem Dope-Expreß aussteigen wollen — aber nicht dürfen.

Die Absonderung „Auffälliger" — also derer, die laufend im Tran die Treppen runterfallen — und die Einrichtung einer Verschlußabteilung gleicht der Bock-Gärtner-Geschichte: Der Nachschub klappt trotz Dauer-Einschluß bestens, dazu hat man Ruhe vor störenden Besuchen . . . Wie ernst es die Tegeler Bahnhofsleitung mit diesen Hilfebedürftigen meint, beweist der offizielle Sprachgebrauch für die Verschluß-Abteilung: Sie heißt „Vollzugsstörer-Station".

Unsere drogenabhängigen Kollegen brauchen eine andere Behandlung als wir Nicht-Süchtigen. Eine Trennung ist unumgänglich, solange auf unserem Bahnhof Gepäck-/ in diesem Fall: Schlüsselträger und allenfalls ein paar Hilfsschaffner rumlaufen. Qualifiziertes „Zugpersonal" wird erst in Jahren zur Verfügung stehen.

Ein Zusammenleben wird immer unerträglicher. Diebstähle und „linke Geschäfte" vergiften das Klima unter den Gefangenen mehr und mehr. Laufende Zellenfilzungen werden den „Gifties" angelastet, diskriminierende Körperuntersuchungen nach Urlaub und Ausgang gelten primär Rauschgift.

Solange Drogenabhängige mit Kriminellen zusammengesperrt werden, wird der Nachschub nicht zu stoppen sein: die Arbeitsentlohnung in Höhe von DM 3.50 - 4.50 am Tag fordert viele zu einem schnellen Nebenverdienst heraus. Die Süchtigen im Haus sind auf den Kleinhandel angewiesen , damit sie über die Runden kommen.

Die entwürdigenden Kontrollen beim Eintritt in die Justizvollzugsanstalt nehmen die Besucher nur mit Unverständnis und Mißfallen zur Kenntnis. Warum — so fragen viele mit Recht — werden gerade wir und nicht die Gefangenen nach dem Besuch kontrolliert?

Es ist nicht allein die Faust in der Tasche, die täglich unzählige Male in Tegel geballt wird; Wut und Haß gegen die Vollzugsorgane machen sich breit, wenn man die Zeitung aufschlägt: Da werden Ruckzuck 6,3 Millionen DM für. den Hochsicherheitsbereich in Moabit bereitgestellt. Doch in Tegel fallen nach Pressebesuchen unter der Leitung von Justizsenator Meyer nur kräftig-kokette Worte: „Ein schädigender Einfluß auf die Gefangenen ist nicht auszuschließen." (Tegeler Anstaltsleitung in der Berliner Tagespresse vom 1. 12. 1978)

Geändert hat sich seit dem nichts. Selbst kostengeringe Reformen oder Erleichterungen ohne finanziellen Aufwand sind nicht in Sicht. So verhärtet sich der Verdacht, daß die Leitung des Tegeler Verwahrhauses nicht willens ist, Änderungen gen durchzuführen. Oder nicht fähig . . . ? Nur: Solange werden wir auch weiterhin in der Zugluft auf dem Bahnhof stehen.



HEINZ HERLITZ IM HUNGERSTREIK

CELLE
20. FEBRUAR

Der folgende Brief erreichte uns ohne Absender:

„Nachdem die Gefangenen Karl-Heinz Dellwo und Heinz Herlitz im Celler Vernichtungstrakt für einige Sekunden eine Möglichieit zu r Verständigung hatten, schloß sich Heinz Herlitz am 5. Februar dem Hungerstreik von Karl-Heinz Dellwo an.

Sie befinden sich seit nunmehr zwei Monaten — außer ihnen noch Harry Stürmer — im eigens für die Vernichtung von politischen Gefangenen gebauten Sondertrakt im Knast Celle. Von Anfang an waren alle drei total isoliert, auch voneinander.

Der einzige „Kontakt" war: Heinz und Harry hatten für ca. drei Wochen Zellen, deren Panzerglasfenster zu dem Käfig hinauszeigten, in dem die drei — einzeln natürlich — „Hofgang" machen sollten. So war es möglich, jeweils für Sekundenbruchteile einen Menschen am Fenster vorbeigehen zu sehen. Blieb dieser Mensch allerdings stehen, wurde der „Hofgang" sofort abgebrochen.

— Heinz Herlitz fordert als Minimum Umschluß mit Harry Stürmer und Karl-Heinz Dellwo — in dem Bewußtsein, daß die Schweine zur Zeit lieber einen von Ihnen draufgehen lassen würden als aus dem Trakt verlegen."

INTERVIEW MIT DEM LEITER DES LANDESKRIMINALAMTES IN HANNOVER

GÖTTINGEN
25. Januar '79

Wir drucken im Folgenden die wichtigsten Auszüge eines Interviews ab, das der Göttinger Atomexpreß am 25.1.1979 mit dem Leiter des Landespolizeikriminalamtes Hannover, Herrn Burghard (dem Verantwortlichen des Spitzeleinsatzes im Göttinger Arbeitskreis) gemacht hat. Die Fragen des 'Atomexpreß' sind fett, die Antworten von Herrn Burghard sind dünn gedruckt. Die Namen der Interviewer wurden von der Redaktion geändert. Wir bitten die Leser, insbesondere auf die Widersprüche zu achten, in die sich Herr Burghard im Verlaufe des Interviews immer wieder verwickelte, vor allem zu folgenden Punkten:

— Dauer der Bespitzelung — Ausmaß der Observierung, Koordinationsausschuß bzw. Göttinger Arbeitskreis — Zur Frage der Abschottung des Koordinationsausschusses, siehe Presseerklärung von Burghard — Daten über einzelne Personen — Oberservierung anderer Bürgerinitiativen.

– **Seit wann waren die beiden Kriminalbeamten beauftragt, den Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie zu observieren?**
Nach den Demonstrationen in Grohnde, nach der Räumung des Anti-Atom-Dorfes.

– **Können Sie sagen, warum gerade die Räumung des Anti-Atom-Dorfes zum Anlaß genommen wurde?**
Wir hatten nach den Grohnde-Demonstrationen Hinweise, daß der Gaga möglicherweise eine Zentralstelle sein könnte, und daß auch bei seinen Aktionen möglicherweise Gewalt einkalkuliert wird. Sie werden verstehen, wenn ich nicht näher ausführe, woher die Informationen kamen. Jedenfalls hatten wir den Eindruck, daß das ein Unternehmen ist, um das man sich wegen der einkalkulierten Gewalt, mal kümmern sollte. Das hat sich dann in den folgenden Tagen und Wochen noch konkretisiert, so daß wir meinten, das sei eine Aktion, die wir nun starten sollten.

– **Von wem ging der Auftrag der Observierung aus?**
Von mir.

– **Sind sie selbst beauftragt worden?**
Nein.

– **Von anderer Stelle? Kann das LKA jederzeit nach eigenem Gutdünken Polizisten mit der Observierung von Bürgerinitiativen (BIs) oder anderen politischen Gruppen beauftragen?**

Im Prinzip ja. Nur die Rechtsgrundlage muß ich noch ein wenig erläutern. Es ist generell so, daß die Polizei nicht nur strafbare Handlungen aufklären, sondern auch präventiv tätig zu sein hat, d.h. Straftaten verhüten muß. Wenn die Polizei in diesem präventiven Bereich tätig wird, hat sie den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Konkret: der Anordnende muß immer das den Betroffenen am wenigsten beeinträchtigende Mittel wählen, das noch zum Erfolg führt. Hier waren wir der Meinung, wenn wir die Hinweise, die wir auf den Gaga bzw. den Koordinationsausschuß (KOA) hatten verifizieren wollten, schienen die von uns ergriffenen Maßnahmen die einzige Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen. Dabei war es nicht unser Ziel, über einzelne Angehörige des Gaga oder KOA persönliche Daten zu erhalten, sondern es ging uns alleine darum, Informationen über geplante - möglicherweise gewalttätige - Aktionen zu erhalten. Um auf ihre Frage zurückzukommen, ob das LKPA (Landeskriminalpolizeiamt) aus eigenem Entschluß Beamte mit Observierungen beauftragen kann: Das LKPA ist eine Polizeibehörde und für das ganze Land Niedersachsen zuständig. Es kann also im Rahmen seiner Aufgaben im gesamten Lande Niedersachsen tätig werden.

– **Sie bedürfen da keines Auftrages, z.B. von Seiten des Innenministeriums?**
Sehen Sie mich mal als Beauftragten des Ministeriums. Der Minister des Innern hat generell die Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben auf die Polizeibehörden übertragen. Wir sind eine davon und zwar mit den besonderen Befugnissen einer oberen Landesbehörde.

– **Zu den Demonstrationen in Grohnde hat ja nicht nur der Gaga aufgerufen, sondern bestimmt 100 BIs. Hätten Sie da nicht alle BIs observieren müssen? War das nur Personalmangel, daß nur der Gaga obseviert wurde?**
Nur auf den Gaga deuteten diese Hinweise. Wir haben bei keiner anderen BI im Augenblick den Verdacht, daß, um es noch einmal zu sagen, in die Aktionen auch Gewalt und zwar Gewalt gegen Personen einkalkuliert wird. Es gibt keine solchen Hinweise auf irgendeine andere BI.

– **Haben Sie für diese Behauptung Beweise?**
Da müßte man sich erst einmal darüber unterhalten, was Sie unter Beweisen verstehen?

– **Also Beweise, die konkret auch in der Öffentlichkeit überprüfbar sind.**
Ich müßte einmal mehr sagen: im Prinzip ja, ohne zu wissen, wer dann die Beweise wertet. Wenn ich Ihnen die Beweise nennen würde, könnten Sie sie sicherlich ganz anders werten als beispielsweise ein Richter. Mit dieser Einschränkung: im Prinzip ja.

– **Können Sie uns einen konkreten Beweis nennen, warum gerade der Gaga observiert wurde?**
Ich könnte ja, aber ich möchte nicht, weil ich dann jetzt mit Ihnen erörtern müßte, welche Personen bei welcher Gelegenheit was gesagt haben. Das möchte ich nicht tun, weil ich nicht glaube, daß uns das hier weiter führt. Ich betrachte Sie nämlich bei diesem Gespräch als Journalisten und nicht als Angehörige des Gaga, die nun von mir zusätzliche Informationen haben wollen.

– **Könnte man also sagen, daß diese Beweise auf Äußerungen einzelner Mitglieder des Gaga beruhen?**
Unter anderem ja.

– **Gründen Sie sich auch auf schriftliche Äußerungen?**
Wollen wir an dieser Stelle miteinander folgendes klarstellen: die Selektionstaktik, die der Kriminalist natürlich auch kennt, sollten wir ausschalten. Wenn ich einmal sage nein, mehr nicht, dann dürfen Sie keine weitergehenden Antworten mehr erwarten.

– **Welchen Auftrag hatten die drei Kriminalbeamten?**

Zu versuchen, herauszufinden, wie weit die, sagen wir einmal gedankliche oder geäußerte Bereitschaft auch Gewalt anzuwenden tatsächlich auch in der Praxis zu befürchten wäre. Und zwar nicht gezielt auf einzelne Personen. Im Grunde haben einzelne Personen überhaupt keine Rolle gespielt. Sondern nur um zu wissen, ist das eine Zelle, von der zu befürchten ist, daß Gewalt - jch meine Gewalt gegen Personen, Sie unterscheiden nicht immer so präzise, wie wir das tun - also ist von dieser Gruppe zu befürchten bei bevorstehenden Demonstrationen, daß von ihr auch Gewalt gegen Personen ausgeht. Ist das tatsächlich diese zentrale Stelle, vielleicht sogar im ganzen Bundesgebiet oder in Norddeutschland, die das steuert, die das anregt und vorbereitet.

– **Wenn dann aber aus solchen Informationen ein Vorgehen der Polizei erfolgt, dann doch gegen einzelne Personen und nicht gegen die gesamte Gruppe, oder seh ich das falsch?**
Kann man das jetzt trennen? Seien Sie mir jetzt nicht böse, wenn ich einen Augenblick überlege.

– **Sie sagten, es ginge Ihnen nicht um einzelne Personen, sondern um die ganze Gruppe...**
Wir sind nicht in die Gruppe hineingegangen mit dem Ziel, Herrn Maier, Herrn Müller oder Herrn Schulze zu überprüfen oder aber festzustellen, ob irgendjemand, der Schulze heißt, nun besonders aktiv ist. Ich bin mir klar darüber, daß sich das nicht immer voneinander trennen läßt. Wenn aber unser Mann in diesem Kreise ist - ich weiß nicht, ob Sie dazu gehören, ich weiß es wirklich nicht - dann muß er ja zur Kenntnis nehmen, was zu bestimmten Problemen Herr Maier, Herr Müller und Herr Schulze gesagt haben. Dadurch personifiziert sich das Problem zwangsläufig. Der Auftrag ging zwar nicht dahin, aber ich bin mir klar darüber, daß sich Auftrag und die tatsächlichen Gegebenheiten nicht immer präzise voneinander trennen ließen.

– **Da müssen wir noch einmal nachhaken. Wenn Sie aufgrund der gesammelten Informationen gegen den Göttinger Arbeitskreis vorgehen, dann doch in erster Linie gegen einzelne Personen. Der Arbeitskreis an sich ist ja auch rechtlich gar nicht faßbar.**
Es gibt keinen Grund, gegen den Gaga oder einzelne Teile davon vorzugehen.

– **Die ganze Aktion war also nur dazu gut, daß man informiert sein wollte?**
Im Prinzip ist es das, ja.

– **Also vorbereitende Maßnahmen, um bereits im Vorfeld, z.B. zu Gorleben, solche Erkenntnisse zu verwerten?**
Herr Flottmann, wir wären eingeschritten, wenn Sie - einmal unterstellt, daß Sie in irgendeiner Form dazugehören - strafbare Handlungen begangen oder in einer Form geplant hätten, die über Vorbereitungshandlungen hinausgehen. Wir haben ja ein praktisches Beispiel mit den Flugblättern. Wenn es zur Verteilung gekommen wäre, wäre das aus vielerlei Aspekten eine strafbare Handlung gewesen. Bevor sie aber verteilt werden konnten, haben wir die Transporteure auf der Fahrt von Bielefeld in den Zielort in eine Polizeikontrolle laufen lassen und ihnen die Dinger weggenommen, im Grunde, um die Vollendung einer strafbaren Handlung zu unterbinden. Nun werden Sie sagen, aus dem Munde eines Polizisten ist das reiner Zynismus. Es ist aber tatsächlich so. Unsere Leute hatten auch den Auftrag, im Bereich der Prävention und das heißt auch, daß, wenn irgendwie strafbare Handlungen geplant sind, daß das in ein strafbares Stadium kommt, dann müßt ihr Informationen geben, damit eingeschritten wird. Die Informationen, die wir dabei erfahren haben, was Sie vorhaben, was man erwägt, was man denkt, wenn es in Gorleben läuft, das ist gewissermaßen das Abfallprodukt dabei. Gorleben steht natürlich praktisch vor der Tür, Gorleben hatte also Priorität 1, OK. Im Grunde war aber der Auftrag genereller angelegt. Kann man allgemein davon ausgehen, daß der Gaga eine Bürgerinitiative im landläufigen Sinne ist, oder steckt eine radikale Gruppe darin, von der Gefahr droht wo immer das sein mag. Das brauchen nicht nur Demonstrationen zu Gorleben zu sein, sondern ganz generell Gefahren in dem Sinne, daß eine Gruppe in unserem Lande bereit ist, nicht nur zu demonstrieren, sondern eventuell auch gewaltsam vorzugehen, gegen wen auch immer.

– **Sie wollten also präventiv gegen strafbare Handlungen vorgehen, es gibt ja nun auch, zumindest in Ihrem Verständnis, strafbare Äußerungen, z.B. Aufruf zur Gewalt. Wird in dieser Beziehung gegen einzelne Personen aus dem Arbeitskreis ermittelt?**
Nein, im konkreten Fall nicht. Der Fall ist übrigens auch nicht aufgetreten. Wenn er aufgetreten wäre, hätte ma im Einzelfal prüfen müssen, ob es einen Grund gibt, Anzeige zu erstatten oder aber im Sinne des Gesamtauftrages darüber hinwegzusehen. Ich betone es noch einmal: Der Auftrag war nicht so angelegt. Uns hat nicht interessiert, ob jemand einmal auf dem falschen Fuß Hurra geschrieen hat, oder ob, wenn man sehr schnell blättert, man auch etwas herausfinden könnte, was strafbar sein könnte.

– **Nun zum KOA. Sie haben in Ihrer Presseerklärung gesagt, die Observierung habe ausschließlich dem KOA gegolten und haben diesen KOA als eine „militante Gruppe allerschlimmsten Ausmaßes, die auch präzise Gewalt gegen Personen ins Kalkül zieht", bezeichnet und weiterhin die Behauptung aufgestellt, im KOA herrsche das Prinzip „der totalen Abschottung", ein Begriff, der von Ihrer Seite immer im Zusammenhang mit terroristischen Gruppen verwendet wird.**
Im Prinzip habe ich das gesagt, Herr Flottmann, dem Sinne nach stimmt das, was Sie sagen. Das mit dem „allerschlimmsten Ausmaß" weiß ich nicht. Ich hab das nicht mitgeschnitten. Es war bei einem Telefonat mit dem Göttinger Tageblatt, glaube ich. Ich will also an der Aussage nicht basteln, nur, sie hatte im Grunde folgenden Hintergrund: Wir haben sehr bald erkannt, „wir" heißt immer, die Leute, die bei Ihnen waren, auf die müssen wir uns halt verlassen, das ist ja die Erkenntnisquelle, daß es im Gaga ein überwiegende Zahl von Leuten gibt, die Gewalt ablehnen. Es gibt einen kleineren Teil von Leuten, die sagen, Gewalt ja, aber ich selbst würde sie nicht anordnen oder ich selbst würde da nicht in Erscheinung treten; und es gibt eine dritte Gruppe, ein ganz kleiner Kreis von Personen, von denen die meisten oder vielleicht alle dem KOA angehören, die also im Grunde sagen, wenn es dem Zweck dient, nämlich Atomanlagen zu verhindern, dann ist uns jedes Mittel recht und wir kalkulieren auch Gewalt gegen Personen ein. Das steckt hinter dieser Aussage, der Konzentrierung auf den KOA. Der Großteil des Gaga steht mehr für die Leute, die auch wir als Bürgerinitiative bezeichnen würden; d.h. :Meinetwegen auch außergewöhnliche Maßnahmen, aber ohne Gewalt.

– **Wissen Sie, wie sich der KOA zusamensetzt?**
Ich kenne die Personen, ich kenne auch die Organisation, die haben Sie selbst in einer Presseerklärung genannt, die kennen wir natürlich, ebenso die Unterausschüsse und wie man da hineinkommt.

– **Gehen Sie davon aus, daß der KOA ein fester Personenkreis ist?**
Nein, nein.

– **Ist also durchaus wechselnd?**
Ja. Nur wenn ich heute käme, und sagte, Guten Tag, ich bin auch Atomkraftgegner, ich möchte, wenns geht, im KOA mitarbeiten, dann werden Sie wohl nicht ohne weiteres sagen, jawohl, setzen Sie sich hin, machen Sie mit. Das etwa steckt hinter der behaupteten Abschottung.

– **Was meinen Sie denn, was Voraussetzung ist, um mitarbeiten zu können?**
Daß ich zunächst einmal ganz genau als Person abgeklärt worden bin, wer ich bin, was ich denke, was ich vorhabe, wie ich mich beteiligen will, welche Aktivitäten ich bereit bin mitzumachen.

– **Ist Ihnen das so von den Polizeibeamten berichtet worden?**
Nicht allein, aber überwiegend; mit der Einschränkung, und das ist kein Rückzug, den Behördenleiter haben nicht die inneren Strukturen dieses Unternehmens interessiert. Das ist nicht ein Teil, über den ich sehr präzise informiert bin.

– **Wie können Sie sich dann erklären, daß die beiden Polizeibeamten ohne weiteres in den KOA gekommen sind, ohne daß sie irgendjemand gefragt hätte, was sie denken, was sie tun wollen, wer sie sind?**
Ich weiß also offen gestanden nicht, in welchen Phasen sich das so vollzogen hat, die Aufnahme unserer Leute in den KOA, weiß ich wirklich nicht.

– **Nur zu Ihrer Information, es kann wirklich jeder hereinspazieren in den KOA, sich da hinsetzen, zuhören, mitmachen oder nicht. Es kommt ständig vor, daß da jemand Neues kommt, mal zuhört und dann mitmacht, oder eben nie wieder gesehen wird. Einen anderen Eindruck können auch Ihre Beamten nicht bekommen haben. Von Abschottung ist da keine Spur.**
Ich werde das zum Anlaß nehmen, das mal nachzuprüfen.

– **Das ist deshalb entscheidend, weil ja Ihre Presseerklärung auf der einen Seite mit der Behauptung der ungeheuren Militanz und auf der anderen Seite mit der Abschottung, was beides nicht den Tatsachen entspricht, einen ganz bestimmten negativen Eindruck in der Öffentlichkeit erzeugt und das wohl auch soll, also dem Ansehen des Arbeitskreises insgesamt schweren Schaden zufügt. Es wäre nun von Ihnen zu erwarten, daß Sie nach Prüfung der Sachlage Ihre Behauptungen zurücknehmen und sie öffentlich richtigstellen.**
Herr Flottmann, wenn Sie mich danach tragen, ob ich bei besserer Erkenntnis bereit bin, das zu widerrufen, vorbehaltlos ja. Nur das alles müssen wir ja vor einem ganz anderen Hintergrunde sehen. Wir waren nämlich nicht diejenigen, die eine Presseerklärung herausgegeben haben, sondern wir haben reagiert auf eine Erklärung des Gaga, in der der Eindruck erweckt wurde, als handele es sich insgesamt um eine Gruppe, wie sich der Bürger eine Bürgerinitiative vorstellt: Aktionen mit friedlichen Mitteln, irgendwann mal ein wenig was dagegen sagen, kleine Demonstrationen, aber nicht diese Aktivitäten, wie sie im KOA zumindest erörtert worden sind, wenn man das einmal ganz milde ausdrücken will. In Ihrer Presseerklärung haben Sie aus einer harmlosen Sprühdose, wie man sie als Selbstverteidigungsmittel in jedem Waffengeschäft kaufen kann, eine Tränengasgranate gemacht, sogar eine mit Abzugshebel und Zeiteinteilung.

– **Allerdings!**
Die hat aber keiner von unseren Beamten dabeigehabt. Meine Presseerklärung war also eine Reaktion. Wir hätten von uns aus gar nichts gemacht, wir hätten die Sache wie eine Betriebspanne abgeschlossen. Mit der Presseerklärung wollte ich dann nur klarstellen, daß es innerhalb des Gaga Untergruppierungen gibt, die sich mit diesem positiv besetzten Begriff Bürgerinitiative nicht unbedingt decken. Von uns aus hätten wir mit keinem Wort darüber gesprochen, über die ganze Sache. Um das noch einmal zu sagen, es gibt keinen Erkenntnisstand von uns, der Grund sein könnte, den Gaga irgendwie in der Öffentlichkeit madig zu machen.

– **Nun noch einmal zur Tränengasgranate...**
Augenblick mal, Frau Lauer, Sie sollten bei allem, was Sie tun, und was Sie mit mir vorhaben, sie sollten uns nicht zwingen, Namen nennen zu müssen. Das wäre nicht gut, wenn wir also gezwungen werden, einzelne Namen nennen zu müssen, jetzt also nicht nur vom KOA zu sprechen, sondern dann auch zu sagen, innerhalb des KOA gibt es wieder diese Gruppierungen, also gewaltlos - Gewalt ja, aber ich selbst nicht - und jawoll mit allen Mitteln. Wenn Sie mich dahin manövrieren, daß ich jetzt sagen muß, das ist im KOA der, der, der und der, und der gehört zu der Gruppe und der zu der, und der hat das gesagt und der das, das wäre doch nicht gut für uns. Denn auch ich bin daran interessiert, den Teufelskreis von Polizeibeamten und Atomkraftgegnern, von denen es auch bei uns eine ganze Menge gibt, mal zu durchbrechen, aus diesem Teufelskreis, daß man nicht mehr miteinander reden kann. Und da wäre es eben ganz schlecht, wenn wir jetzt in Reaktion auf Ihre Veröffentlichung sagen müßten, wir halten den für einen Militanten, den für einen Gewaltfreien usw.

– **Also nochmal zur Tränengasgranate und zum Auftrag der Beamten. Wir gehen davon aus, daß diese Leute auch als Provokateure eingesetzt werden sollten. Wir stützen das auch auf die Äußerung von Klaus Eggert, unter vielen Zeugen gemacht, er wolle dieses Ding, und das war eine Tränengasgranate, das hat er selbst zugegeben, bei einer der nächsten Aktionen in Gorleben einsetzen und zwar nicht hinter sich, sonder nach vorne. Er meinte, so wörtlich, „das wäre sicher ein guter taktischer Zug gewesen".**
Das bestreitet er in dieser Form nachhaltig. Er sagt, er habe etwa dem Sinn nach gesagt, als er schon vorher, nicht erst bei seinem Verhör gefragt wurde, was er damit wolle, er würde versuchen, sie einmal bei irgendeiner Demonstration loszuwerden. Er hält es für möglich, daß er auch gesagt hat, das würde nicht nach hinten, sondern nach vorn geschehen. Diese Aussage sei nur aus der besonderen Situation heraus zu erklären. Ihm sei eben keine bessere Begründung eingefallen. Das ist seine Darstellung. Er meinte, es müßte eigentlich allen Beteiligten klar gewesen sein, daß das, was da gefunden wurde, sich überhaupt nicht eignet, damit etwas zu provozieren. Ich weiß garnicht, haben Sie eigentlich das Ding oder hat der Gaga das Ding?

– **Wir haben Fotos davon.**
Foto ist natürlich nicht gut.

– **Wir wollten das Ding ja nicht klauen.**
Sie haben unseren Ausweis doch auch geklaut.

– **Eggert hat das mit der Tränengasgranate auf dem KOA gesagt, bei seiner Enttarnung. Er hätte doch genausogut sagen können, er brauch das Ding zur Selbstverteidigung, warum hat er dann klipp und klar gesagt, er wolle die Tränengasgranate gegen die Polizei einsetzen?**
Kann sein, daß er das persönlich so gemeint hat, ich kann ja nicht in ihn reingucken. Sein Auftrag lautete jedenfalls nicht so. Wenn es stimmt, daß er gesagt hat, er hätte auch die Aufgabe zu provozieren, dann wäre er morgen aus dem Dienst draußen. Ich gehe aber davon

aus, daß Sie das ein bißchen mehr herausgestellt haben als er das eigentlich gesagt hat.

– Unsere Vermutung wird noch durch andere Dinge bestärkt. Er hat mir persönlich gegenüber mehrmals gesagt, daß in anderen Bürgerinitiativen zu viel gelabert würde, so seine Ausdrucksweise, und daß er mehr Aktionen sehen wollte. Außerdem hat er mehreren Personen in Privatgesprächen angeboten, er könne für bestimmte Aktionen Sprengstoff und andere Materialien besorgen.

Herr Flottmann, dann noch einmal: Wenn es so wäre, handelte es sich um Auswüchse eines einzelnen Beamten, für die er zur Rechenschaft gezogen werden müßte. Ich nehme an, daß er diese Dinge bestreiten wird

– Wir wären bereit, in dieser Sache als Zeugen auszusagen und da gibt es sicher noch eine ganze Reihe anderer Leute, die das bestätigen könnten, denn er hat sich in dieser Richtung sehr häufig geäußert. Sie meinen also, daß das nicht mit Ihrem Einvernehmen geschah?

Überhaupt nicht, das hat nichts mit seinem Auftrag zu tun. Gerade das sollte er ja nicht, das ist ja das Verrückte an der Geschichte.

– Nun zu einem anderen Komplex. Haben die beiden Beamten nur den KOA observiert?

Ja, nur den KOA, wobei ich das relativieren muß. Es ist ja nicht so, daß die Beamten nicht auch an anderen Sitzungen z.B. des Plenums usw. teilgenommen hätten. KOA und Gaga insgesamt lassen sich natürlich nicht so präzise trennen. Zielrichtung war aber der KOA und nicht der Gaga insgesamt.

– Welches Ziel hatte es denn dann, daß Klaus Eggert und der andere, wir kennen ihn nur unter dem Namen Rudolph M., starke persönliche Kontakte zu Wohngemeinschaften hatten und Klaus Eggert sogar mit einigen von uns mit in Urlaub nach Schweden fuhr?

Unsere beiden Leute sind nicht mit Einzelaufträgen gesteuert worden. Sie waren praktisch, wenn Sie so wollen, auf unbestimmte Zeit freigestellt, eben mit dem Ziel, Informationen aus dem Gaga zu beschaffen. Sie waren insoweit absolut frei und hätten auch nach Südamerika mitreisen können, soweit sie meinten, daß das dem Auftrag dienlich sein könnte, ob nun Gewalt angewendet werden soll, ob insoweit bestimmte Vorbereitungen getroffen werden. Darauf lief es doch letztendlich hinaus, ob dort nicht nur gelabert wird, um dieses Wort wieder aufzunehmen, sondern auch konkrete Vorbereitunge getroffen werden. Natürlich gehörten auch solche Feststellungen dazu, wie weit etwa der Plan gediehen war, in ausgewählte Stützpunkte schon vorher Geräte und weiß der Teufel was sonst noch hineinzubringen. Geschieht also tatsächlich etwas konkretes, oder sind nur ein paar Kraftmeier da, die zwar verbal für gewaltsame Aktionen plädieren, sie aber konkret nicht durchführen würden. In diesem Rahmen konnten sich unsere Beamten aufhalten, wo sie wollten, und tun, was sie wollten.

Also aus diesem Grund wurde auch das Umfeld des KOA observiert?

Soweit sie den KOA betreffen. In das Umfeld mußte er natürlich hinein, wenn Leute von Ihnen verreisen, wenn er meint, dabei könnte ich weitere Informationen kriegen. Er hat ja mal Bäume mitgepflanzt in Lüchow-Dannenberg. Solche Dinge lagen natürlich im Rahmen seines Auftrages, er hatte eben einen Generalauftrag.

– Sind Ihre Beamten noch an anderer Stelle, als im Göttinger Arbeitskreis als Informationsträger eingesetzt gewesen?

Nein, nein. Es gibt keine andere Gruppe, die wir mit solchen Maßnahmen betraut haben.

– Klaus Eggert hat aber z.B. schon während des Anti-Atomdorfes in Grohnde solche Aufgaben gehabt. Er hat auf Seiten der Demonstranten umfangreiches Foto- und Filmmaterial erstellt. So hat er uns z.B. einen Film von der Räumung des Dorfes vorgeführt, den er selbst gedreht hatte.

War er denn bei der Räumung? Oh ja - wenn ich nur die Zeiten genau wüßte, wann das war. Aber ich unterstelle das mal als wahr, das ist durchaus möglich. Er hat sich wohl bei Ihnen als Fotograf ausgegeben, und hat alles getan, was eben ein Fotograf tut. Alles lief unter der Legende, er sei Fotograf und es wäre natürlich sofort aufgefallen, wenn er sich nicht als solcher betätigt hätte. Nicht daß Sie etwa jetzt denken, er hätte im Anti-Atom-Dorf Leute gefilmt, mit dem Ziel festzustellen, wer nun da sei oder sich an Demonstrationen beteiligen würde, nein, nein, so war das nicht. Das war nicht das Ziel, das kann ich hier ganz offen und ehrlich sagen. Er hat da eben rumgefilmt und rumfotografiert.

– Aber er war damals doch noch garnicht im Göttinger Arbeitskreis. Dort ist er doch erst ein Dreivierteljahr später aufgetaucht.

Hm, wann war Grohnde nochmal genau?

– Die Anti-Atom-Dorf-Räumung war im Juli 77, in Göttingen tauchte die beiden zum ersten Mal im März 78 auf.

Das heißt, ihre Feststellung läuft darauf hinaus, er muß auch schon im Dorf in Grohnde gewesen sein?

– Genau, wir haben auch Filmaufnahmen darüber, wo er deutlich zu erkennen ist.

Das ist er dann auch, das hatte dann wohl mit Ihnen noch nichts zu tun.

Darüberhinaus wissen wir, daß Klaus Eggert noch zeitweise in der Bürgerinitiative Hannover Linden mitgearbeitet hat.

Das ist seine Legende.

– Das haben wir aber nachgeprüft. Sie kannten ihn dort, hatten seine Telefonnummer und so. Darüber haben wir übrigens auch den Hinweis, der letztendlich zur Enttarnung führte.

Wie hat er es Ihnen gegenüber denn dargestellt? Hatte er seiner Darstellung nach einen Auftrag dorthin zu gehen, oder hatte er sich, oder will er sich da einfach als Atomkraftgegner betätigt haben? Ist er persönlich vielleicht einer? Kann ja sein. Ich weiß nicht, was er darüber denkt. Im Sinne von Ausspähung hatte er mit Linden nichts zu tun. Ob er gelegentlich so dagewesen ist, kann ich nun wirklich nicht sagen. Er hat mir gesagt, das wäre nur ein Teil seiner Legende gewesen.

– Ein anderer Punkt ist, daß wir festgestellt haben, daß der Rudolph M., den richtigen Namen kennen wir ja nicht, werden wir aber sehr bald kennen, bei den Vorbereitungen zur Demonstration am 10.6.78 gegen die Grohnde-Prozesse in Hannover teilgenommen hat und in diesem Zusammenhang ein Flugblatt mit verfaßt hat.

Da muß ich mal nachfragen. Daß er ein flugblatt mitverfaßt hat, kann ich mir nicht vorstellen. Unser zweiter Mann, den kenn ich schon lange, der ist absolut zuverlässig, der würde sowas nicht machen. Herr Flottmann, läuft das jetzt gedanklich unter Provokation oder so.

– Nein, unter Arbeit in anderen Bürgerinitiativen.

(telefoniert) Herr Röhl, Frage, hat unser zweiter Mann aus Göttingen zur Grohnde-Prozess-Demo am 10.6. ein Flugblatt mitverfaßt?
(kann nicht beantwortet werden, da zweiter Mann nicht im Haus, soll nach späterer telefonischer Nachfrage geklärt werden)

Auf jeden Fall, das kann man immer nur wieder sagen, steckt nicht das Amt oder die Behörde dahinter. Wenn Sie mir sagen, daß es in diesem Hause einzelne Beamte gibt, die meinen, es wäre gut, wenn man da für etwas mehr Aktivität sorgte, dann wird unser Gespräch insoweit ein Nachspiel haben. Aber ich halte das einfach für undenkbar. Das sage ich deshalb, weil der zweite im Gaga tätig gewesene Beamte ein absolut zuverlässiger Mann ist - ob er ihrem Sinne auch ein guter Mann ist, das ist eine andere Frage - der keine Dinge tut, die er nicht getreulich berichten würde; der würde nicht kinken. Ich werde Ihnen also sagen, was tatsächlich abgelaufen ist, sobald ich diese Information habe.

(Bei der späteren Rückfrage gab der "zweite Mann" zu, daß er ein Flugblatt zur Auswertung der Grohnde-Prozess-Demonstration mit



– Bei dem anderen wäre das aber schon möglich?

Das will ich nicht sagen, ich habe keine Anhaltspunkte dafür, der andere ist aber ein junger Mann, den ich nicht lange genug kenne und der nicht lange genug bei uns ist, daß ich das mit letzter Sicherheit sagen könnte.

– Rudolph M. ist auch bei einer Kieler Bürgerinitiative bekannt, er ist also auch dort gewesen. Das wird noch dadurch untermauert, daß wir bei Klaus Eggert Namenslisten von Mitgliedern der Kieler Bürgerinitiative und der ...

und der Hamburger Polit-Ökologie...

– ja, genau, gefunden haben.

Ja, die hat er von Ihnen. (Völlig ausgeschlossen, Anm. d. Red.)
Nicht von Ihnen persönlich, sondern das sind Informationen, die er aus dem Gaga herausgeholt hat.

– Ja und was sollte mit den Listen geschehen?

Soll ich ihn das auch fragen? Da bin ich einfach überfordert. Ich habe bisher nicht drüber nachgedacht, warum hat er die, die Listen?

– Eine abschließende Frage zu diesem Komplex. Sie haben ja selbst zugegeben, daß eine ganze Menge Informationen und Material gesammelt werden konnte und wohl auch wurde, das über den konkreten Auftrag hinausging. Was passiert mit diesem Material, insbesondere mit diesem umfangreichen Foto-und Filmmaterial, inwieweit sind solche Dinge zur Registrierung in Akten oder persönlichen Dossiers verwendet worden?

Es gibt überhaupt keine persönlichen Dossiers, auch nicht aus dieser Aktion. Wohl tauchen Namen in Berichten auf. Das Filmmaterial ist nur in unserem Haus, auch die Namen sind nur in unserem Haus, die Namen, die eine Rolle gespielt haben, Ihrer, Frau Lauer, und Ihrer, Herr Flottmann. Kennt ihr die, jawohl, kennen wir, das wäre ja auch Blödsinn, wenn ich das abstreiten würde. Die wissen also, daß Sie verlobt sind und so, die haben mich auch vorgewarnt, da kommt vielleicht auch Herr Schönherr mit, da müssen Sie etwas anders taktieren, mit dem geht das so, mit dem geht das andersrum. Insofern gibt es Informationen über Zusammenhänge und in diesen Informationen stehen auch Namen drin, die aber nicht in persönlichen Dossiers niedergelegt sind oder wiederfindbar sind. In diesem Augenblick, bis Gorleben abgelaufen ist, werden wir uns möglicherweise mal dafür interessieren, was macht der Flottmann eigentlich, wenns da richtig losgeht. Treffen wir ihn dann irgendwo wieder, vornedran, mit Helm und so, Sie müssen sich möglicherweise also so tarnen, daß Sie nicht gleich zu erkennen sind.
Es gibt in unserem Haus keine Dossiers über keinen aus dem Gaga. Es ist kein Filmmaterial weitergegeben worden, so weit Informationen weitergegeben worden sind, an den Vorbereitungsstab Gorleben, immer nur über Vorhaben, über Gesamteindrücke, nie über einzelne Personen.



– Aber Namen und Fotos sind ja nun mal über einzelne Personen.

Ja, ja.

– Sie betonen immer wieder, es gibt keine Akten darüber.

Nein, die gibt es nicht. Das schließt nicht aus, daß Namen in Berichten auftauchen.

– Aber es gibt eine Akte Gaga?

Ja.

– In dieser Akte sind dann also Protokolle, das Foto- und Filmmaterial usw.

Das nein. Ich habe kein Protokoll gesehen. Ich habe gestern die Akte in Vorbereitung auf dieses Gespräch noch einmal durchgeblättert. Sie ist 38 Seiten dick oder so, die fotos sind nicht dabei. Ich sagte schon, sie sind irgendwo in unserer Staatsschutzabteilung aufbewahrt. Um Ihnen zu erklären, was ich sagen will: Ihr Name (an Frau Lauer) steht also irgendwo in der Akte, nein Ihr Name garnicht, aber Ihrer (an Herrn Flottmann). Wenn ich jetzt also mit Ihrem Namen in unsere zentrale Sammlung gehe, dann würde ich ihn dort nicht finden. Würde ich aber in unsere Staatsschutzabteilung gehen und frage dort bestimmte Leute nach Ihrem Namen, dann würden die mir sagen: Ja den kennen wir und dann würde man den Ordner ziehen, in dem sich die hier genannten Unterlage befinden.

– Können Sie uns Akteneinsicht gewähren?

Ja.

– Könnten wir das gleich im Anschluß an unser Gespräch machen?

Nein, das will ich jetzt nicht tun. Ich würde gerne abwarten bis wir alle mit dieser Aktion insgesamt fertig sind. Im Prinzip also ja, nur im augenblick möchte ich es nicht, weil ich nicht weiß, wie Sie in dieser Sa-

das noch in die Offentlichkeit bringen wollen und wie lange Sie uns an dem Ding noch hochziehen wollen. Ich wäre natürlich dumm, wenn Sie mich auf irgendeine Weise, wie auch immer, vor ein Gericht, wenn auch nur als Zeuge, schleifen, und ich habe Ihnen dann vorher gezeigt, was ich über Sie habe, was ich über Sie weiß. Das tue ich natürlich nicht.

– Das Material wird doch dazu dienen, bestimmte Leute, die besonders auffallen, zu identifizierren.

Wenn eine einzelne Person auffällt, auffällt im Sinne von Gewaltanwendung, dann ist das Material, das wir über Sie haben sowieso absolut uninteressant.

– Demnach könnte man ja das ganze Material vernichten?

Ja.

– Oder es unser wieder zurückgeben?

Nein, jedenfalls jetzt nicht. Dieses Material, das wir haben, kann im Grunde - aus unserer Sicht leider - in der entscheidenden Phase nicht mehr fortgeführt werden. Wir hätten natürlich fürchterlich gern gewußt, inwieweit versucht worden wäre, das was einzelne im Gaga oder im KOA verbal vertraten, tatsächlich in die Praxis umzusetzen. Wir hätten gern alle Ihre Depots gekannt und fürchterlich gern gewußt, wenn die tatsächlich in einem Kanalschiff oder wie sonst auch immer Gerät transportiert hätten, um Polizeikontrollen zu umgehen, auf welchem Schiff sind denn nun eigentlich diese Sachen und wo werden sie hingebracht? Dazu sind wir nicht mehr gekommen. Diese 2 Jahre - sind es ja gar nicht - vielleicht also ein Jahr - in dem wir Leute bei Ihnen hatten, haben so gesehen für uns in dem erhofften Maße nicht gelohnt, weil wir - und ich sage das aus unserer Sicht - leider vorher aufgeplatzt sind.

– Sie haben jetzt auf der einen Seite gesagt, daß die Erkenntnisse, die Ihnen vorliegen, keinen Anlaß darstellen, um gegen irgendjemanden aus dem Göttinger Arbeitskreis wegen irgendeiner Sache zu ermitteln...

Ja das kann ich Ihnen versichern

– Auf der anderen Seite haben Sie aber bedauert, daß die Sache aufgeflogen ist und daß Sie gern noch länger drin geblieben wären. Daraus entnehme ich, daß Sie es für sinnvoll halten, auch weiterhin den Göttinger Arbeitskreis auf diese Art zu observieren.

Kann ich mit nein beantworten, weil ich das schon als Taktiker nicht für zweckmäßig halte. Wir würden keine neuen Versuche starten, um wieder reinzukommen. Was aber nicht heißt, daß wir nicht noch drin sind. Ein bißchen Unsicherheit möchte ich doch noch lassen.

– Haben die Kriminalbeamten eine spezielle Ausbildung für diese Tätigkeit?

Das kann man natürlich nicht im Rahmen des normalen Polizeidienstes machen, allein schon wegen des Aussehens der Beamten?

Doch. Unsere Rauschgiftfahnder sehen genauso aus. Die haben keinerlei Spezialausbildung für diese Dinge. Ein ganz normaler Kriminalbeamter, der halt wie die Jungfrau an ein Kind, an Informationen gekommen ist, die es uns zweckmäßig erscheinen ließen, ein bißchen ranzukommen. Und weil er diese ersten Informationen hatte, darum ist er gleich der Mann gewesen... Der Auftrag sieht ja so aus: Nun sehen Sie mal zu, was Sie da eigentlich noch so machen können. Und dann kommt er später an und sagt, das hat aber keinen Zweck, daß ich da immer nur mal rüberfahre, da muß ich schon etwas mehr Zeit haben. Dann kriegt er also im Grunde die dienstliche Zeit dafür, diese Dinge zu tun. So sehen diese Aufträge aus. So ist das angelaufen und darum ist er dabei.

– Meinen Sie nicht, daß durch den Einsatz der Polizeibeamten in Bürgerinitiativen der Grundsatz der Meinungsfreiheit untergraben wird?

Ich habe sehr lange darüber nachgedacht, ob das, was ich getan habe, oder was wir getan haben... Es war schon angelaufen als ich das sanktioniert habe, als ich dan gesagt habe, ihr könnt das weitermachen. Das habe ich mir sehr lange überlegt. Nach meinem Informationsstand war das eine Gruppe, um die ma sich im weitesten Sinne einmal kümmern muß. Wenn es so wäre, daß dadurch die Meinungsfreiheit eingeschränkt würde, dann müßte man das eben in Kauf nehmen, zugunsten eines höheren Rechtsgutes. Das ist meine persönliche Entscheidung, deshalb habe ich die Sache angeordnet, aber ich sagte ja schon, die Sache war schon am Laufen.

– Wer hat die Sache denn angeordnet?

Das kommt von ganz allein. Irgendjemand kommt angedackelt und sagt: Du bist doch bei der Kripo, ich hab da eine hochinteressante Information, und der erzählt dann eben, das ist das und die und die Leute wollen ... Masten absägen... und und. Und so ist der an seine Informationen gekommen. Die Mittel, die ich dann einsetze, greifen irgendwo in ein Persönlichkeitsrecht ein, wenn Sie so wollen. Ich darf nur das Mittel wählen, das den Betroffenen am wenigsten beeinträchtigt, das aber noch zum Ziele führt.

– Gibt es irgendeine Kontrolle, daß Sie z.B. einen Richter informieren müssen, der das nachprüfen muß, ob die Informationen stimmen, wie z.B. bei der Telefonüberwachung?

Das Nachprüfen ist in diesem Falle so abgelaufen: Das ist der Kontrollmechanismus, der dann ansetzt, wenn in irgendeiner Form das bekannt wird. Sei es, einer Betroffenen beschwert sich, wie in diesem Falle. Ich mußte sofort nach Ihrer Presseerklärung für meinen Minister und für eine Anfrage eines Parlamentärs Schulaufgaben machen, wo ich erkläre, was mich dazu gebracht hat, das zu tun. Dieser Kontrollmechanismus läuft, da haben Sie recht, erst an, wenn etwas passiert. Es gibt keine Kontrolle, wie etwa bei der Tele-

BAUERN ERHIELTEN ALBRECHT–BESUCH

TREBEL 22. Februar Bevor Ende März die Bauern zu ihm nach Hannover kommen, hielt seine Majestät, Kaiser Albrecht I. einen Besuch bei den Bauern im Wendland für angebracht. Dabei entrangen sich seinem landesväterlichen Mundwerk entscheidende Äußerungen der anteilnehmenden Sorge um das Wohl der einheimischen Bevölkerung: (zitiert nach einem Artikel der Elbe–Jeetzel–Zeitung vom 22.2.79)

Sein Wunsch, die Probleme einmal unmittelbar von den betroffenen Landwirten zu hören, sei der Anstoß für seinen plötzlichen Besuch in Trebel gewesen, erläuterte Albrecht. Dabei wollte er auf keinen großen Aufmarsch von Hamburgern, Berlinern und anderen Auswärtigen treffen, sondern das Gespräch in Ruhe mit den Trebeler Bauern führen.

Woher wußte Albrecht denn, daß Hannoveraner erwünscht waren?

Wollte Albrecht mit den Landwirten darüber reden, wie der Bürgerdialog mit Hilfe von 100 extra geräumten Gefängniszellen stattfinden soll? oder mit einigen Tausendschaften Polizei und Grenzschutz? Oder über die Zerstörung des Landkreises allein durch die Infrastruktur der Atommüllfabrik? Oder über die Existenzsorgen der Landwirte? Oder darüber, wieso entgegen der ursprünglichen Zusicherung kritische Gutachter mundtot gemacht werden?

Jawohl, über all das wollte Albrecht reden. Und zwar so:

Zum Bürgerdialog unter Polizeibewachung:

"Damit kam Dr. Albrecht auf die zu erwartenden Demonstrationen zu sprechen, die nicht nur akzeptiert, sondern auch geschützt werden sollen".

Hat denn in der Anti–Atomkraft–Bewegung wirklich noch niemand kapiert, daß die Polizei in Wyhl, die die Hausfrauen verprügelte, nur zu deren Schutz da war? Daß die Polizei in Brokdorf nicht etwa das Baugelände des Privatunternehmens Nordwestdeutsche Kraftwerke AG gegen die Demonstranten schützte, sondern die Demonstranten . . . ja, vor wem denn? Daß die Demonstranten in Grohnde bei der ersten Platzbesetzung die Polizeiknüppel nur zu ihrem eigenen Schutz auf den Kopf bekamen, nachdem sie vorher die Polizisten mit Blumen angegriffen hatten?

Klar ist jedenfalls, daß die Schwärme von Polizisten und Grenzschützern, die sich bereits jetzt im Kreise Lüchow–Dannenberg herumtreiben, einzig und allein zum Schutze der Bevölkerung da sind, nicht etwa zum Schutze der DWK und der Landesregierung vor den Bürgern. Denn:

"Wir können nicht dulden (so duldsam Ihro Gnaden sonst auch sind), daß jemand hierherkommt und mit Gewalt seine Meinung anderen aufzwingt".

Der Mächtigste, der bis heute in den Landkreis gekommen ist, und anderen Leuten seine Meinung aufzwingen will, ist Herr Albrecht und in Vertretung seine Polizeitruppe.

Zur Zerstörung des Landkreises:

"Für mich ist das Hauptproblem nur dann gelöst, wenn die Schönheit dieser Landschaft, die den Kreis so reizvoll macht, erhalten bleibt".

Muß man noch sagen, was für ein Schnickschnack dieser Spruch ist, wenn man allein an die gigantischen Ausmaße der Bauanlagen denkt (12 km2) und an die Infrastrukturplanung der DWK, die aus dem Kreis ein industrielles Ballungsgebiet machen würde. Aber dafür hat Albrecht einen Trost parat:

"Die Ansichten der DWK zum Bau neuer Straßen fanden nicht seine Zustimmung. Seiner Meinung nach reicht es aus, das vorhandene Strassennetz großzügig auszubauen".

Na bitte, neue Straßen müssen nicht sein. Die alten auf 9 m breite Rollbahnen ausbauen, dann verkraften auch die noch die täglich 900 LKW–Fuhren.

Zum Bewilligungsverfahren und den Gutachten:

"Zur Sicherheitsfrage des NEZ (nuklearen Entsorgungszentrums) verwies Albrecht auf das Ende März stattfindende Symposium. 'Ich hoffe, daß wir dann klarer sehen', meinte der niedersächsische Regierungschef. 'Solange die Ergebnisse dieser Gesprächsrunde nicht ausgewertet sind, weiß ich nicht, ob die Anlage sicher gebaut werden kann oder nicht'."

Bei dem Symposium werden Kritiker und Befürworter je zur Hälfte vertreten sein. Und wer hindert Herrn Albrecht daran, die Ergebnisse so klar zu sehen, daß er die kritischen für unwichtig und die befürwortetenden für richtig findet? Nachdem er schon einen kritischen Wissenschaftler, Prof. Herrmann aus Göttingen, abgelehnt hat, weil der seiner Meinung nach nur hinter dem Geld her ist.

Aber immerhin gibt es neben dem Symposium noch das ökologische Gesamtgutachten:

"Albrecht versprach, den Auftrag dazu alsbald zu vergeben, 'damit uns diese Erkenntnisse bei der ersten Teilerrichtungsgenehmigung vorliegen'. Das Gutachten läßt sich die Landesregierung 20 Millionen Mark kosten".

Da wird sich aber die Motor Columbus freuen.

Etwa zwei Wochen nach diesem albrechtschen Auftritt wurde einer Gruppe Heidelberger Radioökologen die Kündigung auf Veranlassung der Landesregierung zugestellt. Die Heidelberger gehörten zu den kritischen Wissenschaftlern, die nach Albrechtschen Versprechungen am Gutachten beteiligt werden sollten. Die Landesregierung wollte den Auftrag dann Herrn Brüssermann geben, der aus dem Kernforschungszentrum Jülich kommt und der auch keinen Hehl macht aus seiner Befürwortung der Atomenergie. Inzwischen fragt sich die Landesregierung allerdings, ob das ein guter Einfall war. Ist wohl doch ein bißchen plump.
Motor Columbus ist allerdings im Geschäft, im Atomgeschäft sowieso (siehe ID Nr. 271), jetzt also auch im Gutachtergeschäft zu Gorleben.
Aber seine Majestät, Albrecht von Niedersachsen bürgt dafür, daß das Bewilligungsverfahren noch vollkommen offen ist.
Amen.

Karl Sandra



Zum Albrecht–Auftritt ein Leserbrief in der Elbe–Jeetzel–Zeitung:

. . . Die mühsam gedrehte Beruhigungspille, die Ausführungen des Ministerpräsidenten Dr. Albrecht, haben wir als Anwesende nicht geschluckt — sie ist uns im Halse steckengeblieben . . . Das ganze Gerede des Dr. Albrecht von der reizvollen Schönheit dieses Kreises und deren Erhaltung, um breite oder schmale Trassen durch oder um Dörfer und Felder empfinden wir als oberflächliches Geschwätz. Es ist im Grunde nur eine Ablenkung von dem, was uns wirklich bedrängt: Widerstand gegen die Atomindustrie bedeutet letztlich den Kampf um das nackte Überleben. Wer Leben und Sicherheit des Menschen, die Schönheit der Natur erhalten will, muß auf die WAA verzichten.

Ein Recht auf Gesundheit und Leben haben alle Menschen. Die Diskriminierung der Kernkraftgegner kann der Ministerpräsident mit seiner "liebenswürdigen" Arroganz so nicht weiterführen. Dr. Albrecht hat uns erklärt, er wünsche sich ein "Traumland", in dem die Menschen demokratisch demonstrieren. Erfüllen wir ihm diesen Wunsch, denn nur deutlich laute Kritik fährt den Politikern unter die Haut und veranlaßt sie auch manchmal, "überfallartig" und uneingeladen — wie Diebe in der Nacht — vor überraschten Bauern zu erscheinen, um sich zu rechtfertigen.

Heinrich Pothmer, Teichlosen
Elke Albrecht, Tobringen



ZWEITER TRECK NACH HANNOVER

FRANKFURT 6. März Zu dem Treck aus Gorleben nach Hannover wird es wahrscheinlich noch mindestens einen weiteren Treck geben. AKW-Gegner aus Göttingen, Kassel, Marbug und Frankfurt wollen einen Zug von Grohnde nach Hannover organisieren (ca. 65 km).

Treffpunkt ist Mittwoch, der 28.3.79, vormittags in Grohnde, von da aus wollen sie gemeinsam nach Hannover wandern. In den Dörfern und Städten, durch die der Zug geht, soll es kleine Aktionen (Straßentheater, Musik) geben. Am Samstag, 31.3., treffen sich dann beide Trecks in Hannover, um den Winter und Herrn Albrecht mit Blumen aus der Stadt zu vertreiben. Um die Übernachtung und die Verpflegung zu organisieren und um genauer zu überlegen, wie der Südzug gestaltet werden kann, gibt es für die Frankfurter ein Vorbereitungstreffen:

am 19.3., Lessingstraße 2 -4 in Frankfurt um 20 Uhr.

Jene, die nicht am Treck teilnehmen, aber am 31.3. nach Hannover fahren wollen, können zweck Organisation von Mitfahrgelegenheiten die Telefonnummer 0611/59 37 71 ab 18 Uhr anrufen.

Der Freundshaftskreis Gorleben ist in Ffm unter der Nummer 49 23 68 zu erreichen.

Diese Informationen haben uns erst über einige Ecken erreicht, genaueres weiß anscheinend noch niemand, wenn der 2. Zug gelingen soll, muß wohl noch einiges organisiert werden, auch im Raum Grohnde war über den Zug noch nichts zu erfahren.

BAUERNKRIEG IM VOGELSBERG

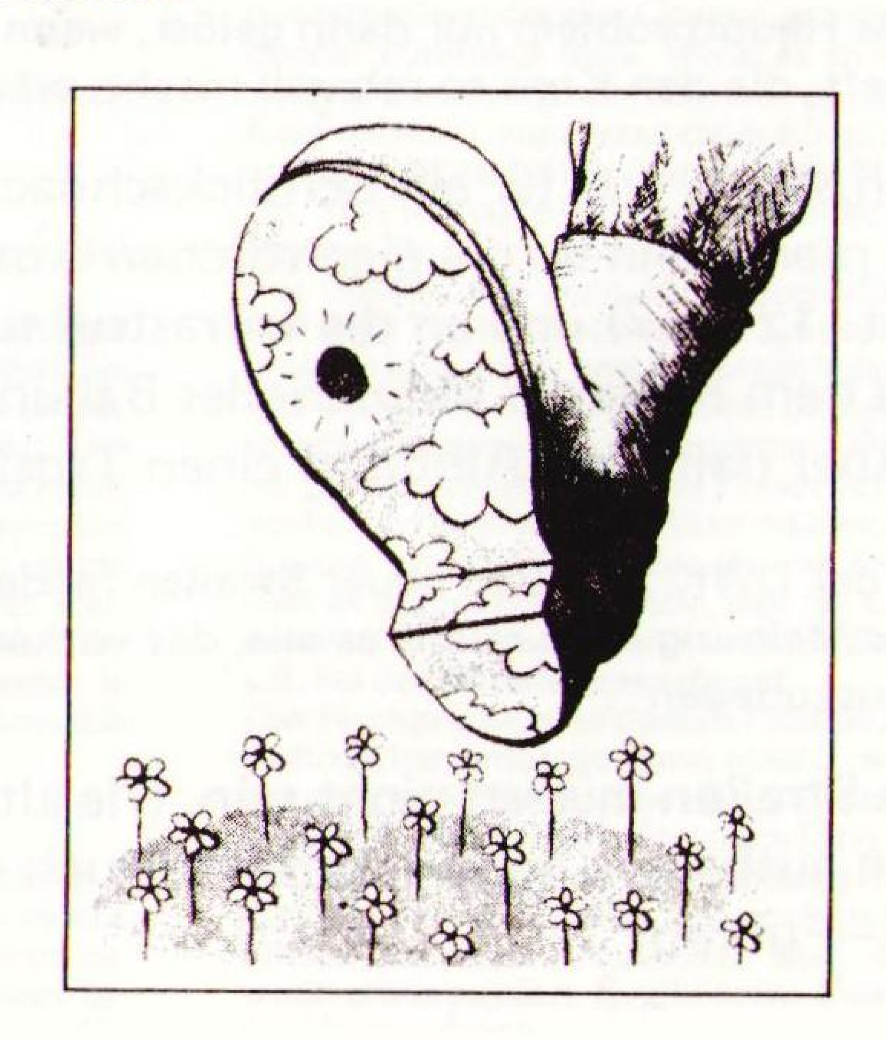
SALZ 5. MÄRZ An ihre Geschichte des Widerstandes gegen die Obrigkeit während den Bauernkriegen im 16. Jahrhundert erinnerten sich die Bauern aus Salz im Vogelsberg. Sie wiesen am 29. 1. 79 mit einer Protestaktion auf den Zusammenhang zwischen den Kämpfen ihrer Vorfahren im Mittelalter und der offensichtlichen Notwendigkeit von Widerstandsaktionen gegen den Grundwasserabbau im heutigen Vogelsberg hin. Es gelang ihnen auch gut, die behördlichen „Wasserklauer" zu verunsichern.

Im Sälzer Dorfgemeinschaftshaus tagte am 29. 1. 79 die sogenannte Vogelsbergkommission. Ihr gehören Vertreter der Oberen Wasserbehörde beim Regierungspräsidium, Vertreter des Landesamtes für Bodenforschung, des Amtes für Landwirtschaft und Landentwicklung, der Forstbehörde beim Regierungspräsidium, des Landwasserwirtschaftsamtes, der zuständigen Wasserwirtschaftsämter (Hanau, Friedberg) sowie je ein Vertreter der drei Gemeinden Brachtal, Birstein, und Freiensteinau an, die vom erweiterten Grundwasserraubbau betroffen sind. Grundsätzliches Ziel dieser Komission ist die Ausweitung der Wasserausbeutung im Vogelsberg für die Versorgung des Frankfurter Raumes im weitesten Sinne, und die Tagung in Salz sollte nach Aussagen protestierender Bauern vor allem zur Umstimmung andersdenkender Gemeindevertreter beitragen.

Im 16. Jahrhundert riefen Thomas Münzer und Florian Geyer die Bauern zu ihren Erhebungen auf: „Was fürsten und hern nicht haben vult tun, das müssen die buer tun!" Bei der Protestaktion in Salz kamen Idee und Initiative sowie die schwarze Bauernkriegsfahne von den Speckenmüllers, die seit Jahren verläßlich und unbeirrbar den Wasserraubbau bekämpfen. Die Sälzer Frauen und Männer waren fast vollständig beteiligt. Mit Sensen, dreschflegeln, Hacken und Mistgabeln bewaffnet, schweigend, mit Trommelschlägen, empfingen sie die Interessenvertreter der wasserverschlingenden und wasserverschwendenden Metropole. Die Frauen – allerdings leider auch hier in den hinteren Reihen – bewarfen die Obrigkeit respektlos mit Schneebällen. Auf Transparenten drückten die Männer und Frauen ihre zunehmende Ernüchterung über das staatliche und behördliche Unwesen aus: „Gegen Planungsterror", „Behördenwillkür für Demokratie", „Totengräber unseres Vogelsberges".

Offensichtlich wurde der Ablauf der Tagung und die Arbeitsfähigkeit der Tagenden etwas gestört; letztere saßen nämlich beängstigt im Dorfgemeinschaftshaus und befürchteten die Sprengung ihrer gewichtigen Versammlung, denndie Bauern drohten, notfalls mit „eigenen Mitteln vorzugehen" und ihre verbalen Angriffe in die Tat umzusetzen. – Eine hoffnungsvolle Andeutung für die bevorstehende Rettungsaktion des Vogelsberges ?

Kontakt: Margot Palmen, Volzbergerstr. 14, 6484 Lichenroth





Bericht über eine Abstimmungs-Kampagne

SCHWEIZ: DER WAHNSINN NIMMT ÜBERHAND

FRANKFURT/ZÜRICH

Der Wahlkampf um die schweizerische Atomschutzinitiative war ein Wettbewerb des Schreckens. Eine der agierenden Theatergruppen brachte die schweizer Nationalhymne in der Fassung:

„Trittst vor Gösgen Du daher,
Siehst Du ihn im Strahlenmeer:
Ihn, den heimlich tötenden Reaktor;
Wenn dann Eure Haut sich rötet,
Betet, freie Schweizer, betet!
Eure fromme Seele ahnt,
Ihn als Sensenmann im Land,
Als Herrn im leeren Vaterland."

Der Schreck davor, daß die Lichter ausgehen, war größer: die Atomschutzinitiative wurde abgelehnt, in Gösgen, Leibstadt und so fort wird weitergebaut.

Um die Tragweite des Entscheids zu begreifen, ist zu bedenken, daß in der schweizerischen Stromversorgung Öl- und Kohlekraftwerke keine Rolle spielen – eine Situation, in welche viele Länder erst geraten dürften, wenn die Verseuchung der Luft mit Kohlendioxyd, das bei der Verfeuerung fossiler Brennstoffe entsteht, unerträgliche Folgen zeitigt. Vor kurzem fand in Genf eine Konferenz von Metereologen statt, die dazu einiges zu sagen haben. Die Dürre in der Sahel-Zone, die Überschwemmungen in Indien haben deutlich gemacht, daß Klimastörungen in die weltwirtschaftliche Entwicklung einzubrechen beginnen. Klimastörungen sehr viel größeren Ausmaßes können entstehen, wenn die Abgabe von Kohlendioxyd an die Atmosphäre weiter wächst, weil dadurch der Wärmehaushalt der Erde gestört wird: Es bildet sich gegenwärtig über unseren Köpfen eine Gasschicht, die für die Erde als ganze wirkt wie das Glas eines Treibhauses. Was das an Rhythmen und räumlichen Mustern des Wetters zerstören kann, ist nicht absehbar. Das Problem wird verschärft durch verschiedene andere Gase, die u.a. mit der Verwendung von Kunstdünger zusammenhängen,sowie durch die Zerstörung der tropischen Urwälder, in denen die Atmosphäre sich regeneriert. Dadurch wird fraglich, ob konventionelle Kraftwerke auf fossiler Basis überhaupt eher zu verantworten sind als Kernkraftwerke.

Wie dem auch sei, in der Schweiz werden weder Öl- noch Kohlekraftwerke gebaut, vielmehr ist sie das einzige Land auf der Erde, in dem schon in ein paar Jahren die Hälfte der Elektrizitätsproduktion in Atomstrom bestehen dürfte. Der Tatsache, daß Atomstrom gar nicht rentabel ist, soll durch ein Netz atomarer Fernheizung (von dem während des Abstimmungskampfes wohlweislich wenig die Rede war) Abhilfe geschaffen werden. Das gibt unter Umständen die Möglichkeit eines Beschäftigungsprogramms, wenn für Autobahnen kein Platz mehr ist. Und falls Licht u n d Wärme aus dem AKW kommen, ist eine großtechnologische Infrastruktur geschaffen, die das bisher Dagewesene weit in den Schatten stellt.

Dazu wurde mit dem Abstimmungsergebnis in der Schweiz die Weiche gestellt. Natürlich wird die Regierung bei Schutzbestimmungen und anderen Reglementierungen in Zukunft einige Konzessionen machen, doch die Umwälzung der gesellschaftlichen Infrastruktur, welche durch die Vermeidung von Atomkraftwerken erleichtert würde, wurde abgeblockt. Es gibt zwar erstaunliche Durchbrüche: Gleichzeitig mit der Abstimmung über die Atomschutzinitiative wurde im Kanton Basel eine Gesetzesinitiative gutgeheißen, welche die Kantonsregierung verpflichtet, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Errichtung von Atomkraftwerken auf Kantonsgebiet zu verhindern. Doch kam dies erst zustande, nachdem die Basler vor ihrer Haustür so viel Atomkraftwerke haben sprießen sehen, wie niemand sonst in der Schweiz.

Es fragt sich, ob die Atomschutzinitiative überhaupt Aussicht auf Erfolg hatte. Der Blick nach Österreich hat viele Hoffnungen geweckt. Doch dabei wurde unterschätzt, auf was für einem Gerüst ein internationaler Finanzplatz wie der schweizerische gebaut ist. Ein Staat, der sich wie die Schweiz eine Allparteienregierung als Dauereinrichtung leistet, ist nicht so leicht umzubauen. Selbst wenn die Atomschutzinitiative das Stimmenmehr erreicht hätte, das ebenfalls erforderliche Mehr der Kantone blieb weit verfehlt. Initiativen gegen die Regierung haben in der Schweiz erfahrungsgemäß praktisch keine Aussicht auf Erfolg. Das ist auch gar nicht ihr Sinn. Vielmehr können sie dazu dienen, ein Problem mit Nachdruck in die öffentliche Diskussion zu bringen. Das war jedoch bei der Frage der Atomenergie nach den Aktionen zu Gösgen und Kaiseraugst nicht mehr das Problem. Wenn überhaupt, dann wäre es in ein paar Jahren vertretbar gewesen, das Instrument der Initiative zu ergreifen, unter der Voraussetzung, daß bis dann die AKW-Bewegung so gewachsen wäre, wie es die Erzielung eines überwältigenden Abstimmungsergebnisses erfordert. .
Aber es ist eine der größten Schwächen der Bewegung, daß wir unfähig sind, etwas bewußt zu unterlassen.
Aktionen wie die des Sprengstoffkommandos von Kaiseraugst,

die jetzt naheliegen, werden das nicht ändern. Dem Gift im Herzen der Demokratie, der Verwaltung des Gewissens durch den Staat, ist so nicht beizukommen.
Die Demokratie ist in der Schweiz ebenso wie die Neutralität keine Attrappe, sondern ein Problem. Die AKW-Bewegung ist dem kaum gewachsen, solange sie geprägt ist durch den Gegensatz von Aktionen, die gewaltlos sind statt friedlich, und solchen, die die Machtfrage mit der Gewaltfrage verwechseln. Der Zwiespalt war in der letzten Zeit nicht nur in der Schweiz aktuell. Auf dem Kongreß italienischer AKW-Gegner in Genua wurden jene, die wie die Radikale Partei auf das Instrumentarium des Referendums und der Aufklärung bauen, angegriffen von denen, die wie die Vertreter der 'autonomia operaia' dem nuklearen Monstrum den Krieg ansagen. Auf dem Treffen der bundesdeutschen Bürgerinitiativen in Braunschweig gärte bei der Diskussion um Gorleben der Zwist zwischen Universalisten, die manches als Sabotage bejahen, und anderen, die davon nichts wissen wollen.

Diese Entwicklung ist verhängnisvoll, weil dabei in Vergessenheit gerät, worum es geht. Auch dafür ist der Abstimmungskampf in der Schweiz symptomatisch. Er wurde zugespitzt auf die Frage, ob ein bestimmtes Abstimmungsverfahren bei der Genehmigung von Kernkraftwerken anzuwenden sei. Und dieses Abstimmungsverfahren war von Leuten ausgedacht, die nicht viel Sinn für den Föderalismus der Schweiz — den vor kurzem die jurasischen Separatisten sehr viel besser problematisiert hatten — an den Tag legten: wer von einem AKW betroffen sei, wurde zu einer Frage der metrischen Entfernung gemacht. Und von einem solchen Entscheid machten dann Gegner und Befürworter die Zukunft des Landes abhängig.
Wohlgemerkt: ohne daß diese Zukunft ausgemalt würde; was beschworen wurde, war eine Katastrophe, die um jeden Preis zu verhindern sei. Und das Stimmvolk, das noch vor kurzem die Bildung des Kantons Jura gutgeheißen und den Regierungsvorschlag für eine Anti-Terrorpolizei zurückgewiesen hatte, lehnte die Atomschutzinitiative ab.
Was ist die Alternative, um die sich's handelt?
F. Tombs, Vorsitzender des britischen Electricity Councils, formuliert es so: Kernspaltung und Kernfusion könnten den Energiebedarf der Menschen für Jahrtausende decken, wenn sie bloß richtig ausgebeutet würden. Die Alternative wäre, einen massiv eingeschränkten Energieverbrauch zu akzeptieren — „was beinah mit Sicherheit eine Rückkehr zu einer agrarischen Gesellschaft mit wesentlich geringerer Weltbevölkerung bedeutet." (Das Zitat ist aus der 'Financial Times' vom 31.1.79) Daß der Mann recht hat, wird am ehesten einsichtig durch die Frage, wie denn Städte wie Kalkutta oder Rio de Janeiro beheizt und beleuchtet werden sollen, wenn sie noch fünfzig Jahre weiter wachsen. Er hat recht, so wie Ende der sechziger Jahre jene Politiker und Unternehmer recht hatten, die sagten, weitere Lohnkämpfe würden zu beschleunigter Inflation und schließlich zu wirtschaftlicher Krise führen. Gerade deshalb waren die Lohnkämpfe so wichtig: weil nämlich die Blockierung des Wirtschaftswachstums die einzig verantwortbare Entwicklung war.
Wer heute von der Kraft des Islam in Persien verblüfft ist, möge sich erinnern, daß 1973 in den Kölner Ford-Werken türkische Gastarbeiter auf dem besetzten Fabrikgelände ihre Gebete aus dem Koran abhielten. Das war Teil einer multinationalen Streikwelle, die die Wirtschaft der Industrieländer erschüttert hat. Darauf folgten Ausländerstopp und Massenentlassungen.
Die Frage, um die es nun bei der Atomenergie geht, ist, ob auf die Wirtschaftskrise erneut ein Wirtschaftsaufschwung wie der der Nachkriegszeit folgt, oder der langfristige Übergang — ob dabei Rückkehr und Fortschritt Gegensätze bleiben, ist offen — zu einer agrarischen Gesellschaft.
Diese Möglichkeit will die Atommafia in Gorleben verbauen.
Es hat seinen Sinn, daß die AKW-Bewegung in Wyhl als ländliche Bewegung entstanden ist; davon ist gefährlich viel verlorengegangen auf dem Weg nach Brokdorf. Jetzt soll die Organisation der Gesamtgutachten für Gorleben der schweizer Firma 'Motor Columbus' übertragen werden; die Erfahrung des schweizer Abstimmungskampfes wird weiterwirken.

Und wir? Werden wir fähig sein, aus Fehlern zu lernen? Es wird Zeit, daß in der Bewegung, die sich in verschiedenen Ländern gegen die Kernkraftwerke wendet, eine Beratung stattfindet.

Carlo

GORLEBEN – GUTACHTEN BLEIBEN GEHEIM

Hannover/Frankfurt
8. Februar 1979

Im ID Nr. 271 berichteten wir über die Ausbootung von sechs Heidelberger Radioökologen, deren erstes Zwischengutachten zu Gorleben eine viel höhere Strahlenbelastung der Menschen voraussagte, als bis jetzt nach den Werten der offiziellen Strahlenschutzkommission errechnet wurden.

Wie die Kündigung zustande kam, bleibt weiterhin ein erstklassiges Mysterium. In der niedersächsischen Landesregierung hat man nach eigenen Angaben die Anweisung des Bonner Innenministeriums „nur ausgeführt".

Aber Bundesinnenminister Baum heißt Hase, er weiß von nichts, er hat „keine Weisungen" zur Ausbootung der kritischen Radioökologen gegeben.

Aber eines steht doch fest: Ihre Berichte werden nicht als Teil des offiziellen „§ 20 Genehmigungsverfahren-Gutachtens" betrachtet; dieses Genehmigungsverfahren-Gutachten ist überhaupt noch nicht angelaufen. Nur einige Studien, die schon an offizielle Instanzen, z.B. TÜV und Wetterdienst, vergeben worden sind, „gehören sehr wohl schon zu diesem atomrechtlichen Verfahren", so daß wir im Falle einer positiven Entscheidung keine Zeit mehr verlieren". So ein Sprecher der Landesregierung.

DAS GUTACHTEN ZUM GENEHMIGUNGSVERFAHREN (§ 20 Verfahren)

Es scheint der feste Entschluß sowohl des Bonner Innenministeriums als auch der niedersächsischen Landesregierung zu sein, daß in dem offiziellen Genehmigungs-Gutachter-Team keine Wissenschaftler übernommen werden, die schon als „Atom-Gegner" oder „Atomkritiker" verdächtigt werden. Nicht nur ein Vertreter der Bundesregierung (so die Hannoversche Allgemeine Zeitung), sondern auch Herr Zur Horst, Leiter der federführenden Abteilung im niedersächsischen Ministerium für Soziales, wollen keine Wissenschaftler, die „das Gutachten mißbrauchen - um das Vorhaben (*die Atommüllanlage, die Red.*) aus den Angeln zu heben". Herr Zur Horst meint, daß solche Wissenschaftler „nicht sachverständig" seien, „nicht unabhängig - weil von Bürgerinitiativen abhängig". Den Heidelberger Radioökologen warf Zur Horst vor, daß ihr Bericht mit den zu hohen Transferfaktoren nur dazu dienen sollte, „damit die Kernenergie zu bekämpfen" (Transferfaktoren: Werte, wie sich radioaktive Stoffe in der Nahrungsmittelkette anreichern). Es bleibt noch offen, ob die Antwort der Heidel berger „Es geht uns nur darum, daß in die Schornsteine bessere Filter eingebaut werden", überhaupt in das offizielle Gutachten aufgenommen wird.

So wie es zur Zeit aussieht, werden im offiziellen Gutachten nur Befürworter zu Wort kommen; Kritiker und Gegner sollen sich gefälligst auf die „Hirsch Runde", das Symposium, das in Hannover ab 28.3.70 stattfindet, beschränken.

Die Hirsch-Runde: der geheime Bericht

Seit Juni 1978 arbeiten 20 internationale kritische Kernenergie-Wissenschaftler, koordiniert mit dem österreichischen Physiker Dr. Helmut Hirsch, daran, eine Stellungnahme zum Sicherheitsbericht der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DKW) anzufertigen.

Diese Stellungnahmen der 20, zusammengefaßt in einem Bericht von 2.200 Seiten, wurde am 2. März der niedersächsischen Landesregierung gegeben. (Eine englische Fassung war schon einige Wochen früher fertig und auch den Regierungen in Bonn und Hannover bekannt.)

Den 20 Wissenschaftlern, die auch manchmal die „Hirsch-Runde" genannt werden, war immer klar, daß dieser Bericht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Er sollte ja auch der Regierung - „und die vertritt doch das Volk, oder?" sagte einer der Wissenschaftler - helfen, eine Entscheidung zu treffen.

Aber seit einigen Tagen, seit der Bericht abgeliefert wurde, hat die Landesregierung sich das noch einmal überlegt. Die Stellungnahmen, die 2.200 Seiten, werden „nicht veröffentlicht" - so die hannoversche Regierung. Einer der Wissenschaftler: „Ich darf zu dem Inhalt des Berichts gar nichts sagen. Nur - jetzt könnte man sich überlegen, ob nicht vielleicht die Tatsache, daß man begonnen hat, den Bericht zu studieren und die Entscheidung, ihn doch nicht zu veröffentlichen, in irgend einem Zusammenhang steht."

Zum Inhalt des Berichts

Aber - zwei Fragen, die der Bericht behandelt, sind bekannt.

1.) Die aufgestaute Radioaktivität

Wie schon im letzten ID angedeutet, entsteht nach einigen Jahren Normalbetrieb in Gorleben soviel langlebige Radioaktivität wie bei einer Explosion von 30.000 Hiroshima-Atombomben frei wurde. Falls auch nur ein Bruchteil entweichen würde, wäre mit einer „sehr großen" radioaktiven Verseuchung zu rechnen.

2.) Obwohl „strengste Sicherheitsmaßnahmen" gegen terroristische Überfälle vorgesehen werden, würde die geplante Anlage an der DDR-Grenze keineswegs einen Beschuß mit nicht-atomarer Artillerie überstehen.





PROZESS GEGEN AKW-GEGNER WEGEN GEFANGENENBEFREIUNG

BREMEN
26. Februar '79

Vorgeschichte: Rainer wurde am 14.1.78 nach einer spontanen Demonstration festgenommen, die als Reaktion auf Lindas Verschleppung in den Hildesheimer Knast stattfand (Linda ist eine der Grohnde-Angeklagten und wurde am 24.2.78 vom Amtsgericht Hameln wegen Landfriedensbruch zu 300 DM Geldstrafe verurteilt. Ihre Berufungsverhandlung beginnt am 16.3.79 vor dem Landgericht Hannover.).
Rainer soll zusammen mit 20 anderen versucht haben, einen AKW-Gegner aus einem VW-Bus der Bullen befreit zu haben. Hauptbelastungszeugen sind zwei Polizeispitzel.
Zum Prozeßablauf:

„Am 16.2. war der erste Prozeßtermin. Wir gaben uns mit dem kleinen Raum, in dem nur die Hälfte von uns Platz hatte, nicht zufrieden. Nachdem der Richter den Antrag auf Verlegung in einen größeren Saal ablehnte, verschafften wir uns alle in dem kleinen Raum Platz. So waren 80 Leute in 'nem Raum für 40, und wir hatten viel Spaß zusammen. Der Richter forderte uns dreimal auf, den Raum zu verlassen oder er werde räumen lassen. Nun war der Raum aber im fünften Stock und wegen der Schneehysterie mangelte es wohl an Bullen. Dem Richter blieb wohl nichts anderes übrig, als den Termin um eine Woche zu verschieben.

Am zweiten Prozeßtermin (23.2.) fand das Ganze nun im ersten Stock und einem noch kleineren Raum statt. Etwa 30 Polizisten waren im Gebäude und „sicherten" unter den üblichen Rangeleien und Ausschreitungen den Prozeßablauf. Zu Beginn der Verhandlung beschrieben die Polizeispitzel, was sie bei der Demo vor einem Jahr alles beobachtet und den Greiftrupps für Hinweise gegeben hatten. Im Falle von Rainer haben sie natürlich alles ganz genau gesehen, weil sie sich wegen seiner auffallend roten Haare voll auf ihn konzentriert hatten. Interessanterweise gaben alle Belastungszeugen an, daß der Befreiungsversuch und die Sachbeschädigung auf der linken Seite des Autos begangen wurde. Der Festgenommene sollte also über den Fahrer hinweg befreit werden. Nach Aussage des Fahrers war die Fahrertür jedoch verriegelt. Laut Reparaturbericht gab es nur auf der rechten Seite Schäden in Höhe von etwa 100 DM.

DIE ANKLAGE BRACH ALSO TOTAL ZUSAMMEN.

Trotz alledem gab er Richter zum Schluß des Termins zu erkennen, daß er auf jeden Fall verurteilen will! Er wies den Verteidiger darauf hin, daß er sich zum nächsten Termin auf eine Anklage wegen gemeinschaftlicher Nötigung und Sachbeschädigung vorbereiten solle. Das heißt, sie spielen dasselbe Spiel wie in Hannover, wo es nicht auf den Nachweis einer konkreten strafbaren Handlung eines Einzelnen ankommt, sondern darauf, daß er dabei war.

ZWEI PROZESSE GEGEN AKW-GEGNER

BREMEN

BREMEN
6. MÄRZ

Vor dem Landgericht in Hannover beginnt am 16. März das Berufungsverfahren gegen Linda E. aus Bremen wegen ihrer Teilnahme an der Grohnde-Demonstration am 19.3.77. Linda war in dem ersten Verfahren verurteilt worden zu 30 Tagessätzen a 10 DM. Der Richter hielt es für erwiesen, daß sie zwei vorrückenden Polizeibeamten vors Schienenbein getreten habe.

Obwohl: Die zwei Polizisten nie ausfindig gemacht wurden
die Polizeizeugen sehr widersprüchliches ausgesagt hatten
die Zeugen der Verteidigung und die Angeklagte gar den Vorwurf bestritten hatten
(die Zeugen haben deshalb ein Verfahren wegen uneidlicher Falschaussage!)

Nach den drastischen Verurteilungen vor den Landgerichten in Hannover während der anderen Grohnde-Prozesse ist auch hier mit einer solchen zu rechnen. Kommt deshalb zu hauf, damit wir wenigstens eine angemessene Öffentlichkeit präsentieren können.

Über die erste Verhandlung und das ganze drum und dran haben wir eine Dokumentation gemacht. 210 Seiten, Din A 4, viele Bilder, kostet DM 7,50 (ist wegen einer Spende für die Prozesse!)

Der Prozeß findet statt am : Freitag, 16.3., Mo, 19.3., Di., 20.3. und Mi., 21.2., jeweils 9.30 Uhr.
vor dem Landgericht Hannover, hinter dem Hauptbahnhof

Ebenfalls am 16.3. beginnt ein Brokdorf-Prozeß gegen Jens Scheer aus Bremen vor dem Landgericht in Bremen. Jens wird vorgeworfen auf einer Veranstaltung in Köln zu der Teilnahme an der Brokdorf III-Demonstration aufgerufen zu haben. „Daß der Bauplatz zur Wiese werde" soll er gesagt und damit zur Gewalt aufgerufen haben.

Dieses Verfahren ist auch als Auftakt zu werten, da Jens noch ein Verfahren wegen Rädelsführerschaft bei der Brokdorf II in Itzehoe anstehen hat und außerdem ein Berufsverbotsverfahren seit über 2 Jahren in Bremen gegen ihn läuft.
Jens Prozeßtermine: Frei., 16.3., Di., 20.3., Mi. 21.3., und Frei., 23.3., jeweils 8.30 Uhr
Landgericht Bremen, Domsheide.
Kontakt für beide Prozesse:
Ermittlungsausschuß Bremen, Fedelhören 14, 28 Bremen, Tel.: 0421/ 32 75 30

STERNMARSCH NACH NECKARWESTHEIM (statt . . . marsch vielleicht, laufen, hüpfen, kugeln fliegen, rollern. . .)

HEILBRONN 6. März — Am Samstag, den 24. März, machen die Bürgerinitiativen im Bereich Stuttgart einen Sternmarsch zum AKW nach Neckarwestheim.

Routen:
1. (Ilsfeld – Neckarwestheim:
(Treffpunkt 14.30 Bushaltestelle König-Wilhelm-Str. in Ilsfeld)
2. Lauffen – Neckarwestheim
(Treffpunkt 14.30 Postplatz in Lauffen)
3. Gemmrigheim – Neckarwestheim
(Treffpunkt 14.30 Rathausplatz Gemmrigheim)

In Neckarwestheim wird auf dem Kirchplatz gegen 16.00 Uhr eine Kundgebung stattfinden.

Bei der Veranstaltung geht es um die Vorgänge in Gorleben und Hannover; um den Zusammenhang zwischen AKW's und den Problemen des Atom-Mülls; die Unterstützung des Widerstandes rund um Neckarwestheim (der das wirklich gut gebrauchen kann!), die Möglichkeit, für alle die, die nicht nach Hannover fahren, ihre Wut an einer anderen geeigneten Stelle loszuwerden.

Organisiert wird der Sternmarsch von der Heilbronner BI: Bettina Rohn, Südstr. 127, 7100 Heilbronn, 07131/81691

PRESSEERKLÄRUNG EINES GROHNDE-ANGEKLAGTEN

HILDESHEIM 3. März 1979 — Ich, Christian Gercke, bin am 24. Februar 1979 von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hannover aufgefordert worden, meine Freiheitsstrafe zu verbüßen und am 2. März 79 anzutreten. Urteil: Elf Monate ohne Bewährung wegen eines besonders schweren Falles des Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Widerstand gegen Vollzugsbeamte und gefährlicher Körperverletzung. Am 28. April 1978 wurde ich nach insgesamt vierzehn Verhandlungstagen vom Landgericht Hannover verurteilt.
Die eingelegte Revision wurde ohne Begründung vom Bundesgerichtshof abgelehnt. Damit wurde das Urteil am 24.1.1979 rechtskräftig.
Weitere rechtskräftige Urteile: Helmut Oldefest – 12 Monate ohne Bewährung; Norbert Iwan – 12 Monate mit Bewährung; Andreas Hanke – 12 Monate ohne Bewährung; eine Gesamtstrafe von 22 Monaten ohne Bewährung (davon 13 Monate für Grohnde) für Gerd Schulz, zur Zeit in italienischer Haft; der Freispruch von Klaus-Werner Han und die Verurteilung mit Bewährung von Bernd Löwe.

Andreas Hanke hat Strafaufschub bis Anfang Juli bekommen, weil er sein Examen im Juli 79 macht. Ich bin zur Abschlußprüfung als Technischer Zeichner im Frühjahr zugelassen worden, und von Mai bis Juli habe ich meine Prüfungstermine.

Ich bin durch die Abschlußprüfung und Wiederholungsprüfung im Frühjahr 78, die während der Grohnde-Prozesse lief, durchgefallen. Meine Anwältin hat deshalb am 26.2.79 einen Antrag auf Haftaufschub bis zum Prüfungstermin gestellt; dieser wurde laut Staatsanwalt Borchers ' mündlicher Auskunft gewährt, das heißt ich muß am 27. Juli in die JVA Vechta.

In meinem Verfahren hat es nur einen Polizeizeugen gegeben, der mich belastet und ausgesagt hat, daß er geschlagen wurde mit einem harten Gegenstand auf den Helm. Schlagspuren: keine. Vor dem angeblichen Schlag sah er mich als „schattenhafte menschliche Gestalt". Danach hätten mich zwei Kollegen festgenommen und mich an ihn mit den Worten: „Dies ist derjenige, der dich geschlagen hat" abgeliefert – bloß die Kollegen waren im Gerichtsverfahren nicht aufzutreiben.
Die übrigen Widersprüche und Gedächtnislücken wurden mit einem „Schleudertrauma" entschuldigt, denn der gute Mann hatte einen Verkehrsunfall mit Halswirbelstauchung nach dem 19.3.77.

Nach so einer Beweislage kann man ja jeden verurteilen!

Übrigens habe ich vor Gericht mehrmals gesagt, daß ich dem Polizisten Riemann nicht den kleinsten Finger gekrümmt habe.

Ich finde es nicht zufällig, daß Andreas und ich j e t z t ins Gefängnis sollen:

– In Gorleben wird der Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) von breiteren Bevölkerungsschichten aktiv getragen. Ein Höhepunkt wird der 'Gorleben-Treck' vom 25. bis 31. März '79 sein.
– Der Baustopp in Grohnde wurde am 23.2.79 aufgehoben!
– In den Wochen davor hatte der Niedersächsische Justizminister 80 Zellen für Gorleben-Demonstranten reservieren lassen!

Noch etwas zum 'Untertauchen': Dies ist für mich nicht annehmbar, weil ich mich politisch durchsetzen und außerdem nicht immer gejagt werden will.

Demnächst wird wohl Eso (Helmut Oldefest) rein müssen, und zwar dann sofort, denn er ist nicht in einer Ausbildung!

*

Soeben ist die Post eingetroffen, eine neue Schweinerei bahnt sich an:

„Verstoß gegen § 8 des Niedersächsischen Pressegesetzes

Sehr geehrter Herr Gercke!

Gemeinsam mit 17 weiteren Personen zeichnen Sie für den Inhalt des Plakates „Sofortige Rücknahme der Zahlungsaufforderungen" (Schadensersatz wegen Teilnahme an der Grohnde-Demonstration am 19.03.1977)

verantwortlich. Dieses Plakat ist ein Druckwerk im Sinne von § 7 des Nieders. Pressegesetzes vom 22.03.1965 (...). Es enthält kein Impressum. Dieser Verstoß gegen § 8 des genannten Gesetzes stellt eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einer Geldbuße bis zu 10 000 DM geahndet werden kann.
Ich leite hiermit ein Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen Sie ein und gebe Ihnen Gelegenheit, sich bis zum 01.04.1979 zu äußern.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage
Dr. Sporn"

Übrigens habe ich am 29. März '79 um 9 Uhr einen Prozeß vorm Landgericht Hildesheim wegen Teilnahme an einer Gegendemonstration gegen einen Neo-Nazi-Aufmarsch in Hildesheim. Im Frühjahr '78 – zur Zeit meines Grohnde-Prozesses – redete Fritz Ulrich Bundt (Bundesvorsitzender Jungen Nationaldemokraten in Hildesheim!!
Vom Amtsgericht Hildesheim wurde ich freigesprochen, die Revision findet nun vor dem Landgericht statt, nachdem zwei andere vom Amtsgericht zu Geldstrafen verurteilt wurden.
Und dies alles nach Holocaust!

Christian

Kontakt: C. Gercke, Goethestr. 9, 32 Hildesheim, Tel.: 05121/ 32 585.

NUR NARREN KÖNNEN DIESEN GESTANK NOCH ERTRAGEN

HANAU
1. März

Dies war das Motto, unter dem einige Leute aus dem Kommunikationszentrum (KOZ) und der Initiativgruppe Umweltschutz Hanau mit einem Motivwagen am Hanauer Faschingszug teilnahmen. Auf einem Traktoranhänger bauten wir die Hanauer Industrielandschaft auf. Da waren z.B. die Cadmium-Verursacher Hereaus, Degussa, Dunlop, aus dem Kraftwerk Staudinger wurden Sau-Dinger, aus dem euch wohl allen bekannten Hanauer Plutonium-Betrieb Nukem wurden die Leukem und aus dem wegen seiner Altöl -Sauereien bekanntem Unternehmen Pintsch-Öl wurde Lynch-Öl. Inmitten dieser umweltverschmutzenden Industrie saßen die Gebrüder Grimm (ein Wahrzeichen unserer Stadt) mit Gasmasken. Hinter dem Wagen ein Transparent „Wir trauern um unsere Stadt", dem ein ganz in schwarz gekleideter Leichenzug folgte. Die „Narrenfreiheit'. benutzten einige Leute um den etwa 40 - 50 Bullen, die links und rechts des Zugs standen, ihre Gesichter mit schwarzer Schminke zu verschönern. Außerdem wurden Frauen - und Anti-AKW--Lieder durchweg vereinzelt, oft, manchmal, ab und zu positiv; und sehr oft, ab und zu, vereinzelt gar nicht, manchmal hörten wir von den Zuschauern „des is richtig" oder „des stimmt", „recht habse" usw.. Nur die Zugleitung hatte ihre Schwierigkeiten und kommentierte unser Motto „nur Narren können diesen Gestank noch ertragen" mit dem Satz: „Es wäre hier noch die Frage, ob heute nur Narren unterwegs seien." Uns hat die Aktion jedenfalls viel Spaß gemacht.

ein paar närrische Hanauer

P.S. Wir hatten bisher bei keiner Aktion soviel Zuschauer (50 000)

Kommunikationszentrum. Friedrich-Ebert-Anlage 4, 645 Hanau 1

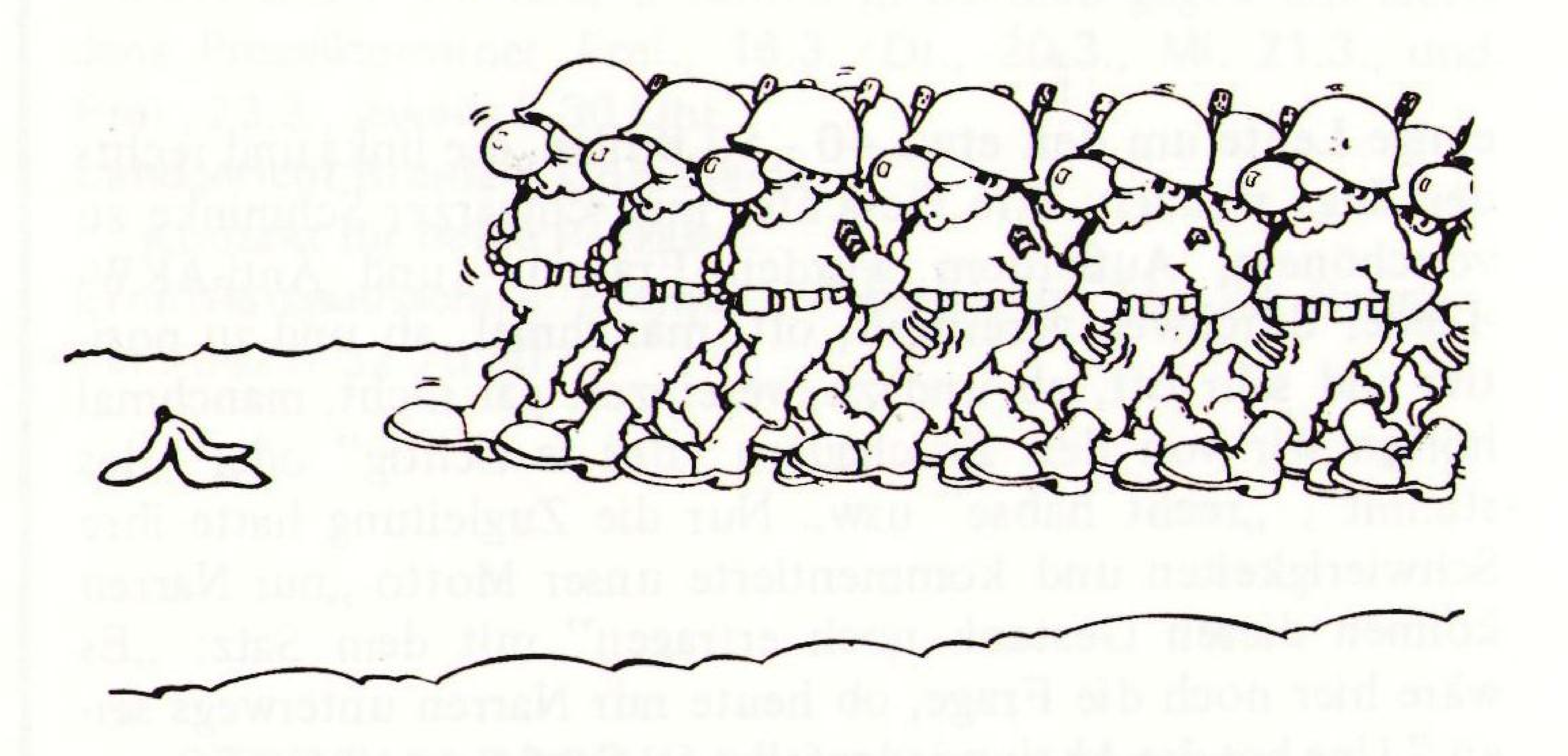


WIE WERDE ICH NICHT–STAATSBÜRGER?

HEILIGENHAFEN
1.März

Fabian Virchow fragt an, ob wer weiß, wie man „Nicht-Staatsbürger" wird. Er will nicht etwa staatenlos sein, sondern eben nicht Bürger irgendeines Staates und fragt dazu weiter: *„Dann hätte ich noch gern gewußt: — vorausgesetzt, mensch ist staatenlos — wie verhält sich das dann mit Kriegs- und Zwangsdienst, Steuern, Bafög, Halbwaisenrente und Anerkennung von Schul- und Uniabschlüssen?"*
Wer kann da wohl weiterhelfen?
Kontakt: Fabian Virchow, Schulstr. 12, 2447 Heiligenhafen

Lieber Fabian, der Setzer empfiehlt Dir wärmstens zum Thema: Status des Staatenlosen, folgendes Buch: Traven, das Totenschiff.



REGIONALTREFFEN VON GEGNERN VON KRIEGS– UND ERSATZDIENSTEN

WICKSTADT/HESSEN
28. Februar

Die Regionalkoordination Mitte-Süd der Gruppe Kollektiver Gewaltfreier Widerstand gegen Kriegs- und Ersatzdienste (KGW) lädt zum zweiten Regionaltreffen ein, das am 17. und 18. März auf dem Hofgut Wickstadt stattfindet (Schlafsäcke mitbringen). Themen: Die Prozeßvorbereitung von Bernd Bleistein (5. April, Amtsgericht Aschaffenburg, 14.15 Uhr), die Musterungsverweigerung von Klaus Dust und das Bußgeldverfahren gegen ihn, weitere aktuelle Fälle, einen Bericht vom Prozeß gegen Dieter Schöffmann, die Vorbereitung auf das nächste KGW-Bundestreffen sowie die derzeitige Situation der antimilitaristischen Bewegung. Weitere Vorschläge sind willkommen.

Wickstadt liegt in der Nähe von Friedberg/Hesen. Wer in Friedberg vom Bahnhof abgeholt werden möchte, rufe Stefan (06034/4472) an.

Kontakt: Bernd Bleistein, Hauptstr. 15, 8751 Mespelbrunn

WITH BABIES AND BANNERS

HAMBURG
1. März

Der Zentral–Film–Verleih, Karl-Muck-Platz 9, 2000 Hamburg 36 (Tel.: 040/ 345544), bietet den amerikanischen Film "With Babies and Banners" in deutscher Fassung an. Der Film, der bei den Mannheimer Filmfestspielen lief, wurde im ID 252 besprochen. Er zeigt Dokumentaraufnahmen des Kampfes der Frauenbrigade im Jahr 1937 gegen die Detroiter Polizei. Die Frauen verhinderten damals die Räumung der Fabriken in ihrer Stadt, die von Arbeitern besetzt worden waren. Er zeigt aber auch Gespräche mit den damaligen Kämpferinnnen aus dem Jahr 1977, ihr Auftreten bei einem Gewerkschaftsfest und ihr neues Selbstbewußtsein. Der Film wird außerdem am 22. März, 22.20 Uhr, im ZDF gezeigt.

VLB-TREFFEN

Dortmund, 5. März 79

Der Verband Linker Buchhändler (VLB) trifft sich vom 16. bis 18. März in Dortmund in der Markus-Gemeinde, Gut-Heilstraße. Diskutiert wird über Knastarbeit, Selbstzensur, Russell-Tribunal, Raubdrucke, Krach mit der SOVA und eine mögliche Kampagne „Kritisiert den linken Buchhandel". Anmeldungen sind noch bis zum 12. März bei der Politischen Buchhandlung Bochum (Tel. 0234/702336) möglich.

ARBEITSTAGUNG DER AGAV

FRANKFURT
28. Februar

Die Arbeitsgemeinschaft Alternativer Verlage und Autoren e.V., die auch seit 1977 die Gegenbuchmesse veranstaltet, macht vom 23. — 25.März in der Nähe Frankfurts eine Arbeitstagung. Wer an dieser teilnehmen möchte, oder an eine Mitarbeit in der AGAV interessiert ist, wende sich an folgende Adresse:

AGAV, Postfach 656, 7 Stuttgart 1

GROSSER FABRIK-CIRCUS

BERLIN
5. März

Die Berliiner Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk lädt am 17. März ab 17 Uhr zu einer Riesenfete ein (Taverne am Lützowplatz). Es treten auf: Tommi und das vielgepriesene MEK, die Tornados, Teller bunte Knete, der ganze Fabrik-Zirkus. Eintritt kostet's DM 8.

Die Fabrik-Leute schreiben dazu, daß das zwar ganz schön teuer sei, aber sie brauchen das Geld für Saalmiete und Musiker, die schließlich auch leben wollen, Kaution und die Anlage (Unkosten etwa 13.000 Mark, und dann soll noch was für die Fabrik übrigbleiben).

Die Fabrik gibt es seit 1976. In ihr arbeiten zahlreiche Gruppen von Ökologen über Theater, Foto, freie Schule, Gesundheit bis Karate und Food-Coop. Die Initiativen sind immer mehr geworden, die Fabrik platzt aus den Nähten und sucht deshalb größere Räume.

Kontakt: Fabrik, Kurfürstenstr. 14, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/ 261 2487 (ab 18 Uhr).

NACHTRAG ZUR SELBSTGEMACHTEN ENERGIE

Im ID Nr. 271 stand auf der Seite 9 ein Bericht „Alternative Energie - selbstgemacht". Darin werden zwei Broschüren angeboten. Nur fehlt der Preis (6 Mark pro Stück) und wo die Dinger bestellt werden können: Robert Borsch, Fußhain 14, 6364 Florstadt 1, Kreissparkasse Friedberg, Kto. 117015115

MEMORANDUM ZU DEN GEFAHREN DER PLUTONIUMWIRTSCHAFT

FREIBURG
23. Februar

Das Freiburger Institut für angewandte Ökologie e.V. veröffentlicht in seiner neusten "Erklärung besorgter Wissenschaftler und Bürger" über die Gefahren der Plutoniumwirtschaft, die schon von namenhaften Personen des öffentlichen und nichtöffentlichen Lebens unterschrieben worden ist. Das Institut fordert alle Plutoniemgegner zum Unterschreiben auf.

Wer den vollständigen Text haben möchte, wende sich an: ÖKÖ–Institut, Schönauerstr. 3, 7800 Freiburg, Tel. 0761/53234

Aus der Welt der Zahlen
Hausmitteilung

Der fünfte März im ID-Büro – ein Tag wie viele fünfte Märze vorher?
Ja – aber ein kleiner Unterschied.

Die täglich von der Post zugeschickten Kontoauszüge, stets mit Spannung erwartet, hatten an besagtem Datum einen Mangel aufzuweisen: sie entbehrten der Belege. Eifriges Nachfragen bei der Post konnte die Beleqe bis zum heutigen 8. März noch nicht in unser Postfach befördern, so daß nun eine Folge dieses Mißgeschickes der Postkollegen bekanntzugeben ist:
Wir können bislanq nicht herausfinden, von wem all die 18,- DM-Überweisungen dieses Tages stammen, und können daher auch einige der !? ! auf den Adressetiketten nicht beseitigen. Auf insgesamt 34 Abonnenten und eventuelle Neuabonnenten trifft das bisher gesagte zu. Die Post hat uns versprochen, daß sie die Belege schnellstens nach ihrem Auftauchen an uns weiterbefördern wird – sollten sie aber nicht auftauchen, werden umfangreiche Detektivarbeiten notwendig, die einige Zeit in Anspruch nehmen werden – denn alle Banken müssen wieder angeschrieben werden und das dauert . . .
Wenn nun einer der 34 seinen ID wegen dieses Dilemmas nicht bekommt, dann schreibe er doch ein Kärtchen und wir versuchen , alles aufs Beste zu regeln.

Sollte es bezüglich des ID-Versandes zu Unstimmigkeiten kommen, die mit dem 5. März nicht unmittelbar im Zusammenhang stehen, werden wir versuchen, auch diese zu vertonen.

Und wo's gerade um Geld geht: gebt doch bitte bei den Überweisungen für Abo's eure Abonummer an. Ihr findet sie auf der Adressetikette oben links. Zur Abonummer gehört auch immer ein Buchstabe – den wollen wir auch gern wissen. Die so für uns freiwerdende Zeit könnte sinnlos verprasst werden.

Freundliche Grüße . . .



TAZ-AUFKLEBER

Es gibt einen taz-Aufkleber (30 x 13 cm, weiß, Plastik) mit der Aufschrift „Die Alternative zur gleichgeschalteten bürgerlichen Presse – jetzt schon abonnieren: vierteljährlich 70 DM." Das Ding kostet pro Stück 50 Pfennig (Initiativen und Läden kriegen 25 % Rabatt) und ist zu bestellen bei M. Hoffmann, Hintere Dorfstr. , 7859 Wintersweiler.

BULLE-TIN No. 4

The Dissenters Incorporated Aarhus-Budapest-Dortmund-Werl

Telegramm der DISS.INC. an das ZK der KP Chinas, Peking:

. . . n a w a r t e , D e n g , w e n n D u m a l h e r k o m m s t . . . !
Peter-Paul Zahl
Diss. Inc.
Sektion Werl
1.3.1979

Betr.: K A P U T A L I S M U S

Liebe Leute,
ich hoffe, ihr könnt mit diesem Wortspiel etwas anfangen. Mich wunderts, daß es nicht schon längst als Schlagwort gebräuchlich ist. Warum lassen wir uns ein **I** *für ein* **U** *vormachen?*
Inga aus Hamburg

NEUESTES AUS DEM BILDERDIENST

Dauernd bekommen wir Anfragen nach unseren Preisen. Um hier endlich Klarheit zu schaffen, haben wir eine Preisliste zusammengestellt.
Die Preise setzen sich wie folgt zusammen:

Papier, Chemie, Versand, Filme, Arbeitszeit, Telephon; dazu kommen dann die ganzen Aufwendungen des Bildermachens: Benzin fürs Rumfahren, Arbeitszeit, Filme, Chemie. Außerdem brauchen wir hin und wieder Geld für Neuanschaffungen: Fotoapparate, Objektive, Dunkelkammergeräte etc. Aus all den aufgeführten Gründen finden wir die nachfolgende Preisliste für realistisch. Sie gründet sich auf ein 'plus-minus-Null-Verhältnis'.

PREISLISTE

	13 x 18	18 x 24
Alternativzeitungen bis 2.500 Auflage, Privatpersonen, Initiativen	2,- DM	3,- DM
Alternativzeitungen bis 5.000 Auflage bei Abdruck: 5,- DM	2,- DM	3,- DM
Alternativzeitungen bis 10.000 Auflage bei Abdruck 10,- DM	2,- DM	3,- DM
größere Zeitungen, wie 'Arbeiterkampf' etc. bei Abdruck 25,- DM	2,- DM	3,- DM

Bilder für Ausstellungen, größere Formate (bis 60 x 50) etc. fallen nicht unter diese Preisregelung, da können wir gemeinsam einen Preis austakeln.

Im ID 270 vom 24.2. wurden drei Bilder vietnamesischer Flüchtlinge abgedruckt; diese können jetzt bestellt werden beim: ID-Bilderdienst, Postfach 900343, 6 Frankfurt 90. Wenn's schnell gehen soll: Telefon (0611) 704 352.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

ID Nr. 272

Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

4400 E 281 1
UTE LAMPING
HORNERSTR.17
D-2800 BREMEN 1

Achtung liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, heißt das, daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 überwiesen werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalten...
KEIN GELD AUFM KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

AUS DER .... WELT – INTERNATIONALES

KNAST I

MAENNER

JUGEND

KNAST II

ÖKO

KÜRZLICH KURZGEMELDETES IN KÜRZE

